

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 14. Februar 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Einzahlungen in die Post-Bestellungsstellen. Unter Bezugnahme für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinstellt.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Besprechungs-Artikeln 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das fertige Blatt 20 Pf. (zünftig 2 fertige Blätter), jedes weitere Blatt 10 Pf. (zünftig 2 fertige Blätter) und Schlußzeilenanzeigen das erste Blatt 10 Pf., jedes weitere Blatt 5 Pf. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geschlossen.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Die Gewalttat in Südafrika.

Allmählich läßt sich die Lage in Südafrika. Die Zensur ist zwar noch fleißig bei der Arbeit, aber es laufen jetzt Briefe in England ein, die den Spikeln der Unionsregierung entgangen sind (denn man hat nicht nur die Depeschen untersucht, sondern auch die nach Europa gehenden Briefe geöffnet), und diese Briefe bringen Licht in das Dunkel, das Botha und seine Stumpfen über die jüngsten Ereignisse zu verbreiten versucht haben. Von Interesse ist namentlich ein Aufsatz, den die Leiter der Arbeiterorganisationen am Rand am 21. Januar erließen, in dem es heißt:

Wir haben alle — Gewerkschaftsbund, Arbeiterpartei und Einzelpersonen — versucht, seit der Proklamierung des Standrechts und selbst vorher Kabeltelegramme nach dem Mutterland zu schicken, in denen wir die wahre Sachlage vom Standpunkt der Streikenden aus schilderten, aber man hat uns zu verheeren geübt — und es ist in der Tat sicher — daß sie von den Behörden unterdrückt worden sind, obwohl man sie samt dem Gelde, das die Kosten bestreiten sollte und das in einigen Fällen eine beträchtliche Summe ausmachte, angenommen hat. Unter diesen Umständen ist jetzt die europäische Post unsere einzige Zuflucht. Die hier herrschende Lage ist unerträglich und hat unter der britischen Flagge und Verfassung nicht ihresgleichen. Die Geschichte von einer imperialistischen Revolution, die von der südafrikanischen Presse fleißig ausgebreitet und zweifellos auch nach dem Mutterland telegraphiert worden ist, ist absoluter Unsinn (entire rubbish) und hat auch nicht die geringste Grundlage; sie ist teilweise für den britischen Verbrauch bestimmt und teilweise soll sie die Sympathie der hiesigen Bourgeoisie erwecken. Man hat im Gegenteil die wichtigsten Gründe zur Annahme, daß die Krise von der Regierung mit Fleiß herbeigeführt und vorbereitet worden ist, um ein für alle Mal durch einen Handschlag der Arbeiterbewegung den Garau zu machen. Da diese von Grund aus eine verfassungsmäßige und auf legalen Boden stehende Bewegung ist, konnte das nur geschehen, indem man die Gesetze aufhob. Es ist ein müßiger Versuch (der Regierung), ihre politischen Gegner aus der Welt zu schaffen, indem sie die Führer entsetzte und die Mitglieder terrorisierte, und zwar zur selben Zeit wollte man den Korruptionismus (die Unpopulärposition) loswerden, indem man zum Kampfe gegen den „gemeinsamen Feind“ aufrief.

Man muß beim Lesen dieser Zeilen im Auge behalten, daß die organisierten Arbeiter Südafrikas vor dem Streik in zahlreichen Versammlungen die Regierung bestürmten, abzudanken und Neuwahlen auszufordern, damit die Stimme des Volkes, die sich in der mächtig anschwellenden Arbeiterbewegung und dem Protest eines Teiles der Büren gegen die großkapitalistische Politik Bothas und Smuts' so deutlich hören ließ, zur Geltung kommen könne.

Noch deutlicher als in dem obigen Manifest klingt die Wahrheit aus einem Artikel, den die „Daily News“ veröffentlicht. Der Verfasser ist der Rechtsanwalt Lukas, ein Mitglied des Vorstandes der südafrikanischen Arbeiterpartei und Arbeitervertreter im Johannesburg Stadtrat. Er schildert in einem Schreiben vom 22. Januar die Situation unter dem Standrecht und erklärt, daß auch nicht die geringste Ursache zur Anwendung von Gewalt seitens der Regierung bestehe. Zwar seien einige kleine Attentate verübt worden; man habe aber guten Grund zur Annahme, daß sie von den Feinden der Arbeiterpartei inszeniert worden seien. Bezeichnend ist die Angabe, daß ein Mann zu einer Geldstrafe von 2 Pfund verurteilt worden ist, weil er einen Polizisten höhnisch ansah! (Welch ein ideales Land wäre Südafrika nicht für den Leutnant v. Forstner!) Der Schluß des Artikels lautet:

„Hinter dieser ungeheuerlichen Verletzung unserer Freiheit scheint der Wunsch zu stehen, mit einem Schlage den häuslichen Streit mit Herzog und die emporkommende Macht der Arbeiterpartei zu zermalmen. Das erste kann erreicht werden, indem man den Rassenhaß entfacht, und das zweite, indem man die Gewerkschaften erdrückt. Die Kapitalisten verlassen sich auf die Solidarität der Büren hinter Botha und Smuts, um in der Ausbeutung dieses Landes fortzufahren zu können. Wenn Herzog nicht erfolgreich ist, so wird der Zusammenbruch dieser Solidarität viele Jahre in Anspruch nehmen. Daher der Bund zwischen den Parteien der Grundbesitzer und der Vergewaltigten. Jetzt gilt es, die Macht der freien Lohnarbeiterschaft zu brechen. Wir scheinen am Scheidewege zu stehen. Entweder marschieren die Arbeiterpartei schnell zum Siege oder Südafrika kehrt zur Sklaverei zurück, bei der ein paar weiße Aufseher die Schwarzen oder vielleicht die Chinesen überwachen. Der öffentlichen Meinung Großbritanniens gelang es, die Zurückführung der Chinesen durchzuführen. Wird sie ihre Rückkehr durchsetzen können? Von England aus kann wenig getan werden. Die einzige wirkliche praktische Hilfe, die man uns angeben lassen kann, ist die, gegen die Indemnitätsbill vom Vetorecht Gebrauch zu machen. Die Indemnitätsbill muß durchgepeitscht werden und wird zweifellos die Zustimmung der Nationalisten wie die der Unionisten im Parlament erhalten.“

Die südafrikanische Arbeiterpartei und die britische Arbeiterpartei geben in dem Kampfe gegen die Indemnitätsbill Hand in Hand vor. Die Art des Angriffes wurde am 8. Februar im südafrikanischen Parlament von dem Führer der südafrikanischen Arbeiterpartei Creswell in einer leidenschaftlichen Rede, in der er die Vorlage als ein Monument der Verlogenheit bezeichnete, dargelegt. Er verlangte den Aufschub der Verhandlungen und die gründlichste gerichtliche Untersuchung der Handlungen, für die die Regierung die Entlassigkeit beantragt; dem unparteiischen Gerichtshof soll der Oberichter oder ein Richter des Berufungsgerichtes vorstehen; damit aber das Kriegsrecht abgeschafft und das Parlament

gemäß den Ergebnissen der verlangten Untersuchung handeln kann, soll eine Vorlage eingereicht werden, nach der die gerichtliche Verfolgung der Regierung außer in der Sache der deportierten Arbeiterführer einstweilen ausgesetzt werden soll. Das erste und wichtigste Amendement, das die Arbeiterpartei im britischen Parlament in der Adreßdebatte gestellt hat, behandelt dieselbe Frage. Es verlangt von der Krone, daß der Generalgouverneur in Südafrika beauftragt werde, seine Zustimmung zur Indemnitätsvorlage vorzuenthalten, bis die Angelegenheit gerichtlich geklärt ist.

Eins haben die Proteste der englischen Arbeiter schon bewerkstelligt. Der Generalgouverneur Lord Gladstone tritt von seinem Posten zurück. Die englische Regierung erklärt zwar mit den üblichen diplomatischen Floskeln, daß die Absägung Gladstone mit den Ereignissen in Südafrika nicht das geringste zu tun habe, was Lord Gladstone jedoch wohl nur als einen bitteren Scherz empfinden wird.

Die Ministerkrise in Schweden.

Stockholm, 12. Februar. (Eig. Ber.) Heute hatte der Reichstag Gelegenheit, den Verlauf der Ministerkrise aus dem Munde des Premierministers zu vernehmen. Gegenüber dem vom Hofe ausgesandten Bericht, der mit Unrecht „offiziell“ betitelt wurde, bietet die Darstellung des Ministerpräsidenten einige wesentliche Abweichungen. Die publizierten Schriftstücke des Hofberichts sind richtig, aber durch Weglassung der mündlichen Verhandlungen bekommen die Schriftstücke einen falschen Inhalt. So z. B. teilte Herr Staaff mit, daß er am Tage vor dem Bauernzug mit dem König wegen der angemeldeten Bauerndeputation konferiert hat. Dabei hat Herr Staaff die Grundzüge seiner beabsichtigten Antwort dem König mitgeteilt, dieser aber hielt es nicht für nötig, seinem ersten Ratgeber nun ebenso offen entgegenzutreten. Vielmehr mußte der Premier erst den König fragen, welche Antwort er der Deputation zu geben gedente. Woraus dieser nur antwortete, daß er die Lösung der Wehrtragen in ihrem Zusammenhang vertreten will. Der Premier hatte daraufhin den König gebeten, davon abzusehen, da die Frage noch gar nicht entschieden sei, zum mindesten aber seiner Äußerung die Form des Wunsches zu geben. Das blieb ohne Erfolg. Und als die Rede schließlich gehalten wurde, enthielt sie noch einen weiteren, ebenso schwerwiegenden Punkt, daß nämlich der König nur auf Grund der Auffassung der Sachverständigen „meiner Armee“ die Frage gelöst haben wolle. Von besonderem Interesse war auch die Mitteilung, daß Herr Staaff seine Weihnachtsrede in Karlskrona, die das Wehrprogramm der Regierung enthielt, in seinen Grundzügen vorher dem König mitgeteilt hatte.

Die Vorstellung der Regierung beim König ist nicht frei von belustigenden Momenten. Die Regierung legt dem König ihre Bedenken gegen seine Rede klar und wünscht von ihm, daß er erstens feststellen soll, daß er sich keineswegs gebunden habe, bevor er mit seiner verfassungsmäßigen Regierung ordnungsgemäß konferiert habe und zweitens will sie wissen, ob der König nur eine Militärvorlage zu genehmigen gedente, die den Ansprüchen der Militäradvertandigen genügt. Darauf weiß der König zunächst nichts Bescheidendes zu antworten, sondern erbittet sich einige Stunden Bedenkzeit. Nachdem er dann die Meinung der Hofkamarilla eingeholt hatte, kommt die Antwort, daß er sich natürlich nicht gebunden habe, was der Verfassung widersprechen würde, daß er aber auf die zweite Frage keine Antwort geben könne, weil er die Regierungsvorlage noch nicht kenne!

In einer zweiten Konferenz wurde dem König der Entwurf einer Erklärung überreicht, wie sie von der Regierung gewünscht wurde. Auch diesmal mußte der König sich erst Bedenkzeit erbitten, um zur Ablehnung zu kommen. Ein privat ausgesprochener Wunsch des Premiers, in Zukunft solche Reden nur nach Verständigung mit dem Minister zu halten, wurde nicht nur abgelehnt, sondern in dem Kommuniqué der Hofkamarilla auf veröffentlicht, obgleich die schriftliche Absfassung des mündlich vorgetragenen Wunsches des Premiers vom Könige herrührt. Also auch illoyal den Ministern gegenüber.

Nachdem solchermassen feststand, daß der König konstitutionelle Garantien nicht geben wollte, vielmehr an der Etablierung des persönlichen Regiments festhielt, reichte die Regierung sofort ihr Entlassungsgesuch ein. Die überwiegende Mehrheit des Reichstags, nämlich mit Ausnahme der Konservativen sämtliche Redner der Parteien, drückten ihre lebhafteste Sympathie der Regierung aus. Mit großer Entschiedenheit wiesen die Redner der Liberalen und Sozialdemokraten die autokratischen Allüren ab. Insbesondere fielen heftige Worte gegen die geheimen, unverantwortlichen Ratgeber, die den König außerhalb der verfassungsmäßigen Grundlage dirigieren und seine verfassungsgemäß verantwortlichen Ratgeber, die Minister, beiseite schieben. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

Die Kabinettsbildung des Herrn De Geer ist bisher erfolglos gewesen. Die Mitglieder der liberalen Partei, die für die Verräterrolle in Aussicht genommen waren, haben sämtlich abgelehnt. Es bleiben dann nur noch zwei Möglichkeiten offen: ein Geschäftministerium ohne politische Ten-

denz oder ein konservatives Kabinettskabinett mit Reichstagsauflösung. Einstweilen will der König noch versuchen, die gewünschten liberalen Herausgeber persönlich zu bearbeiten.

Streikbrecherschutz.

Lauter als je schreien die Vertreter der Unternehmerinteressen nach Anebelung der Arbeiterbewegung und Schutz der Arbeitwilligen. Ganz ohne Grund schreien sie. Nicht Schutz der Arbeitwilligen, sondern Schutz gegen die Arbeitwilligen tut nol. Denn die dem Ausbeuterinteresse nächsten Elemente erfreuen sich schon jetzt eines so weitgehenden Schutzes der Behörden, daß die gewerksmäßigen Streikbrecher alle Veranlassung haben zu der Annahme, sie seien für das Profitinteresse der Unternehmer so wertvoll, daß sie sich die schwersten Ausschreitungen nicht nur straflos erlauben dürfen, sondern dabei auch noch den ganz besondern Schutz der Polizei und des Staatsanwalts, ja sogar der Richter genießen. „Wir Arbeitwillige dürfen jemand todschlagen und es passiert uns nichts.“ Das ist das seltsame Bewußtsein, was diese gewalttätigen Elemente provozierend bekunden. Und eine Reihe von Tatsachen geben dieser Auffassung recht. Das Auftreten der gewerksmäßigen Streikbrecher ist nachgerade zu einer Gefahr für die allgemeine Rechtsicherheit geworden. Hat doch der Landfriedensbruchprozeß gegen Trogisch und Kranert, über den wir gestern berichteten, wieder bewiesen, wie ungeheuerliche Unlagen konstruiert werden, wenn streikende Arbeiter in dem Verdacht stehen, die „Ehre“ von Streikbrechern verletzt zu haben. Betrachten wir einmal die Tatsachen, welche am Donnerstag vor dem Schwurgericht festgestellt wurden.

Zwei gewerksmäßige Streikbrecher, Ruppert und Reinel sind es, um derenwegen das ganze Verfahren veranlaßt wurde. Sie arbeiten immer nur in solchen Betrieben, wo die Arbeiter streiken. Ruppert hat bereits ein Menschenleben auf dem Gewissen. In Raggelburg, wo er seine Streikbrecherstätigkeit ausübte, hat er einen Streikenden erschossen und ist glänzend freigesprochen worden. Auch Reinel hat durch sein Vorgehen bewiesen, daß er Gesetz und Moral nicht achtet, weshalb ihm jeder anständige Mensch aus dem Wege geht. Diese beiden Leute liebten ihr Streikbrechergewerbe seinerzeit in Vichtenberg aus. Dann hörten sie, daß im Norden Berlins ein Streik aufgebrochen war. Dort suchten sie nun ein neues Feld, auf dem sich ihre Talentlust entfalten sollte. Sie stellten geladene Browninpistolen, die sie mit polizeilicher Erlaubnis tragen, in die Taschen und pflanzten sich vor der bestreikten Fabrik auf.

Ein Streikender spricht mit einem aus der Fabrik kommenden Arbeitwilligen. Ruppert und Reinel mischen sich in das Gespräch. Herausfordernd stehen sie da, die Hand in der Tasche, wo die Pistole, das Handwerkszeug der Streikbrecher, steckt. Durch Worte, welche im Gespräch fallen, fühlen sich die „Helden“ beleidigt. Ruppert halt einen Schuhmann, um den vermeintlichen Beleidiger, den Tischler Kranert, festnehmen zu lassen. Wie das immer der Fall ist, so sammeln sich auch hier, in der belebten Brunnenstraße, einige hundert Menschen an, um den weiteren Verlauf der Angelegenheit zu beobachten. Kranert wird festgenommen und nun bedroht Ruppert die Menge mit der scharfgeladenen Pistole. Das geschieht fast unter den Augen eines Schuhmannes. Der aber schreitet nicht gegen den Revolverhelden ein, denn er hat ja wichtigeres zu tun. Er will den angeblichen Beleidiger Rupperts nach der Wache bringen. Aus der mit Recht entrüsteten Menge stürzen sich einige Personen auf den Revolverhelden, werfen ihn nieder, um sich selbst vor der Gefahr, eine Kugel in den Leib zu bekommen, zu schützen. Die Waffe wird dem Menschen, nachdem er acht Schüsse abgegeben hat, entwunden. Wena er dabei einen fühlbaren Denzettel von dessen Fäusten bekommen hat, so mag das formalrechtlich nicht zulässig gewesen sein. Begreiflich aber ist es und verdient hat es der gewalttätige Mensch. Nun fühlt sich der Schuhmann verpflichtet, dem Ruppert beizuspringen. Er zieht den Säbel und schlägt einen von denen, die den Revolverhelden unschädlich gemacht hatten, über den Kopf, daß er zu Boden sinkt. Ruppert, der die Menge mit der Browninpistole bedroht und durch sein Auftreten den Aufruhr verursacht hat, kann unbehelligt seines Weges gehen. Festgenommen wird dagegen der von dem Schuhmannsäbel verwundete Schlosser Trogisch sowie Kranert, der angebliche Beleidiger des Ruppert.

Das war schon ein starkes Stück von der Polizei. Aber noch viel ungeheuerlicher ist es, daß die Staatsanwaltschaft diesen Vorgang zum Anlaß nahm, um Trogisch und Kranert des schweren Landfriedensbruches anzuklagen, eines Verbrechen, welches das Strafgesetz mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bedroht. — Hätte sich aus diesem Vorgange eine Anklage wegen irgendeiner Übertretung, etwa Beteiligung an einem Aufruhr oder dergleichen entwickelt, so hätte man das bei dem Eifer der Staatsanwaltschaft, alles zu verfolgen was sich mit einem Streik in Verbindung bringen läßt, noch verstehen können. Aber solcher Landfriedensbruch, das ist selbst im Zeitalter des weitgehendsten Streikbrecherschutzes eine Ungeheuerlichkeit, die noch dadurch verschärft wird, daß beide Angeklagte sofort in Untersuchungshaft genommen wurden. Sie saßen monatelang in Haft und sind erst durch Beschluß des Gerichts, das schon vor einigen Monaten in dieser Sache verhandelt, aber zur Verurteilung kam, auf freien Fuß gesetzt worden.

Das kunstvoll errichtete Gebäude der Anklage ist ja vor Gericht völlig zusammengebrochen, so sehr sich der Vertreter der Staatsanwaltschaft auch bemühte, die Geschworenen von der bösen

Wichtig der Angelegenheit zu überlegen. Es schien, als wolle der Staatsanwalt den ganzen Vorgang, der sich infolge des probatorischen Auftretens der beiden Streifbrocher spontan entwickelt hat, als ein planmäßig angelegtes Komplott hinstellen. Daß der Schloßer Tragisch in einem Schanklokal weilte, wo die kreisenden Tischler verkehrten, war für den Staatsanwalt ein verdächtiges Moment und daß der Schloßer Tragisch gar in der bestirnten Bantischlerlei um Arbeit anfragte, schien noch verdächtiger. Diese Anfrage sollte doch dem Schloßer nur Gelegenheit geben, im Interesse der streifenden Tischler einen Einblick in den Betrieb zu bekommen, meinte der Staatsanwalt. Aber diese Höhe der Anklage wurde durch den Unternehmer Raabe selbst zerbrochen, der behauptete, daß er allerdings auch Schloßer beschäftigte, daß der Angeklagte, sowie dessen Bruder und Vater wiederholt als Schloßer bei ihm gearbeitet haben, daß die Anfrage um Arbeit ernst zu nehmen sei und der Antragende einen Einblick in den Betrieb gar nicht gewinnen konnte.

Als mit der vermuteten Spionage zugunsten eines Ansehlers der Streifenden war es nichts. Aber mit dem Regier: „Friboler Streif“ ließ sich vielleicht noch Stimmung machen. Man hätte ja einen der Streifenden auf der Anklagebank. Der hätte gesagt, der Streif sei wegen unzureichender Löhne entstanden. Der Unternehmer Raabe sagte, 30-50 W. wöchentlich hätten die Tischler bei ihm verdient. — „Sind das vielleicht Löhne, mit denen ein Arbeiter nicht auskommen kann?“ fragte mit triumphierendem Lächeln der Staatsanwalt, der nun wohl den fribolen Streif für erwiesen hielt. — Doch die Verteidigung war auf diesen Schachzug vorbereitet. — An den Zeugen trat Obermeister Mahardt, ein Mann, der weit und breit bekannt ist als einer der stärksten und rücksichtslosesten Vertreter der Unternehmerinteressen und sagte: Allerdings hat Raabe zu niedrige Löhne gezahlt und konnte deshalb andere Arbeitgeber, welche sich an den Tarif gebunden fühlten, unterbieten. Dieser Streif war so herbeigeführt, daß wir, der Arbeitgeberschutzverband, die gelben Arbeiter unterstützten, damit sie am Streif teilnehmen konnten und daß wir die Polizeierfuchten, den Streifposten nichts in den Weg zu legen.

Damit war nun der Staatsanwaltschaft auch die Operationsbasis: „Friboler Streif“ entzogen. Blieben also nur noch die formal-juristischen Momente der Anklage übrig und auch sie erwiesen sich so vollkommen unhaltbar, daß die Geschworenen zu einem glatten Freispruch kamen.

Jeder unbefangene Teilnehmer dieser Gerichtsverhandlung mußte sich fragen: Wie konnte es die Staatsanwaltschaft wagen, mit diesem Material eine so schwere Anklage zu begründen? Tragisch, der mit dabei war, als man dem pifflös klingenden Ruppert die Waffe entwand, mag diesem vielleicht einige wohlverdiente Faustschläge versetzt haben. Unter dieser Annahme und bei unrichtiger Ueberschätzung einer Notwehr wäre eine Anklage wegen leichter Körperverletzung unter milderen Umständen allesfalls zu verstehen gewesen. Aber schwerer Landfriedensbruch, das ist in der Tat ungeschwehlich!

Völlig unverständlich bleibt es, daß gegen den zweiten Angeklagten, Kranert, überhaupt Anklage erhoben werden konnte. Dieser Angeklagte ist nicht aus eigenem Willen, sondern geführt von dem Schutzmann, der ihn nach der Wache bringen wollte, in die Menschenmenge hineingekommen. Die Anklagebehauptung, Kranert habe dem Schutzmann Widerstand geleistet als dieser zugunsten des Rehalberker Ruppert mit dem Säbel dreinschlug, ist von dem betreffenden Schutzmann selbst widerlegt worden. Er sagte, er sei wohl im Gedränge verwickelt worden, aber niemand habe ihm Widerstand geleistet, niemand habe ihn angegriffen.

Zunächst wieder muß man fragen: Wie ist es möglich, daß unter diesen Umständen überhaupt eine Anklage, und noch dazu eine so schwere, erhoben werden konnte? Schon im Vorverfahren, vorausgesetzt, daß es sorgfältig geführt wurde, mußte doch die Staatsanwaltschaft einsehen, daß kein unbefangener Richter auf Grund eines so völlig unzureichenden Anklagematerials zu einer Verurteilung kommen konnte. Aber nein. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft hielt ja auch vor Gericht, nachdem sich die nötige Galtlosigkeit der Anklage ergeben hatte, noch alle wesentlichen Punkte derselben aufrecht. Es ist schwer, eine andere Erklärung dafür zu finden, als den Eifer, sich für die nun einmal als nützliche Elemente geltenden Streifbrocher in jedem Falle ins Zeug zu legen und ihre Gegner ins Gefängnis zu bringen. Sicher ist, daß sich die Staatsanwaltschaft diese Niederlage hätte ersparen

können, wenn sie die ganze Sache mit weniger Eifer aber mit einem gewissen Maß von Objektivität betrieben hätte.

Nicht weitergehender Schutz der Arbeitswilligen, sondern Rechtsgarantien gegen die maßlose Uebertreibung des Schutzes, den die Streifbrocher jetzt schon genießen, Schutz gegen die Arbeitswilligen und Schutz des Koalitionsrechts ist es, was not tut.

Die Not der Agrarier.

Es ist bezeichnend, daß bei den Beratungen der landwirtschaftlichen Woche neben der Zollpolitik immer mehr die Arbeiterfrage in den Vordergrund rückt. Es ist nicht nur die Beforgnis der Agrarier vor den Maßnahmen, die Rußland und Oesterreich gegen die Abwanderung ihrer Arbeiter ergreifen könnten, die Ausländer, die wiederholt nach Deutschland kommen, versuchen auch ohne festgesetzte Organisation höhere Löhne zu erzielen. Es gibt bereits Gebiete, wo die ausländischen Wanderarbeiter relativ mehr verdienen als die inländischen ansässigen Arbeiter. Aber nur als Lohn-drücker haben die ausländischen Arbeiter für die Agrarier Wert. Dazu kommt noch, daß auch im bürgerlichen Lager die Opposition gegen die slawische Besiedelung wächst. Die Verwaltungsbehörden und das Bürgertum auf dem Lande sind natürlich von den Zuständen nicht erbaut, die durch eine Besiedelung des Landes mit einer auf niedriger Kulturstufe stehenden Bevölkerung eines ausländischen Staates hervorgerufen werden.

Nun will man es, trotz des Fehlschlagens der bisherigen Versuche wieder einmal mit der Schaffung einer deutschen Landarbeiterschaft probieren. Ein Jahrhundert nach Durchführung der sogenannten Bauernabteilung, die den Bauern den größten Teil ihres Eigentums geraubt und sie ins Proletariat geschleudert hat, nachdem man durch fortgesetzte Mißhandlung und Unterdrückung die Landarbeiter vom Lande vertrieben hat, denken die Agrarier wieder daran, die arbeitende Landbevölkerung an die Scholle zu fesseln.

Unabhängig davon erscheint ihnen nun natürlich das einzig wirksame Mittel, nämlich die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und die Einführung des freien Arbeiterrechts. Sie wollen es vielmehr wieder nach altem Scharfmacherrezept mit Zuckerbrot und Peitsche versuchen.

Im November 1912 tagte im Abgeordnetenhause die Regierung mit Vertretern landwirtschaftlicher Körperschaften und dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie. Das Ergebnis war, daß die Landarbeiter für das ländliche Vereinswesen interessiert werden sollen. Anschließt an die Kriegervereine, an die vaterländischen und christlichen Arbeitervereine (natürlich keine christlichen Gewerkschaften), ja selbst der Anschluß an den Bund der Landwirte wurde der Arbeiterschaft empfohlen. Auch zu den Landwirtschaftskammern sollten Vertreter der Arbeiter hinzugezogen werden und diese auch an den ländlichen Genossenschaften beratend teilnehmen. Dr. A. M. i. s., der all diese Beschlüsse in einer Broschüre veröffentlicht hat, gibt dazu noch ganz interessante Erläuterungen. Sein Hauptvorstoß geht dahin, den Landarbeitern in den genannten Vereinen wohl ein Mitberatungsrecht einzuräumen, aber dabei sehr vorsichtig vorzugehen. Vor allem müsse dafür gesorgt sein, daß die Arbeitgeber nicht überstimmt werden.

Einen großen Raum nahmen die Vorschläge ein zur Unterdrückung jeder selbständigen Regelung der Landarbeiterschaft. Gewerkschaftsorganisationen, ganz gleich, ob freigewerkschaftlich oder christlich, dürften auf keinen Fall geduldet werden. Wo diese sich etwa bilden sollten, dort könnten — aber nur im Notfall — reine Arbeitervereine, natürlich auf gelber Grundlage, gegründet werden. Im Vorstand des Bundes der Landwirte wurde auch schon der Plan erwogen, die Lehrlingsausbildung in der Landwirtschaft einzuführen. Die Landarbeiterjugend soll in Lehranstalten auf Rüstergütern eine kurze Wehrzeit durchmachen und ihnen bei dieser Gelegenheit die Liebe zur Scholle und die nötige Angst vor den sittlichen Gefahren der Großstadt beigebracht werden. Die jungen Leute würden dann unter ihresgleichen erfolgreich die Landflucht bekämpfen. Natürlich verlangen die Agrarier vom Staat einen erheblichen Zuschuß zur Förderung dieser staatsbehaltenden Bestrebungen.

burg hebt an! (Der Kronprinz stimmt zu.) Oldenburg löst die soziale Frage! (Der Kronprinz rechnet noch und erklärt das Beispiel für richtig.) Oldenburg ruft (der Kronprinz nickt, aber nicht etwa ein), wer keine Wohnung habe (der Kronprinz denkt an seine zehn Schloßer), der dürfe nicht in die Stadt hinein (der Kronprinz entwirft ein Telegramm), sondern müsse (der Kronprinz faßt den Säbelgriff fester) auf dem Lande, unter der patriarchalischen Leitung, in Gottes- und Herrenfurcht glücklich werden (der Kronprinz fühlt, ob er das Billeit für die neueste Waffe noch in der Tasche habe). Und überhaupt! Der Kronprinz erhebt sich, der Vizepräsident schleudert ein Hurra aus sich heraus, kommandogewohnt Aehlen schreien mit, die Begeisterung überbietet die Weitschichtigkeit und Weisheit auf fernem Rittergütern, wo Sachseingänger mit patriarchalisch roten Striemen auf dem Vudel die deutsche Erde besaßen. In der folgenden Nacht stellt sich heraus, daß einige der Herren, die dem Ei des Kolumbus von Janusshau (nicht etwa der Name einer chinesischen Kuli-Ansiedlung!) am lautesten zugejubelt haben, sich der Ansicht dieses Herrn nach durchaus zu Unrecht nach Berlin geschmuggelt haben, denn sie scheinen wirklich keine Wohnung zu haben, sondern bemühen sich bescheiden in fremden Betten.

Wie wahr's wenn man denen den Zugang nach Berlin untersagte, die keinen einzigen Gedanken nachweisen können? Aber nein, sonst wär' es ja mit dem Eiß der Reichsbehörden vorbei und selbst Herr von Jagow müßte sich rasch einen telegraphieren lassen, um seinen Thron nicht zu verlieren. Die Leidtragenden wären die ehrenwerten Besitzer der Lokalokale und vielleicht noch der Fraktionsdiener der Herren Konfessionen, der ihnen dann nicht mehr die Staatsreden entwerfen könnte. Die Abneigung der Herren gegen Gehirntätigkeit erklärt sich ja zwanglos aus dem Sprichwort: Gedanken sind wolles! Man darf sie also nicht gerade am stärksten Teil fassen, indem man sie vor den Kopf stellt. Schließen wir sie nicht aus, denn das ist zu bedenken: wieviel Heiterkeit würde das Leben verlieren, wenn es keine konservativen Neben mehr gäbe! Wenn Herr von Gröbe nicht mehr über die historische Sendung des Adels spräche oder Herr von Jedlig über niedriges Niveau! Wir wollen sie alle erhalten sehen, wenn wir uns auch vorbehalten, sie in Schranken zu halten. Wir wollen auch künftighin Herrn Wassermann über die Stetigkeit der national-liberalen Politik reden hören und selbst wenn wir einmal das Dreiklassenwahlrecht abgeschafft haben sollten, werden wir Herrn von Kardorff und seine Rede auf das gottgewollte und dann leider vom Teufel geholte Wahlrecht konfiszieren, wie man in Ostpreußen noch einige Eiche aufbewahrt und nur selten einen Abschuh gestattet.

Aber diese kleinen Mittel sind den Agrariern natürlich Nebenache. Ihren wirklichen Wünschen hat Herr v. Oldenburg im Landwirtschaftsrat unter dem Vorfall des Kronprinzins Ausdruck gegeben, als er von der Gesetzgebung die Einschränkung der Freizügigkeit forderte. Und dieser Schrei nach neuen Ausnahmegesetzen wird erhoben, obwohl heute schon in den Gesinnsordnungen und Kontraktbruchgesetzen ein fürchtbares Ausnahmegericht gegen die Landarbeiterschaft statuiert ist. Aber diese Ausnahmegesetze tun es nicht allein. Genosse Goser hatte schon recht, als er neulich im preussischen Landtage sagte:

„In Rußland herrscht der Absolutismus, gemildert durch Meuchelmord, und bei uns in Ostelbien herrscht auf dem Lande der Junkterrorismus, gemildert durch die Arbeiternot.“

In der Tat, wäre das Agrariertum Vernunftgründen überhaupt zugänglich, es hätte schon längst eingesehen, daß alle Ausnahmegesetze nichts nützen und schließlich in die entgegengesetzte Wirkung umschlagen. Was nützt es denn, wenn auf Antrag der Gutsbesitzer der Amtsvorsteher aus seinem Formularschatz ein Strafmandat nach dem andern herausnimmt und innerhalb drei bis vier Wochen einem sogenannten Kontraktbrüchigen Arbeiter etwa ein Dutzend Strafbefehle zuschickt. Selbst wenn der Arbeiter zwangsweise zu der verlassenen Arbeitsstätte zurückgebracht wird, aus der ihm oft der Arbeitgeber selbst hinausgedrängt hat, dann kann ihn doch der Arbeitgeber nicht an die Kette legen, damit er nicht wieder weggeht. Denn der Arbeiter muß doch über seine Arbeitskraft frei verfügen können. Durch derartige Gewaltmaßnahmen wird die Landflucht nur gefördert. Darum braucht man dem Schrei der Agrarier nach neuen Ausnahmegesetzen nicht zu viel Beachtung beilegen. Wohl müssen wir diese Gewaltmenschen in ihre Schranken zurückweisen, aber auch für die Agrarier gilt, daß die wirtschaftlichen Tatsachen stärker sind als der Wille der Oldenburg und dessen Anhang. Die Sozialdemokratie hat keinen Anlaß und auch nicht die Absicht, die Landflucht zu fördern, wie ihr die Agrarier immer böswillig unterziehen. Im Gegenteil, weil wir die Interessen des gesamten Volkes wahrnehmen, wollen wir dahin wirken, daß dem Lande die notwendigen Arbeitskräfte erhalten bleiben, damit bei einer vernünftigen Wirtschaftsweise aus dem deutschen Boden alles das herausgeholt werden kann, was zur Ernährung des Volkes notwendig ist.

Deshalb treten wir ein für eine freiheitliche Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse auf dem Lande. Dabei müssen natürlich die Interessen der Landarbeiterschaft vor allen Dingen gewahrt werden, denn nur die Arbeiter sind es, die die Kulturgrüter schaffen. Und deshalb werden sich unsere Forderungen schließlich doch durchsetzen.

Politische Uebersicht.

Abstimmungen, Angestelltenversicherung und Volkerversicherung.

Die Abstimmungen, mit denen am Freitag der Reichstag seine Sitzung begann, ergab die Annahme der zu dem Haushaltsplan des Reichsversicherungsamtes gestellten Anträge. Sie fordern Verbesserungen der Reichsversicherungsordnung und eine Denkschrift darüber, wie sich die Grundzüge für die Gewährung und die Durchführung des Heilverfahrens der Landesversicherungsanstalten bewährt haben.

Vor dem Beginn der Beratung verkündete Abg. Gieseler feierlich, daß die Zentrumsfraktion die arbeiterfeindlichen Ausführungen, die gestern Abg. Aster gegen die Entschädigung der Unfälle infolge Gefahren des täglichen Lebens gemacht hat, nicht billigt. Das ändert aber an der Tatsache nichts, daß Herr Aster gerade wegen seiner Ansichten ein einflußreiches Mitglied der Zentrumspartei war und ist.

Genosse Gieseler brachte die Beschwerden vor, zu denen die Reichsversicherungsanstalt bei der Durchführung der Angestelltenversicherung Anlaß gegeben hat. Herr Ministerdirektor Caspary versprach, das Reichsamt des Innern werde sich bemühen, die Herren der Reichsversicherungsanstalt allmählich auf den richtigen Weg zu führen.

Hierauf entpand sich eine lange, aber durchaus nötige Auseinandersetzung über die „Volkfürsorge“. Die Aussprache hat fraglos zur Klärung der Sache beigetragen.

Die Genossen Oldenbrand und Heine konnten unseren Gegnern vorhalten, welche legendäre Anregung unsere Gewerkschaften und Kommunevereine gegeben haben als sie sich an die Begründung und die Durchführung der „Volkfürsorge“ machten. Wie aber werden von unseren Gegnern gerade diese Bestrebungen bekämpft! Stümpfen gaben unsere Redner ein erbärmlich Bild, das unserm Vaterland wahrlich nicht zum Ruhme gereicht. Selbstverständlich zeichnet sich auch hierbei Breuchen aus; betrachtet es doch sein Landwirtschaftsminister als die Pflicht seines Amtes, den Generallandschaftsdirektor Dr. Kapp, der der „Volkfürsorge“ den Vorwurf einer ungeschicklichen Verwendung der Versicherungsgelder ganz ungerechtfertigterweise gemacht hat, durch den Kompetenzkonflikt vor der ihm gebührenden Strafe zu schützen.

Die bürgerlichen Redner verfolgten mit ihren Reden einen doppelten Zweck: möglichst Stimmung gegen die „Volkfürsorge“ zu machen und den Streit der bürgerlichen Versicherungsgesellschaften untereinander möglichst zu dämpfen, damit sie ihre Kräfte zum Kampfe gegen die „Volkfürsorge“ vereinen. Dabei erfreuten sie sich selbstverständlich der freundschaftlichsten Unterstützung des Staatssekretärs Dr. Deibred. Trotzdem kann die „Volkfürsorge“ mit dem Ergebnis der Aussprache zufrieden sein.

Sie spotten ihrer selbst.

Das Junterparlament hat am Freitag fast einmütig die Veröffentlichung des gegen den verantwortlichen Redakteur des Vorwärts wegen Verleumdung des hohen Hauses ergangenen Urteils beschlossen. Für die Sozialdemokraten erklärte sich auch Liebknecht; damit einverstanden, indem er ironisch den Herren für die freiwillige Mitarbeit am Vormärts dankte.

Hierauf wurde die Generaldebatte zum Etat des Ministeriums des Innern beendet. Wenn man weiß, daß die Hauptredner die Herren Br. v. Jedlig und Dr. Rosicke vom Bund der Landwirte waren, dann kennt man auch den Inhalt der Reden. Der Oberstarbmeister Jedlig begrüßte den Sammelruf gegen die Sozialdemokratie, tobte gegen die Fortschrittler, die durch das Wahlbündnis von 1912 die letzte Schranke zwischen sich und der Sozialdemokratie niedergeworfen und durch die Freigabe der drei Niederbairischen Mandate den Verrat vollendet hätten, rief in dem ihm auszeichnenden Stimmungen nach mehr Arbeitswilligkeit und gab die neueste Entscheidung preis, daß die Wähler keine Vererbung des Dreiklassenwahlrechts wünschten. Auf einen ähnlichen Ton waren die Ausführungen Rosicke's gestimmt, der außerdem noch eine Philippika gegen die „Volkfürsorge“ zum Besten

Unsere Herren und wir!

Ranchmal, in Stunden geistiger Ermüdung, wollte man bei Gott, man gehörte zur Regierungspartei! Man sei staatsbehaltend und schweinezüchtend, sähe im Schutze des Hochzolls auf einem unpfändbaren Fideikommiß und bezog seine intellektuellen Anregungen aus dem Wissensschatz des Herrn Certeil. Wie wohlgeborgen, wie angesehen, wie der ewigen Seligkeit gewiß könnte man dann auf die Ausbildung seines Gehirns verzichten und so sich zum untätigsten Ratgeber der Krone empfehlen. Dann läse man auf den königlichen preussischen Aufsichtsratsbanken im Abgeordnetenhause, ein Auge streng auf die Regierung gerichtet und mit dem anderen ihr wohlwollend zublinzelnd, und würde manmal, um Verdauungsschwierigkeiten zu beseitigen, sich über den Umsturz aufregen. Dann bestiege man, während sich Hüller oder Porzard in einem leichten, aromatischen Aufstoßen meldet, die Rednertribüne und sagte auf eine Rede, zu der man gar nichts sagen kann: Das niedrige Niveau verbietet mir, darauf einzugehen.

Ah, alles schöner Traum! Wir züchten nicht Schweine, sondern sollen von Schweinezüchtern gezüchtet werden, wir regieren nicht bei Hüller, sondern müssen uns schmerzbevoigt abwenden, wenn die Redner von dessen Diner unseren Vorgesetzten mit gutgefunten Worten aufstoßen. Wir kriegen unser ganzes Leben lang von einem Fideikommiß nur den Kommiß zu sehen und müssen zugeben, daß wir davon schon genug haben. Wir müssen unser armes Hirn entzwingen und leben davon, Gedanken zu produzieren, während unsere Gegner in rührender Prinzipientreue einen Gedankenkonsumpion um ihr Gehirn gelegt haben, der Einfuhr und Ausfuhr unmöglich macht. Wir haben Ideen und unsere Feinde — Ideale, und zwar in Form einer Spardbüchse. Wir sind vaterlandslos und unsere Feinde so national gesinnt, daß ihnen die Früchte der heimischen Erde so teuer wie irgend möglich sind. Wir sehen angestrengten Auges in die Zukunft und unsere Feinde entdecken auf den ersten Blick in der Vergangenheit die rarsten Dinge, Keibelgenheit und Absolutismus. Wir geben, so lange es sein muß, dem König, was des Königs ist, und unsere Feinde teilen sich mit ihm darin. Wir tragen für jedes temperamentvolle, kräftige Wort unsere Haut zu Mark, und unsere Feinde schneiden sich die Kiemen daraus, mit denen sie die Zügel straffer anziehen wollen! Wir schaffen und sie verbauen, wir rütteln an der gemächlichen Volksträgheit und sie bekämpfen mit patriotischen Wallungen eine feudale Darmträgheit, wir sind Hirn und Hand und sie — Bauch und Darm! Da steht Herr von Oldenburg! (Der Kronprinz nickt.) Olden-

gab, dreist und gottesfürchtig behauptete, daß der Bund der Landwirte keinen Boykott übe und sich dagegen verwahre, daß man den Bund mit den Konfessionen identifiziere.

Nach belanglosen Reden der Abgg. Dr. v. Campe (nast.) und Steutaf (son. Pittauer) schritt man den so heftig angegriffenen Fortschrittler des Wort auf und wandte sich zu der Beratung eines Zentrumsantrages, der sich auf Maßnahmen gegen gemeingefährliche Geisteskrankheiten bezieht. Die Debatte hierüber, mit der der sozialdemokratische Antrag auf Regelung des Irrenrechts verbunden ist, wurde aber bald abgebrochen und auf Sonnabend vertagt.

Die Abstimmung über das Gehalt des Ministers und über die zahlreichen Etatsresolutionen wurde ausgesetzt.

Der „Streik der Stenographen“ im preussischen Abgeordnetenhaus.

Die bürgerliche Presse, der jedes Mittel recht ist, der Sozialdemokratie ein anzuhängen, faßelt von einem Streik der Stenographen im preussischen Abgeordnetenhaus, der durch eine von dem Genossen Adolf Hoffmann verschuldete Ueberanstrengung provoziert worden sei. In dieser Verbindung wird der sozialdemokratische Landtagsfraktion der Vorwurf gemacht, daß sie keine Rücksicht auf die Arbeitskraft und die Gesundheit der Stenographen nehme. Genosse Adolf Hoffmann hat, um dieser albernen Legende von vornherein vorzubeugen, mit dem Leiter des stenographischen Instituts des Abgeordnetenhauses gesprochen. Dieser hat ihm versichert, daß von einer Erschöpfung seiner Stenographen gar nicht die Rede gewesen sei. Die Bemerkung des Präsidenten, daß die Verhandlung wegen Ueberanstrengung der Stenographen abgebrochen werden müsse, habe auf einen Mißverständnis beruht. Die Stenographen hätten mit keinem Wort behauptet, daß sie nicht mehr weiter schreiben könnten oder wollten; er, der Leiter des stenographischen Bureaus, habe lediglich deshalb, weil die Stenographen in der Regel gegen 5 oder 6 Uhr zu Tisch gehen können, das Präsidium des Abgeordnetenhauses gebeten, die Kosten für das Essen der Stenographen auf die Kasse des Landtages zu übernehmen. Da er auf diese Bitte keine Antwort erhielt, habe er einem der Schriftführer bemerkbar machen wollen, daß er um Entschädigung bitte. Daraufhin sei der Präsident aufgestanden und habe die Sitzung wegen Ermüdung der Stenographen abgebrochen. — Nach dieser bestimmten Erklärung wird wohl der einseitige Schwanz vom Streik der Stenographen infolge einer sozialdemokratischen Rede verstummen.

Kein Vaktieren, sondern Kampf!

So überschreibt das Organ des Oberkammerherrn Octavio v. Jellby einen Zirkularbrief über die Probationsrede des vor den Junkern zu Kreuze getrockneten Herrn v. Bethmann Hollweg im Landwirtschaftsrat. Wird schon die Erklärung des obersten Reichsbeamten, daß die Regierung auch in Zukunft „in ihrer Fürsorge für die Landwirtschaft nicht nachlassen“ wolle, als Zusage an die unversenkten neuen Jollwucherforderungen der Agrarier mit Freuden begrüßt, so lösen die Bethmannschen Kriegserklärungen an die weitaus stärkere Partei Deutschlands vollends das Entzünden des Organs für Volksnebelung aus. Kein Vaktieren, sondern Kampf, das sei doch endlich eine Parole, die besonders erfreulich gerade aus Kanzlermund klinge. In der Tat: der Reichskanzler als offener Vorkämpfer des volksfeindlichen Klüngels der Junker und Salobardone, das muß die Bulle selbst eines Jellby höher schlagen lassen. Zwar nörgelt das Blatt des grauen Säubers noch ein wenig über die verhassten Ministerien der Reichspolitik, die elch-losbringende Verfassung, die Reichsversicherungsordnung usw.; allein das Hochgefühl darüber, daß sich jetzt der Kanzler der Diktatur der Junker so prompt und reumütig unterworfen hat, entlockt ihm schließlich doch wahre Dithyramben. Das sei „der Geist Bismarcks“, der sich gedrängt fühlt, in vorderster Reihe zu stehen und die Fahne voranzutragen.

„Wenn dieser Geist in der Bethmannschen Regierung seinen Einzug hielte, und wenn die geistigen Anentungen des Kanzlers ein Programm bedeuteten, so hätte damit Herr v. Bethmann mit einem Schlage die inneren Schwierigkeiten gelöst, die ihm gestern noch so tumhoch dünken.“

Auch Herr Dertel erteilt Herrn v. Bethmann huldvollst die wohlwollende Jenkur, daß er in seiner Rede „einige erfreuliche Bemerkungen“ gemacht habe. Die Kampfanlage gegen die Sozialdemokratie mit dem Hinweis darauf, daß die Agrarier dabei in der vordersten Reihe stehen würden, erklärt das Agrarierorgan zwar für „selbstverständlich“, „aber“, so fügt es hinzu, „wir freuen uns aufrichtig darüber, daß der Herr Reichskanzler es mit solcher Entschiedenheit gerade bei dieser Gelegenheit ausgesprochen hat“. Daß der Kanzler den Notau vor den Junkern so offenkundig vor aller Welt und mit so schonungsloser Selbstpreisgabe vollzogen hat, wird ihm also von Herrn Dertel gnädigst zugeschrieben. Nur daß der Kanzler die gar zu blamablen Teilnahmslosigkeiten des Preußenbundes leise getadelt und nicht auch die Kampfanlage gegen das Reichstagswohlrecht selbst gerichtet hat, wird ihm noch als Schwäche angerechnet.

Zimmerlin; im ganzen ist Herr Dertel — mit Herrn v. Bethmann durchaus zufrieden. Der Kernstein kann jetzt ohne Schloßpulver schlafen. Bis ihn innere Reizen, geboren aus der ungestümen Empörung der Massen, aus seiner agrarischen Hypnose aufwachen werden, die nicht so leicht zu beschwichtigen sind, wie der Groß der Junker!

Die Stichwahl im Kreise Jerichow

ist amtlich auf Freitag den 20. Februar, festgesetzt. Die nationalliberale Vorteilerung hat, wie verlautet, den Konfessionarischen Wahlhilfe zugesagt. Sie will sich in besonderen Wahlaufrufen an ihre Anhänger wenden und zur Stimmenabgabe für den konfessionarischen Kandidaten auffordern. Die Fortschrittliche Volkspartei weicht dagegen noch immer nicht, wie sie sich entscheiden soll.

Die Reichstagsnachwahl in Köln-Land.

Am 17. Februar wird im Wahlkreise Köln-Land die Nachwahl stattfinden, Köln-Land ist ein alter Zentrumswahlkreis, der jedoch infolge seiner industriellen Entwicklung von der Sozialdemokratie bereits fast bedrängt wird. 1903 erhielten wir 18 428, 1907: 17 810, 1912: 24 208 Stimmen. Bei dieser letzten Wahl fehlten nur noch 800 Stimmen, um eine Stichwahl zwischen uns und dem Zentrum herbeizuführen, das 83 333 Stimmen erhalten hatte. Auf den Liberalen waren 8500 Stimmen entfallen. Das Mandat des Abg. Audhoff, eines Oberlehrers aus Essen, wurde jedoch im November vorigen Jahres vom Reichstages für ungültig erklärt.

Für die Nachwahl hat das Zentrum diesen Herrn Audhoff wieder als Kandidaten aufgestellt: sicherlich keine geistige Größe. Er erzählt nach seinem Autokunst in jeder Versammlung daselbst und muß immer von einem gewiegten Agitator begleitet sein. Schwärz liegt den Liberalen die Popularität im Magen, die sich unser Kandidat, Genosse Sollmann, durch den Kölner „Politik- und Wirtschaft“ in weiten Kreisen erworben hat. Mit allen Mitteln bemühen sie sich, dessen Ergebnis zu verkleinern. Man habe, erzählen die Zentrumsredner, „den Prozeß nur heraufbeschworen, um Agitations-

stoff zu erhalten und — in dieser Voraussicht den Angeklagten schon vorher zum Kandidaten aufgestellt! Dem unglückseligen Strafverurteilten, dem Kölner Polizeipräsidenten wird also gar noch nachträglich vorgeworfen, insgeheim für die Sozialdemokratie zu arbeiten.

Am kommenden letzten Sonntag vor der Wahl veranstaltet das Zentrum 45 Versammlungen. Von unserer Partei sind 31 (teilweise unter freiem Himmel) einberufen, in denen 14 Reichstagsabgeordnete sprechen. Der Bund der Landwirte und die Christlichsozialen geben Parolen für das Zentrum aus. Die Demokraten wollen im ersten Wahlgange für Sollmann stimmen. Leider sind die Liberalen, die einen Eisenbahnkünstler als Kandidaten aufstellten und auf die es bei der eventuellen Stichwahl ankommt, überaus agitatorisch. Es scheint fast, als wäre gewissen Liberalen Kreisen eine Stichwahl äußerst unangenehm.

Der Entwurf eines Reichstheatergesetzes

ist nach einer Mitteilung des „Berliner Lokal-Anzeigers“ zwar in seiner Begründung fertiggestellt, doch dürfte er schwerlich der laudenden Tagung des Reichstages vorgelegt werden, da er voraussichtlich zu sehr umfangreichen Verhandlungen führen dürfte, zu denen die Zeit fehle. Der Entwurf soll die privatrechtlichen Verhältnisse der Bühnengehörigen mit Einschluß der Orchestermitglieder und des technischen Personals geordnet regeln.

Oesterreich.

Die Arbeitslosendemonstrationen in Lemberg.

Lemberg, 13. Februar. Da es gestern in Lemberg wieder zu fürmischen Demonstrationen der Arbeitslosen gekommen ist und man für heute, wo in Lemberg Wacktag ist, noch größere Unruhen befürchtet, durchziehen heute seit dem frühen Morgen Militärpatrouillen die Stadt. Das Militär hat den Befehl, keinerlei Ansammlungen zu dulden.

Frankreich.

Die Epidemien in der Armee.

Paris, 13. Februar. Mehrere Blättern zufolge hat der Gesundheitszustand der Truppen, namentlich in den Garnisonen an der Ostgrenze, eine Verschlimmerung erfahren. Im Militärkrankenhaus in Nancy befanden sich gegenwärtig 500, in Toul 800 und in Lunéville 125 Kranke.

Wie die „France Militaire“ meldet, hat das Kriegsministerium verschiedene Maßnahmen zur Hebung des Gesundheitszustandes in der Armee beschlossen, darunter bessere Heizung der Kasernen und wärmere Bekleidung für die Mannschaften. Ueberdies sollen zahlreiche Urlaube gewährt und die schwächeren Soldaten ausgemustert werden.

Aus Algier wird gemeldet, daß die aus den Antillen nach Algerien vertriehenen Rekruten, weil sie in Südfrankreich mottenhaft erkrankten, auch das algerische Klima nicht vertragen.

Kammerdebatte über die Soldatenerkrankungen.

Paris, 13. Februar. Die Kammer verhandelte heute die Interpellation über die Gesundheitsverhältnisse in den Kasernen. Der radikale Abgeordnete Lachaud berichtete in längerer Rede eingehend über den Gesundheitszustand der Truppen, insbesondere des jüngsten Jahrganges. Lachaud hat als Mitglied der Gesundheitskommission der Kammer eine Reise durch die Garnisonen unternommen. Er machte die Mitteilung, daß im Monat Januar auf einen Gesamtstamm von 717 415 Mann 260 000 Erkrankungen entfielen. 280 Soldaten sind gestorben, 14 080 mußten definitiv oder vorzeitig entlassen werden. In 76 Garnisonen sind die Kasernen, in 60 der Scherlach ausgebrochen. In 67 Garnisonen traten 266 Fälle von Genickstarre auf, mit 20 Todesfällen.

Als Lachaud fortfuhr, unterbrach ihn der Sozialist Rouanet durch Zwischenrufe, indem er dem früheren Kriegsminister Etienne vorwarf, er sei für den gegenwärtigen Zustand der Dinge verantwortlich. Rouanet und nach ihm Albert Thomas machten Etienne den Vorwurf, er habe den Währungsantrag zu den Militärgesetzen angenommen, durch den auf einmal 45 000 Mann mehr eingestellt worden seien. Er hätte erklären müssen, daß es unmöglich sei, sie alle unterzubringen. Die ähmerste Linie beteiligte sich lebhaft an den Zwischenrufen gegen Etienne, so daß der Präsident energisch einschreiten mußte.

Belgien.

Intolerant bis zum Schlaf.

Aus Brüssel wird uns geschrieben: Intolerant bis zum Schlaf — das war die Lösung der Regierung in der Schulgesetzdebatte. Auch bei den letzten Abstimmungen wurde nicht ein Amendement der Opposition berücksichtigt. Zwei Ablehnungen von Zusatzanträgen sind da von besonders charakteristischer Bedeutung.

Belastlich laboriert das neue Gesetz moralisch und materiell in jeder Weise die *Lothar* und die öffentlichen Schulen werden ortab einen noch schwierigeren Kampf um ihre Existenz haben als bisher. Die Unterdrückung der verhassten kommunalen Schulen wird unter dem neuen Schulgesetz aber umso leichter sein, als die Merikalen es verstanden haben, den Kommunen durch die materielle Frage die Existenz ihrer Schulen zu erschweren.

Was für die Zukunft zu erwarten ist, lassen folgende Zifferngruppen erraten. Während die Schulbevölkerung der kommunalen Schulen in der Zeitpanne von 1900 bis 1911 um 7 Proz. zugenommen hat, hat sich die der konfessionellen Schulen um 31 Prozent vermehrt! Auf dem Lande, speziell in Flandern und in der Provinz Limburg, haben die Merikalen den kommunalen Mädchenerwerb fast vollkommen unterdrückt. Von 206 Gemeinden in Limburg haben 75 keine Kommunalschule mehr. Wo dort Kommunalschulen bestehen, sind sie in der unglücklichsten Weise überfüllt. Da gibt es Schulen, wo ein Lehrer 180 Schüler zu „unterrichten“ hat. Oder die öffentlichen Schulen sind meilenweit auf einem Hügel gelegen. Lauter Zustände, die den konfessionellen Schulen zugute kommen. Die Opposition wollte nun einigermaßen dem Konfessionskampf der Merikalen Schulen gegen die öffentlichen entgegenwirken und die Aufhebungspatris der Gemeinden unterbinden. Das Amendement wurde glatt abgelehnt. Der Regierungstext des betreffenden Artikels sorgt ausschließlich dafür, daß „nach Bedarf“ konfessionelle Schulen errichtet werden können. Zu dem Zweck wurde ja auch das Gesetz gemacht.

Ebenso charakteristisch ist die andere Abstimmung. Die Merikalen Schulen in Belgien sind wahre Herde der Verleumdung und Beschimpfung. Sozialisten, Liberale, Freidenker werden den Kindern als Späcken hingestellt. Die Merikalen Lehrer erklären den Kindern die Ziviltreuung als Konfubinage. In der Provinz Limburg überwachen die Lehrer der konfessionellen Schulen die Heerdigungen, um im Falle einer Ziviltreuung am nächsten Tag den Kindern die „Belehrung“ zu geben, daß der Verstorbene „wie ein Hund eingescharrt wurde“. Die Plarrer lassen Traktäthen an die Kinder verteilen, in welchen die Kommunalschulen als Giftstätten ohne Glaube, ohne

Moral charakterisiert werden, aus denen das Kind „mit vergifteter Seele“ heimkehrt.

Die Sozialisten und Liberalen brachten im Hinblick auf diese Zustände Amendements ein, denen zufolge den Lehrern in Zukunft untersagt sein sollte, die religiösen, politischen und philosophischen Ueberzeugungen der Eltern der ihnen anvertrauten Kinder anzugreifen und zu verleumben. Wie zu erwarten war, wurden auch die Amendements abgelehnt.

Es wird also auch unter dem neuen Schulgesetz frisch-freudlich weiter verleumdet und alles beschimpft werden, was den Merikalen Fanatikern nicht genehm ist.

Japan.

Neue Demonstrationen.

Tokio, 13. Februar. Eine etwa 1000 Personen zählende Menge versammelte um Mitternacht eine Kundgebung in dem unteren Teile der Stadt. Ein Polizeiaufgebot von 500 Mann gerietente die Menge und nahm 200 Verhaftungen vor. Die Behörden sind offenbar entschlossen, alle Extrakundgebungen streng zu unterdrücken.

Letzte Nachrichten.

Verbrechen oder Selbstmord?

In später Nacht wurde gestern noch die Nordkommission der Berliner Kriminalpolizei nach dem Hause Raumerstraße 25 gerufen. Dort war der erst seit drei Wochen verheiratete 31 Jahre alte Schneider Isidor Rose von seiner heimkehrenden Ehefrau mit Schußwunden im Kopf und an einem Türpfosten hängend in der Wohnkammer aufgefunden worden. Eine Waffe war aber nicht zu entdecken. Aufschluß darüber, ob Selbstmord oder ein Verbrechen vorliegt, wird erst die Obduktion ergeben.

Explosion in einer Filmfabrik.

In der Filmfabrik der Boreid Compagny London-Berlin in der Stolpischen Straße 37 explodierte gestern in der neunten Abendstunde ein großer Kessel, in dem Filmmasse gemischt wird. Die Feuerzucht war von nicht weniger als fünf verschiedenen Stellen aus alarmiert. Wie sich zeigte, war Feuer weiter nicht entstanden. Ein Arbeiter hatte leichte Verletzungen davongetragen.

Eine Erbschaftsteueranlage in Bayern.

München, 13. Februar. (W. L. B.) In der heutigen Sitzung des Finanzausschusses legte die Staatsregierung den Entwurf eines Gesetzes vor, nach dem zu der Erbschaftsteuer, die nach den Vorschriften des Reichs-Erbschaftsteuergesetzes veranlagt wird, ein Zuschlag von 25 Proz. für die Staatskasse erhoben werden soll. Es wird dabei auf die gleiche Maßnahme in Baden hingewiesen. Die Vorlage, die mit einer Einnahme von etwa 1,7 Millionen Mark rechnet, wird begründet mit der erheblichen Steigerung des Staatsaufwandes, der Abminderung des Anteils der Bundesstaaten an der Erbschaftsteuer von einem Viertel auf ein Fünftel und dem ganz empfindlichen Rückgang einzelner Staatsgefälle.

Die Ministerkrise in Schweden.

Stockholm, 13. Februar. (W. L. B.) Das „Svenska Telegrammbüro“ ist ermächtigt, folgendes mitzuteilen: Gouverneur Freiherr de Geer hat dem König erklärt, er habe, nachdem er die Lage geprüft, gefunden, daß die Vorvoraussetzungen, die er für die Bildung eines neuen liberalen Ministeriums für notwendig erachtet habe, nicht vorhanden sind. Der König hat unmittelbar darauf den Gouverneur Sammarskjöld zu sich rufen lassen und ihm angeboten, das Ministerium zu bilden. Sammarskjöld hat, mit Rücksicht auf die Lage, die durch die Weigerung der Linken des Reichstages, an der Bildung eines Ministeriums mitzuwirken, entstanden ist, dem König geraten, sich an die Rechte des Reichstages wegen der Bildung eines Ministeriums zu wenden. Der König hat jedoch den Gouverneur Sammarskjöld ersucht, die Frage von neuem in Erwägung zu ziehen.

Die Verteidigung der südafrikanischen Regierung.

Kapsstadt, 13. Februar. (W. L. B.) Premierminister Botha ergriff heute während der Debatte über die Indemnitätsbill das Wort und verteidigte die Haltung der Regierung während der Ausschreitungen im Juli und Januar. Er bezeichnete den Ausbruch der Unruhen im Juli als einen Krieg gegen Frauen und Kinder und als einen mörderischen Angriff auf die Volksfreiheit. Johannesburg habe sich am 5. Juli in einem Zustand der Revolution befunden. Er habe viele Kriegstragbitten gesehen, doch sei die Lage in Johannesburg an jenem Tage das schrecklichste gewesen, das ihm jemals vor Augen gekommen sei. Wenn die Regierung nicht mit den Streikern ein Abkommen getroffen hätte, so würden die Folgen entsetzlich gewesen sein, da eine Viertelmillion Eingeborene sich erhoben hätten und überall Anarchie geherrscht hätte. Tausende von Menschenleben wären dann verloren gegangen und ein Schaden von Millionen entstanden.

Botha erklärte sodann, er sei fest überzeugt, daß die Arbeiterführer niemals eine Abkennung der von ihnen getadelten Maßnahmen, von denen viele gar nicht existierten, gewünscht hätten. Sie seien lediglich geschworene Feinde der Gesellschaft. Botha rechtfertigte dann das Kriegsgesetz mit der Begründung, daß es Blutergießen verhindert und den gefährlichsten Angriff auf die Nation zunichte gemacht habe.

Trauriger als durch diesen Botha ist wohl noch niemals eine Regierung verteidigt worden. Alles, was er sagte, trägt den Stempel der Lüge an der Stirn und ist zum Teil geradezu albern. Doch das schlechte Gewissen zwingt die südafrikanische Regierung dazu, die Dinge auf den Kopf zu stellen. Und indem sie dem Bürgerium Angst einjagt mit der Revolution, schafft sie sich willige Trabanten, die ihr den Staatsstreik nicht verübeln.

Verständigung in der Bagdadbahnfrage.

London, 13. Februar. (W. L. B.) Das Neuterische Bureau meldet, in der Frage der Bagdadbahn sind die Hauptpunkte zwischen Deutschland und England geregelt, ebenso die Frankreichs Interessen berührenden Hauptfragen. Es bleiben nur noch Einzelheiten zu regeln.

Ein Schiff im Kaiser-Wilhelm-Kanal gesunken.

Hiel, 13. Februar. Im Kaiser-Wilhelm-Kanal stieß heute der Dampfer „Dahur“ von der Neptun-Gesellschaft in Bremen mit dem Dampfer „Hildegard“ aus Burg (Dithmarschen) zusammen. „Hildegard“ wurde stark beschädigt und sank später. Bei dem Unfall sind zwei Mann des gesunkenen Dampfers ertrunken.

39 & JANDORF'S & 39

Woche

Spittelmarkt Belle-Alliancestr. Gr. Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser Damm
Verlangen Sie bei Einkäufen Rabattmarken

Soweit Vorrat

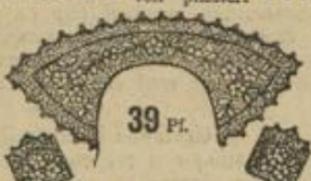
Verkauf nicht an Wiederverkäufer

- 4 Quadrate zum Zusammenheften von Decken oder Laternen, vorgezeichnet **39 Pf.**
- 1 Stuhlklissenbezug in Franzen garniert und vorgezeichnet **39 Pf.**
- 1 Wäscheleine Alon **39 Pf.**
- 1 Maschinentopf Aluminium **39 Pf.**
- 1 Poller-tuch
- 1 Abwasch-tuch
- 1 Scheuer-tuch **39 Pf.**
- 3 Geschirrtücher ca. 45x65 cm gestickt **39 Pf.**
- 10 Pakete Kohlenanzünder **39 Pf.**
- 3 Metall-Topfreiniger **39 Pf.**
- 1 Frottier-Handtuch ca. 40x100 cm **39 Pf.**
- 1 Blusen-Gürtelband mit Gummiplatte **39 Pf.**
- 6 Dosen Schuhreime schwarz **39 Pf.**
- 50 Berliner Ansichtskarten **39 Pf.**

Weisswaren

1 moderne Tüllpasse zum Untersuchen, aus Tüll, mit Spitze garniert **39 Pf.**

1 1/2 Mtr. Hals- oder Aermelrüschen neue Dessins, voll plissiert **39 Pf.**



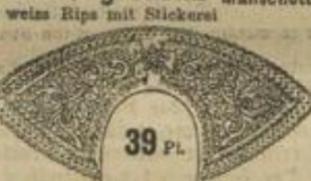
1 Spachtelgarnitur für Damen, Manschetten, Krage u. Schulterform, aus Tüll **39 Pf.**

1 Blusenkrage aus Tüll **39 Pf.**

2 Meter Schweizer Stickerei-Ein- od. Ansatz viele Muster **39 Pf.**

1 Jabot o. Bäckchen plissierte od. gefaltete Form für Kinder, a. Stickereistoff, reizendes Medallionmuster **39 Pf.**

1 Matrosenkrage Krage und Manschett, weiss Rips mit Stickerei **39 Pf.**



1 Stickereikrage rund, Schulter- oder Matrosenform, neue Muster **39 Pf.**

1 Met. Volantstickerei für Untertailen oder Rockansatz **39 Pf.**

1 Spachtelkrage rund oder Schulterform **39 Pf.**

1 Matrosenkrage dunkelblauer Stoff, 2mal mit weisser Blende besetzt **39 Pf.**

1 Lackleder- o. Samtgummigürtel **39 Pf.**

15 Mtr. Wäscheborte viele Muster **39 Pf.**

Handarbeiten

1 Kissenpolster mit guter Pflanzenfüllung, ca. 25x40 cm **39 Pf.**

1 Journalhalter aus Filz, vorgezeichnet **39 Pf.**



1 Mtr. Küchenkante handgehäkelt vorgezeichnet **39 Pf.**

5 Mtr. Küchenkante **39 Pf.**

1 Mittendecke vorgezeichnet **39 Pf.**

1 Kissenbezug aus starkfädig. Stoff, neue Zeichnungen **39 Pf.**

1 Topflappentasche mit zwei Topflappen, vorgezeichnet **39 Pf.**

1 Bürstentasche aus Filz, 2 teil., vorgezeichnet **39 Pf.**

1 Paradehandtuch vorgezeichnet **39 Pf.**

Lampen

1 Küchenlampe mit 6" Brenner **39 Pf.**

6 Gaszylinder mit Goldstempel **39 Pf.**

1 Blakerzunder **39 Pf.**

1 Gasanzünder mit 2 Ersatzsteinen **39 Pf.**

2 Pfund gemahlten

Zucker 39 Pf.

1 Pfund garantiert reiner

Kakao 39 Pf.

Wäsche

2 Erstlingshemden **39 Pf.**

1 Mullwindel **39 Pf.**

1 Untertaille

2 Molton-Unterlagen

1 Knabenhemd für 2 bis 6 Jahre

1 Mädchenhemd Achsel- oder Fassonschnitt mit Languetten, für 2-6 Jahre **39 Pf.**

Taschentücher

3 Linontücher weiss oder mit Kante, für Damen oder Herren **39 Pf.**

3 Herrentücher Batist, mit farbigen Kanten **39 Pf.**

3 Damentücher weiss Batist, od. mit farbigen Kanten u. Hoblesaum **39 Pf.**

3 Herrentücher rot, blau, gelb oder braun **39 Pf.**

1 Konfirmandentuch **39 Pf.**

Baumwollwaren

| | |
|-----------------------------------|---------------------|
| Louisianatuch | Einheitspreis Meter |
| Renforcé | <h1>39</h1> |
| Hemdentuch | |
| Croise-Barchent | |
| Piqué-Barchent | |
| Züchen Kissenbreite | |
| Bettkattun Kissenbreite, geblickt | Pfennig |
| Hemden-Barchent gestreift | |

Steingut

4 Kaffeebecher dekoriert **39 Pf.**

6 Dessertteller **39 Pf.**

1 Salz- oder Mehlmeste mit Schrift **39 Pf.**

6 Dessertteller **39 Pf.**

6 Näpfe **39 Pf.**

1 Vorratstone Delftdekor **39 Pf.**

1 Essig- od. Oelflasche Delftdekor **39 Pf.**

3 Gewürztönnchen Delftdekor **39 Pf.**

1 Satz Schüsseln gross, 3 od. 4 Stück **39 Pf.**

3 Milchtöpfe bunt **39 Pf.**

6 Maschinentöpfe bunt **39 Pf.**

1 Suppenterrine oval, Festonform für 6 Personen **39 Pf.**

1 Kartoffelschüssel mit Deckel, oval, Festonform **39 Pf.**

1 Waschserviceschüssel **39 Pf.**

1 Seifenschale **39 Pf.**

1 Zahnbürstenschale **39 Pf.**

Seifen

3 St. Oberschalseife **39 Pf.**

2 Riegel Sparkernseife zweifach **39 Pf.**

3 Pfd. Salmiak-Terpentin- Seifenpulver **39 Pf.**

1 Blechflasche Amor Putzwasser **39 Pf.**

1 Dtz. hygienische Binden **39 Pf.**

3 St. Lanolinseife **39 Pf.**

1 Dose Zahnteife (Bormann) **39 Pf.**

1 Nagelpflege-Kästchen enthaltend 1 Zelluloid-Nagel- polierer u. 1 Nagelpolierstift **39 Pf.**

1 Flasche Bay-Rum **39 Pf.**

1 Flasche Brillantine **39 Pf.**

1 Flasche Mundwasser **39 Pf.**

1 grosse Glasdose Zahnpulver **39 Pf.**

Kurzwaren

12 Dtz. Druckknöpfe **39 Pf.**

1 Stück Bettlitze **39 Pf.**

2 Garnituren Senkel für Herren **39 Pf.**

1 Paar Sockenhalter **39 Pf.**

2 Paar Kinder-Strumpfhalter **39 Pf.**

1 Paar Damen-Strumpfhalter **39 Pf.**

2 Paar Armblätter waschbar oder mit Gummiplatte **39 Pf.**

2 Haarweller **39 Pf.**

2 Pack Haarnadeln **39 Pf.**

2 Pack Lockennadeln **39 Pf.**

1 Album f. Reklame marken und 100 verschiedene Reklame marken zusammen **39 Pf.**

1 Sport- oder Turngürtel für Knaben **39 Pf.**

6 Paar Schuhsenkel aus Mako **39 Pf.**

1 Nagelpolierstein "Elite" **39 Pf.**

6 Gläser-Untersetzer mit vernickelt. Rand **39 Pf.**

1 Wandbild aus Glas ca. 31x24 cm **39 Pf.**

1 Handtuchhalter ca. 45 cm lang **39 Pf.**

1 Taschentuch "Reine Seide", für Damen oder Herren, farbig, m. Hoblesaum **39 Pf.**

Wirtschaftsartikel

1 Waschbrett **39 Pf.**

1 Fleischbrett } zusammen **39 Pf.**

1 Klopfer

1 Klosettbürste **39 Pf.**

1 Staubwedel **39 Pf.**

1 Rosshaar-handfeger **39 Pf.**

1 Springform ca. 24 cm **39 Pf.**

1 Puddingform **39 Pf.**

1 Durchschlag } zusammen **39 Pf.**

1 Sieb

1 Ausklopfer **39 Pf.**

1 Fensterleder **39 Pf.**

1 Glanzbürste **39 Pf.**

1 Möbelbürste **39 Pf.**

1 Fussbank mit gedrehten Füßen **39 Pf.**

1 Putz- oder Wischkasten **39 Pf.**

3 Ahorn-Frühstücksbretter **39 Pf.**

1 Besteckkasten 3-teilig **39 Pf.**

1 Kammkasten poliert **39 Pf.**

1 Handtuchhalter **39 Pf.**

1 Kasserolle Aluminium **39 Pf.**

1 Fleischtopf Aluminium **39 Pf.**

1 Kinderteller **39 Pf.**

1 Kinderbecher Aluminium **39 Pf.**

1 Briefkasten **39 Pf.**

1 Königskuchenform **39 Pf.**

3 Teelöffel Alpaka **39 Pf.**

2 Schock gr. Wäscheklammern **39 Pf.**

1 Balkonkasten grün gestrichen **39 Pf.**

1 Kleiderleiste mit 5 Haken **39 Pf.**

1 Leitungsschoner dekor. **39 Pf.**

1 Pfeffermühle **39 Pf.**

1 Möbelpinsel mit Kappe **39 Pf.**

1 Kaffeebüchse Delftdekor, zusammen **39 Pf.**

1 Zuckerbüchse **39 Pf.**

1 Brot- oder Fleischmesser **39 Pf.**

1 Messerputzbank mit Lederbezug **39 Pf.**

1 Aufschnittgabel **39 Pf.**

1 Küchenkonsol grau od. gelb gestrichen **39 Pf.**

1 Kleiderbürste **39 Pf.**

1 Schrubber mit Stiel lackiert **39 Pf.**

1 Eierschrank **39 Pf.**

1 Waschständer **39 Pf.**

1 Kohlschaufel } zusammen **39 Pf.**

1 Feuerhaken

1 Marktnetz **39 Pf.**

12 Teelöffel **39 Pf.**

6 Esslöffel **39 Pf.**

6 Teelöffel Aluminium **39 Pf.**

3 Esslöffel Aluminium **39 Pf.**

1 Petroleumkanne lackiert, ca. 2 Ltr. **39 Pf.**

1 Paar Solinger Bestecke schwarz oder vernickelt **39 Pf.**

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Buchdrucker! Noch ist der Streik in Oesterreich nicht beendet, noch haben die Einigungsverhandlungen nicht ihr Ende erreicht! Die oesterreichischen, namentlich die böhmischen Prinzipale suchen aber bereits Arbeitskräfte, die nach Beendigung des Streiks eintreten sollen.

Achtung, Freiseurgehilfen! Tariflich geregelt sind die Betriebe von Göttinger, Schlemmstr. 33, Schüge, Sprengelstr. 16, und Riefel, Adlerstr. 51.

Deutsches Reich.

5000 Arbeiter ausgesperrt.

Die von dem noch jugendlichen Direktor Eichberg der Linde-Hofmann-Werke in Breslau angeordnete Aussperrung aller organisierten Arbeiter, die sich mit den bis zu 60 Proz. betragenden Lohnfällungen nicht einverstanden erklärten und nicht den von dem Schwarzmaier Eichberg geforderten Austritt aus ihrer Berufsorganisation vollzogen, ist zur Tatsache geworden.

Wie bei allen Kämpfen zwischen Unternehmern und Arbeitern ist auch in Breslau die Polizei in großen Massen aufgebotsen. Gendarmen und Schutzeleute bewachen die Fabristoren, und innerhalb sowie vor dem mächtigen Gebäudekomplex und in dessen Umgebung patrouillieren zahlreiche revolverumgürtete Polizisten zu Fuß und zu Pferde.

Bei den Geschäftsleuten der Nikolavorkadt, wo die meisten Opfer der brutalen Unternehmervillie wohnen, machen

sich die Folgen der Aussperrung schon ganz erheblich bemerkbar. Selbst bürgerliche Kreise sind schwer entsetzt über das Vorgehen des Herrenmenschen Eichberg. So beschäftigte sich der bürgerliche Verein der Gast- und Schankwirte von Breslau in seiner letzten Mitgliederversammlung mit der Aussperrung.

Die Aussperrten, die täglich zur Kontrolle kommen und deren Zahl sich von Tag zu Tag mehrt, sind guten Mutes. Der Ausgang des Kampfes macht ihnen keine Sorge. Wissen sie doch, daß mit dem im Betriebe gebliebenen Gelben und dem hergelauften Gelbden der Streikbrecher ein solcher Riesenbetrieb nicht aufrecht erhalten werden kann.

Den Schaden von dem rücksichtslosen Vorgehen hat in erster Linie der Staat; denn die Linde-Hofmann-Werke haben Lieferungen in Eisenbahnlokomotiven und Waggonen für denselben. Wie die Streikbrecherarbeit von allerlei hergehalten, mit dem Betriebe nicht vertrauten Arbeitern ausfallen muß, kann sich jeder selbst ausmalen.

Porzellanarbeiter, Vorsicht! Die Firma Karl Müller, Porzellanfabrik in Stäherbach, hat den Drechern bedeutende Lohnreduktionen angekündigt. Die bisherigen Verhandlungen der Drecher mit der Firma laufen den Schlag zu, daß es zu ernststen Differenzen kommen wird.

Ausland.

Held Keiling in Oesterreich.

Die jetzt bekannt wird, hat der Soldat Keiling schon vor einigen Tagen, bevor er den Genossen Volinger in Bodenbach erschoss, in Jägerndorf (Oberschlesien) einige Buchdrucker mit Erschießen bedroht. Die Polizei ließ ihn laufen. Den Waffenspaß hat Keiling von der Prager Polizeidirektion — obgleich nach österreichischem Gesetz nur unbescholtene Menschen einen Waffenspaß erhalten dürfen.

Richter „aus dem Volke“.

Vor den Prager Geschwornen sollte dieser Tage der Prozeß gegen unser im Prager Kreis gedrucktes Karlsbader Parteiblatt beginnen, durch dessen Brandmarlung der Streikbrechervermittlung des „Bundes der Deutschen in Böhmen“ sich dieser bürgerliche Kampfbund gegen tschechen und deutsche Arbeiter beleidigt fühlte.

In der niederländischen Rheinschleppschiffahrt drohte seit einiger Zeit wegen Lohnforderungen der Schiffbesatzungen ein Streik auszubrechen. Der Konflikt ist nunmehr, nach einer gemeinsamen Tagung des Vorstandes der Vereinigung der niederländischen Rheinschleppbootbesitzer und des Vorstandes des Bundes der Wachmänner, Deijzer und des Deperfonals, beigelegt.

Wahlen zur Ortskasse Buchdruckgewerbe zu Berlin.

Arbeiter und Arbeiterinnen im Buchdruckgewerbe! Nebst Eurer Wahlrecht für

Liste I

am Sonntag, den 15. Februar, so früh als möglich aus. Der Wahltag beginnt um 9 Uhr vormittags und schließt pünktlich um 2 Uhr mittags.

Jeder Wähler hat die Verpflichtung, wenn irgend möglich, schon im Laufe des Vormittags seine Stimme abzugeben, damit durch Nachlässigkeit keine Stimme verloren geht.

Die Gegner der freien Gewerkschaften überschweben unter der Firma „Nationaler Wahlaustrich“ alle Betriebe im Buchdruckgewerbe und suchen Stimmenfang zu treiben.

Gibt diesen Dunkelmännern, die sich durch ihr Verhalten im österreichischen Streik selbst gekennzeichnet haben, durch vollständiges und frühzeitiges Erscheinen am Sonntag, den 15. Februar, die richtige Antwort.

Gibt so früh wie möglich Eure Stimme ab für

Liste I.

Parlamentarisches.

Schutz vor Verrat militärischer Geheimnisse.

Die Debatte über § 2 Abs. 2 des Entwurfes, der den Reichs-Kriegs- und Marinegesetzen die Bestimmung einfügt, daß die in den Reichs- und Marinegesetzen enthaltenen militärischen Geheimnisse als „bedeutende“ zu betrachten sind, wurde am Freitag in der Kommission fortgesetzt.

Gewerbeordnungskommission des Reichstages.

Am Freitag wurde über die Hölzernsteinfrage verhandelt. Die Regierung verlangt ein Verbot des Hölzernsteinhandels im Umherziehen. Dieser Handel ist kaum der Rede wert, trotzdem verlangt die Regierung eine Verbotsbestimmung.

Der Kampf um das Reichsarchiv.

Der größte Teil der Sitzung der Budgetkommission am Freitag wurde, nachdem die zum Marinetat vorliegenden Petitionen erledigt waren, ausgefüllt durch eine umfangreiche Reichsarchivdebatte.

Kleines Feuilleton.

Kellamefeuilletonisten. Im „Vorwärts“ wurde kürzlich auf eine journalistische Korruptionsercheinung hingewiesen, die einen besonders peinlichen Geruch verbreitete. Eine österreichische Firma bietet den Zeitungsverlegern sogenannte Kellamefeuilletonisten an, will sagen: Feuilletonisten, in die scheinbar absichtslos eine Kellame für irgend ein Industrieprodukt eingeschoben ist.

Warum ist diese Kellame nun so besonders widerwärtig? Weil man das bestechende Lob in einem Feuilleton unterbringt, das tatsächlich vom Text der Zeitung gehört und vom Verleger selbstverständlich auch dafür genommen wird.

Wie lange dauert es noch und die Schneider finanziellen die dramatische Kunst? Es brauchen sich in einem Stück ja nur zwei Salonmenschen über ihren Grad zu unterhalten und bei dieser Gelegenheit die zahlende Firma zu erwähnen.

Was kann man als Journalist gegen dieses Unwesen tun? Zunächst kann man tun, was der Journalist immer tun kann: man kann es aufdecken! Je tiefer die anständigen Presse den Satz einprägt: wenn in einem Roman oder in einer feuilletonistischen Erzählung plötzlich bekannte Industrieprodukte auftauchen, handelt es sich in neun von zehn Fällen um eine Bestechung des Autors.

Werkwürdige Erfolge einer Farodie. Hermann Wagner, der Verfasser der Farodie auf den Schundroman, die im letzten Monatsblatt unsere Leser ergötzte, erhielt von dem Verlag für Schundromane (Christian Streichlein in Elbflorenz) folgendes Schreiben:

„E. g. D.! Durch meinen Beruf bin ich leider gezwungen, auch minderwertige Blätter — sozusagen Schundblätter — zu lesen. In diesen gehört auch der „Vorwärts“, der mir schon so manchen Stunden abspenstig gemacht hat. Ich sage Ihnen, ich habe eine But auf diese sogenannte Zeitung; das ist schon fast nicht zu beschreiben. In meinem größten Ernüchterung fand ich nun das ehemalige in meinem Leben etwas Vernünftiges in diesem Blatte. Und zwar in der letzten Montagsausgabe unter dem Titel: „Der Schundroman.“ Hören Sie, das haben Sie aber fein gemacht! So ehl, so wahr, so natürlich und schön empfunden! Ich war vor Entzücken ganz aus dem Häuschen. Aber, bester Herr Wagner! der „Vorwärts“ ist doch wohl nicht das geeignete Organ für solche gute Arbeiten. Das glaube ich, daß diese außerordentlich gute Abhandlung für die Redaktionsfrühen am „Vorwärts“ ein gefundenes Fressen war, „auf das sie sich mit der Gier hungriger Wölfe stürzten.“ (Zitat aus einem meiner Verlagswerke.)

Jeder muß 100 Hefte füllen à 10 Pf. (Sie kennen wohl diese vorzügliche Seifenwaare, deren Beschaffung sich mein Verlag angelegen sein läßt?) Ich gewähre Ihnen 20 Proz. vom Umsatz. 1000 R. pro Roman garantiere ich Ihnen, wahrscheinlich wird die Summe aber bedeutend höher werden. In fünf Jahren sind Sie ein wohlhabender Mann! Greifen Sie zu, bester Herr Wagner! Geschäft ist Geschäft.

Ein antisozialistisches Tendenzstück von Brieux. Aus Paris wird uns geschrieben: Brieux war immer eine unantiflerische Natur, aber er hat manche gesellschaftlichen Uebel mit theatralisch wirkamer Beredsamkeit bekämpft. Aber auch sie ist ihm bei seiner Komödie „Der Bourgeois auf dem Land“, deren Generalprobe wir am Dienstag im Odeon, dem zweiten Nationaltheater, über uns ergehen lassen mußten, ausgegangen.

„Der Bourgeois auf dem Land“, deren Generalprobe wir am Dienstag im Odeon, dem zweiten Nationaltheater, über uns ergehen lassen mußten, ausgegangen. Eherlich ließe sich eine Tragikomödie des sozialen Idealismus wie die jedes anderen Idealisten schreiben. Aber Brieux zeigt uns einen reichen Handnarren, dessen aus Währen über Volkswirtschaft, Agrarkulturtechnik und Nahrungs-mittelphysiologie geschriebene Volksbeglückungspläne an der Gemeinheit und Dummheit der Bauern zu scheitern werden. Was soll das mit betreiben werden? Daß der Idealismus eine Helei und Verunst nur beim Profiteur ist? Wüßte Brieux für Brieux? Und was hat das spießhafte Mißverständnis des Rousseau mit

dem Sozialismus zu tun? Wie sind zwar dormalen wieder für justo milio, soziale Friedfertigkeit und ungenierte Bereicherung — aber leben schließlich doch nicht mehr unter König Louis Philipp. — Der unentzählige Langweiligkeit und Abneigung des Stückes hielt nicht einmal das neugeborene Wohlwohlen des Snobs für kapitalistische Eitel stand. Den stärksten Applaus bekam Herr Poinscaré beim Eintritt in seine Loge. Der Rest des bourgeoisen Spektakels verliefte. Man wird die Stimmung für die Wahlen von einem anderen als Herrn Brieux präparieren lassen müssen.

Die transatlantische Flugmaschine. Aus New York wird berichtet: Der Flieger Glenn Curtiss, der als Kandidat für den 200 000-Mark-Preis für den ersten Flug von Europa nach Amerika auftritt und zu diesem Zweck an der Konstruktion eines großen Wasserflugzeuges arbeitet, traf am Dienstag in New York ein und äußerte in einem Gespräch mit Sachverständigen seine feste Überzeugung von dem baldigen Gelingen des transatlantischen Fluges. Das neue Wasserflugzeug wird größer sein als alle bisher gebauten Flugzeuge und soll den Flug von St. Johns auf Newfoundland zur wahren Kiste ohne Zwischenlandung mit einer Stundengeschwindigkeit von 110 Kilometern zurücklegen. Sie wird genügend Petroleumvorrat mitführen können und stündlich etwa 60—75 Liter Brennstoff verbrauchen. Der Apparat wird voraussichtlich zum Juni fertig und nach Probeflügen im August von St. Johns starten, wahrscheinlich frühmorgens, so daß das Flugzeug zum Nachflug leichter sein und zur Landung besser befähigt wird.

Notizen.

Im Deutschen Opernhaus findet in der nächsten Woche die erste Aufführung der „Meisterfänger“ statt und zwar am Sonnabend; diese Vorstellung beginnt bereits um 7 Uhr, ebenso wie die Vorfallsvorstellungen, von denen die nächste am Sonntag, den 22. Februar, in Szene geht.

Vertillon gestorben. Der Anthropologe Alphonse Vertillon, dessen System, rüchliche Verbrechen durch körper-messungen wiederzuerkennen, polizeilichen Wert erlangte, ist 60 Jahre alt in Paris gestorben. Er war seit dreißig Jahren Chef des Erkennungsbüros der Pariser Polizei. Erst das Finger-abdrucksystem hat seiner Methode erstlich Konkurrenz machen können. Fernleitung mittels Funkentelegraphie ist Marconi jetzt auf eine Entfernung von 10 Kilometern gelungen. Sobald der Strom in Tätigkeit trat, flammte die Lampe auf und brannte dann, so lange die elektrische Kraft wirkte. Marconi hofft, daß dieses Experiment der Vorläufer der Anwendung radio-telegraphischer Kraft für Beleuchtungs- und Heizungs-zwecke sein werde.

mit diesem gestellt werden. Da bei Beratung des Etats vom Reichsamt des Innern die Eigentumsfrage zwischen Preußen und dem Reich nicht genügend geklärt wurde, konnte die Kommission zu keinem Beschlusse kommen, weshalb die Angelegenheit zur nochmaligen Vorberatung zurückverwiesen wurde. Inzwischen ist eine Denkschrift der Regierung erschienen, aus der zu ersehen ist, daß dem Reich zwar ein Vesiganteil zugestanden worden ist, jedoch nicht bezüglich des von ihm zu benutzenden Flügels, sondern in Form einer Quote am Gesamtbesitz. Diese Lösung genügt der Kommission nicht, die Angelegenheit wurde, um sie im Sinne der Kommission durchzuführen, nochmals an die Regierung zurückverwiesen. Hierauf wurden die zum Etat des Reichsamts des Innern vorliegenden Petitionen erledigt.

Aus der Partei.

Die rote Woche.

Vom 8. bis 15. März wird nach den Beschlüssen der Parteinstellungen durch das ganze Reich eine intensive Agitation für unsere Organisationen und unsere Parteipresse stattfinden: Die rote Woche! Wohl hat die deutsche Arbeiterbewegung einen Aufstieg zu verzeichnen gehabt, wie er beispiellos in der ganzen Welt da steht; ein Wachstum, so rasch und so gewaltig, wie es von keiner Partei je erlebt wurde; jede neue Wahl brachte neuen gewaltigen Stimmengewinn, brachte Erfolge, die selbst hochgespannte Erwartungen übertrafen.

Aber die Entwicklung der Organisationen und die Verbreitung der Parteipresse hat nicht immer gleichen Schritt mit diesem Wachstum gehalten. In der letzten Zeit war besonders unter dem Eindruck der Krise eine Stagnation, hier und da selbst ein direkter Rückgang, in der Zahl der Organisierten und der Leser der Parteipresse eingetreten. Diese Stagnation muß überwunden werden. Die deutsche Arbeiterklasse steht in schweren Kämpfen. Da ist das Koalitionsrecht; Unternehmertum und Regierung sind bemüht, das unzulängliche Koalitionsrecht noch mehr zu verschlechtern. Unter dem Deckmantel des Schutzes der Arbeitswilligen möchte man die organisierte Arbeiterschaft wirtschaftlich wehrlos machen, möchte die Ausübung des Koalitionsrechts unter Gefängnis- und Justizhaustrafe stellen, möchte die Polizei zur obligatorischen Schutzgarde des Unternehmertums und der Streikbrecherkolonnen machen. Das gilt es zu verhindern! Mehr noch! Die Arbeiter brauchen ein wirklich freies Koalitionsrecht, sollen sie im Kampf um ihre wirtschaftlichen Interessen nicht dem übermächtigen Unternehmertum erliegen.

Und dann die Zuspitzung der Verhältnisse auf rein politischem Gebiete. Am 1. Juli wird nichts geändert, wenigstens nichts zugunsten der breiten Massen des Volkes, eher kommt der „Lüdenlose Sozialist“, der neue Belastungen der Arbeiter und neue Gesetze dem Junkertum verheißt. Der Militarismus triumphiert über die Verfassungsrechte der Bürger, und neue Militärvermehrungen werden die militärische Heberhebung bis zum Wahnsinn steigern. Noch sind die Milliarden zur Deckung der letzten Heeresvermehrung nicht aufgebracht, und schon wagen sich die Rüstungstreiber mit neuen Forderungen ans Tageslicht, die neue unermeßliche Belastung des Volkes in Aussicht stellen. Die Mehrheit aber ist: Fortbauer der politischen Nachlässigkeit des Volkes. Höhnisch weist man jede Forderung auf Ausbau der Verfassungsrechte ab, geht vielmehr mit strupellosem Synismus daran, solche Rechte, wo sie noch bestehen, zu vernichten.

Ein Sturmmarsch gegen die Volkinteressen von allen Seiten. Gegen die Sozialdemokratie aber ein Kesseltreiben der gesamten

Reaktion! Der Reichskanzler selbst ruft dazu auf! Wir nehmen den Kampf auf. Aber wir brauchen dazu starke und geschlossene Kadern, und darum soll die rote Woche Tausende und Abertausende unserer Organisation zuführen, unserer Parteipresse Tausende und Abertausende neuer Leser bringen. Unvergänglich müssen unsere Genossen allerorts an die Organisation der Arbeit für die rote Woche gehen. Überall ist den Volksmassen klar zu machen, was auf dem Spiele steht, und daß gegen die Macht der anstürmenden Reaktion nur eine mächtige Organisation der Sozialdemokratie Schutz bietet. Auf zur Arbeit für die rote Woche! Auf zum Kampf gegen die Feinde des Volkes.

Jugendbewegung.

Arbeiter-Jugend.

Die soeben erschienene Nr. 4 des sechsten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Die Jugend in den Parlamenten. — Der gerechte Richter im Jllerial. Von F. Harwig. (Schluß). — Ein Streik von Kindern. Von Gustav Götze. — Elektrisch betriebene Wagen und Jüge. Von Hans Bourquin. (Mit Abbildungen). — Die Jälle. — Aus der Jugendbewegung. Die Gegner an der Arbeit usw. — Beilage: Solidarität. Ein Zukunftsbild von Friz Sepp. — Ernst Haedel. Zu seinem achtzigsten Geburtstag. Von Gg. Engelbert Graf. — Gesichtstäuschungen. Von O. Thorwald. (Mit Abbildungen). — Es kommt eine Stunde. . . . Gedicht von Friz Dooop. — Eine Haedel-Feier. Von L. L. — Emil Rosenow. Von Roland. — Bücher für die Jugend. — „Das Hinausleihen des Oberkörpers ist . . .“ Von Friz Müller.

Genossenschaftliches.

Konsumgenossenschaftliches aus der Schweiz.

Die von uns bereits erwähnte Interessengemeinschaft des Schweizerischen Konsumverbandes mit der Regeneri-Großfirma Bell & Co., die in der Presse zu einer umfangreichen und heftigen Polemik führte, ist von der am Sonntag in Basel abgehaltenen außerordentlichen Delegiertenversammlung des Verbandes mit allen gegen 4 Stimmen bei Anwesenheit von 403 Delegierten aus 187 Sektionen genehmigt worden. Der Beschluß wurde in Form einer Resolution gefaßt, in der ausgeführt wird, daß die gegen dieses Uebereinkommen aus den verschiedensten Interessengruppen gerichteten Angriffe nicht als begünstigt erachtet. Sie vertritt die Auffassung, daß bei richtiger Handhabung weder eine materielle, noch eine ideelle Schädigung des Genossenschaftswesens zu gewärtigen sei, sondern daß den organisierten Konsumenten daraus wesentliche materielle Vorteile erwachsen können. Aus diesen Gründen erklärt sich die Delegiertenversammlung mit dem Abkommen einverstanden, mißbilligt die gegen den Verband und die Verbandsbehörden gerichteten Angriffe und spricht der Verbandsleitung ihr volles Vertrauen aus.

Ferner steht der Verband in einem Kampf mit den syndikalisierten Schokoladenfabriken, die, statt dem Konsumverband die von ihm gewünschten Erleichterungen zu bewilligen, schlechtere Lieferungsbedingungen diktierten. Der Verband bezieht nun Schokolade und Kakao von den ringfreien Fabriken, womit sich die Delegiertenversammlung ebenfalls einverstanden erklärte.

Soziales.

Der Vorstoß gegen die Ortskrankenkassen.

Den am 20. Januar die Konservativen des preussischen Abgeordnetenhauses zugunsten der Dienstbotenversicherung unter-

nahmen, hat bereits Erfolg gehabt. Die preussische Regierung kann nämlich auch schnell arbeiten, wenn sie will. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ vom Freitagabend veröffentlicht einen Erlaß des Handelsministers v. Sydow, der bereits am 4. d. M. an sämtliche Oberverwaltungsämter ergangen ist und in dem für die Entscheidung über Anträge auf Befreiung von Dienstboten von der Versicherungspflicht (§§ 435, 418 der Reichsversicherungsordnung) folgende Instruktion gegeben wird:

„Die Bewilligung des Antrags setzt voraus, daß der Dienstbote bei Erkrankung Rechtsanspruch an den Dienstberechtigten auf Gewährung einer den Leistungen der zuständigen Krankenkasse gleichwertigen Unterstützung hat. Daß ein Rechtsanspruch begründet ist, muß auf Erfordern von dem Antragsteller nachgewiesen werden. Es wird aber in der Regel genügen, wenn der Dienstbote in irgendeiner Form ausdrücklich oder stillschweigend die Einräumung des Rechtsanspruchs anerkennt, z. B. indem er ohne Hinzufügung eines Vorbehalts befristet, von der Erklärung des Antragstellers über die Gewährung des Rechtsanspruchs Kenntnis erhalten zu haben.“

Eines Nachweises, welche einzelnen Leistungen der Antragsteller übernommen hat, bedarf es im allgemeinen nicht; es erscheint vielmehr ausreichend, daß er sich zu einer den Leistungen der zuständigen Krankenkasse gleichwertigen Unterstützung verpflichtet hat. Dem soweit der Arbeitgeber eintretendfalls nicht eine gleichwertige Unterstützung gibt, hat nach § 422 der Reichsversicherungsordnung die Kasse die sachungsmäßigen Leistungen zu gewähren und kann alsdann von dem Dienstberechtigten die Erstattung des von ihr geleisteten beanspruchen.

Die Voraussetzungen des § 418 Abs. 2 Nr. 1 der Reichsversicherungsordnung sind auch gegeben, wenn der Antragsteller zur Deckung oder Abschmähung des von ihm zu übernehmenden Risikos bei einer Versicherungsgesellschaft, einem Dienstbotenabonnementsverein oder einer ähnlichen Einrichtung Rückversicherung genommen hat, sofern er den Versicherungsbeitrag aus eigenen Mitteln deckt.“

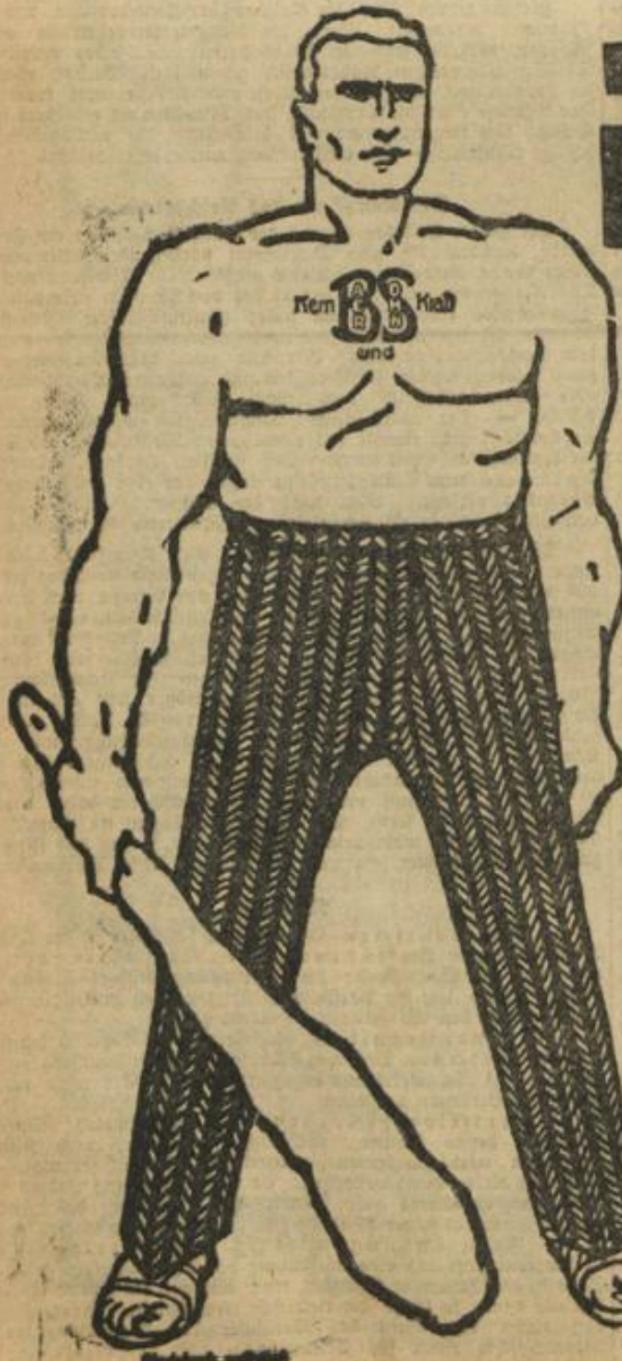
Weiter wird angeordnet, daß den an die Leistungsfähigkeit des Dienstberechtigten zu stellenden Anforderungen nicht die höchsten Ansprüche zugrunde zu legen sind. Eine von dem Antragsteller nachgewiesene Rückversicherung muß bei der Beurteilung seiner Leistungsfähigkeit berücksichtigt werden. Einem Antragsteller, der seine Leistungsfähigkeit nicht darzulegen vermag, kann die Stellung einer Sicherheit anheimgelassen werden, bei deren Bemessung aber nicht über den Betrag hinausgegangen werden darf, der zur Sicherstellung der Krankenkasse unbedingt erforderlich ist.

Der Zweck des Vorstoßes der Reaktionsäre ist also erreicht: Es ist der Weg geebnet zu einer Abspaltung in der neuen Krankenversicherung; die Reichsversicherungsordnung hat durch den Erlaß des preussischen Handelsministers einen argen Schlag erlitten.

Gegen Verschlechterung der Sonntagruhe.

In Frankfurt a. M. nahm eine von fortschrittlicher Seite einberufene Versammlung in einer scharfen Resolution Stellung gegen die Haltung der fortschrittlichen Reichstagsfraktion und gegen den von fortschrittlicher Seite gestellten Kommissionsantrag in Sachen der Sonntagruhe.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, 15. Februar, vormittags 9 Uhr, Doppel-Allee 15/17; Reudlin, „Idealbrosche“; Legel, Bahnhofstr. 15, und Ober-Schöneberg, Marast. 2; Freireligiöse Vorlesung. — Vormittags 11 Uhr, Kleins Frankfurter Straße 6; Vortrag von Herrn Dr. A. Bernstein: „Die Harmonie von Geist und Körper.“ — Abends 6 Uhr, Alexanderstraße 20. Herr R. D. Baage: Ernst Haedel, sein Leben und Wirken. — Damen und Herren als Gäste willkommen.



DIE KERN UND KRAFT HOSEN-WOCHE

Besonders billige Ausnahmepreise

Nur einige Beispiele:

| | | | | | |
|--------------|---------------------------|-----------------------|--------------|-------------------------------|------------------------|
| Herren-Hosen | sehoo Streifen | jetzt 3 ⁰⁰ | Herren-Hosen | Kammgarn und Cheviot | jetzt 9 ⁰⁰ |
| Herren-Hosen | gestreifte Buckskins . . | jetzt 4 ⁵⁰ | Herren-Hosen | graue Kammgarn, feinst gestr. | jetzt 12 ⁰⁰ |
| Herren-Hosen | in 6 verschied. Mustern | jetzt 5 ⁴⁰ | Herren-Hosen | in 8 vornehmen Streifen | jetzt 13 ⁵⁰ |
| Herren-Hosen | Kammgarnart | jetzt 6 ³⁰ | Herren-Hosen | prima Kammgarn, in Aus- | jetzt 15 ⁰⁰ |
| Herren-Hosen | in 9 derschönsten Mustern | jetzt 7 ²⁰ | Herren-Hosen | feines Kammgarn, Maßarbeit | jetzt 16 ⁵⁰ |
| Herren-Hosen | zum Cutaway passend . | jetzt 8 ⁰⁰ | Herren-Hosen | elegante Streifen, vornehme | jetzt 18 ⁰⁰ |

Extra großes Lager in Bauch-Hosen, 36 verschied. Längen u. Weiten in Hosen für große und schlanke Herren

— Hosen aus Resten und Maßstoffen zu sehr billigen Preisen —

Die oben angeführten Erzeugnisse sind sämtlich in eigener Fabrikation hergestellt!

| | | |
|------------------------------------|---------------------------|-----------------------|
| Knaben-Stoff-Hosen | für 3-8 Jahre | jetzt 55 Pf. |
| Manchester-Leibchen-Hosen | für 3-5 Jahre | jetzt 1 ⁸⁵ |
| Manchester-Leibchen-Hosen | für 6-8 Jahre | jetzt 2 ¹⁰ |
| Blaue Cheviot-Hosen ganz gestreift | für 3-5 Jahre Qual. II | jetzt 1 ⁹⁵ |
| Blaue Cheviot-Hosen ganz gestreift | für 3-8 Jahre Qual. I | jetzt 2 ⁹⁵ |
| Knaben-Schul-Hosen aus Stoffresten | für 8-10 Jahre | jetzt 1 ⁷⁰ |
| Knaben-Schul-Hosen aus Stoffresten | für 11-14 Jahre | jetzt 1 ⁹⁰ |
| Manchester-Schul-Hosen | für 8-10 Jahre | jetzt 2 ⁹⁵ |
| Manchester-Schul-Hosen | für 11-14 Jahre | jetzt 3 ²⁵ |

Da unsere Ausnahme-Veranstaltungen nachmittags großen Andrang aufweisen, werden die Vormittagsstunden zum Kauf empfohlen!

BAER SOHN

Spezial-Haus größten Maßstabes für Herren- und Knaben-Kleidung
 Chausseestraße 29/30 BERLIN 11 Brückenstraße 11
 Gr. Frankfurter Str. 20 Gegr. 1891 Schöneberg, Hauptstr. 10
 Der Haupt-Katalog Nr. 6 (Modische Moden) kostenlos und portofrei

Sonntag
 nur von 12-2
 geöffnet!

Versand nach außer-
 halb sofort nach Emp-
 fang der Bestellung.
 Von 20 Mark an
 franco!



Amal Hausmittel

Allgemein-Vertriebes

Greenow's Kaffee-Verd. Dresdenstr. 79

C. Kisch Speck- u. Schinkenfabrik

Kohlholze Getränke

Franz Abraham Bank Messing- u. Röhrenfabrik

Arbeiter-Berufshilfe

Auto-Fahrerhilfe

Bäder-Angebot

Bad Ail-Moabit 104

Bad Frankfurt, Gr. Frkt. Str. 130

Bad Hufeland, Hufelandstr. 45

Bad Kur- u. Tegel, Tegelstr. 18

Bad Ostend

Passage-Bad

Schiller-Bad, Müllerstr. 153a

Silesia-Bad

Bandagen, Gummivarren

Bäcker- u. Konditoreien

C. Adamek, Nikln., Jonassstr. 25

A. Albat, Marktstr. 12/13, Reichenh.

Landbrotbäcker, Herm. Albrecht

P. Andersch, Zionskirchestr. 17

R. Anderson, Thüringerstr. 22

A. Auzi, Dronkauerstr. 11

W. Bagge, Wilmstr. 54/55

Willy Bär, Stromstr. 45

Paul Berger, Kirchhofstr. 29

P. Beyer, Franzstr. 45

Josef Biefka, Kirchhofstr. 45/47

A. Bickel, Eibingerstr. 33

Otto Billepp, Kastanien-Allee 21 & 23

Reinh. Bieleke, Wiesenstr. 49

R. Block, Sauerstr. 18

Alw. Brämer, Romintenerstr. 40

Brotfabrik Heinersdorfer Mühle

Paul Buchholz, Pankow, Görschstr. 11

Rudolf Brechlin, Ockerstr. 3

F. Brethkopf, Exerzierstr. 19a

Waldemar Brose, Driesenerstr. 9

Hermann Busch, Grünauerstr. 12

Ernst Buller, Brüderstr. 43

M. Burghard, Waldemarstr. 76

Gust. Böhm, Gubenstr. 26

O. Büchner, Nordhäuserstr. 20

Er erscheint 2 mal wöchentlich.

Bäcker- u. Konditoreien

Landbr.-Bäck. Kröcher, Sauerstr. 35a

C. Kenze, Liebigstr. 1

Karl Kauerle, Tietz & Albrechte

Max Kahl, Triftstr. 9

Felix Kynast, Dänestr. 4

Bäckerlei Künscher

Kastanien-Allee 87

Ew. Liesegang, Danzigerstr. 42

Adolf Liade, Lichting, Wilhelmstr. 75

Carl Lindberg, Lykestr. 4

H. Lübs, Reichenh.-Gt., Kastanien-19

Fritz Langwitz, Hohenlohestr. 3

W. Luzemann, O.-Gabriel-Maxstr. 3

W. Mogow, Lichtenh., Gärtnerstr. 5

H. Murggraf, Charl., Goethestr. 49

N. Mörkworth, Pfingsterstr. 11

R. Maschke, Lichtenh. Gt., 31

Anton Mayr, Landbergerstr. 17

Alfred Meyer, Pulverstr. 55/57

Hilbert, Brandenb., Bismarckstr. 3

G. Meißner, Wallenburgerstr. 42

H. Mühle, Mantelstr. 87

Max Mühl, Pankow, 27

Carl Neudorfer, Sickingenstr. 76

Wilhelm Niklau, Malplaquetstr. 6

Gustav Nielsen, Lindowstr. 9

P. Nitschke, Cadenerstr. 4

Paul Otto, Danzigerstr. 31

Robert Pötschke, Sprengerstr. 48

J.L. Popp, Amsterd. 104, Reichenh.-Gt.

Herm. Prager, Gr. Frankfurterstr. 3

Fr. Pribyl, Osnabrückerstr. 26

Richard Ranssch, Weichselstr. 64

Fritz Richter jr., Liebenwalderstr. 13

Rekordbrotbäckerei

Schuldenhofstr. 22

G. Riewe, Bismarckh., Bismarckstr. 87

C. Reich, Bismarck, Hermannstr. 14

R. Radloff, Nikln., Allerstr. 37

Osw. Raubert, Gürtelstr. 27

Gust. Rauteberg, Metzgerstr. 11

Kurt Reinecke, Franzstr. 13

P. Reinhold, Treptow-Kieholzstr. 17

Richard Rieger, Triftstr. 13, Sperrstr. 29

Otto Reutemann, Simon-Dachstr. 1

R. Riebehn, Panzerstr. 11

Bezugsquellen-Verzeichnis.

E. Giese, Mollerstr. 12a

L. Hartung, Pankow, Drehmstr. 42

O. Klose, Reichenh.-Gt., 26

F. Jakob, Müllerstr. 12

O. Kunn, Reichenh.-Gt., 24

Carl Lange, Lindenstr. 2

F. Laufmann, Reichenh.-Gt., 193

O. Quies, Holl. 117, Reichenh.-Gt.

Willy Rosenow, Camphausenstr. 4

M. Schotte, Pankow, Florstr. 94

M. Torge, Schöneberg, Kolonnenstr. 44

Ch. Vosgerau, Pank., Berlinerstr. 11

Cigarrenfabriken

W. Herbst

Damen-Konfektion

Dampf-Walchanst.

Drögen und Farben

Löwen-Brauerei

Münchener Brauhaus

Schloßbräu-Flaschenbier

Ver eins-Brauerei Teutonia, NW 07

Weissbier, C. Breithaupt

Brotfabrik

Liebling's Zerpenscheider

Bürten u. Sollerwaren

Bildereinrahm., Galerei

Butter, Eier, Käse

H.P. Biedermann

Bruno Frede

Wilhelm Göbel

Gebrüder Groh

August Holtz

F. HAGEN

Gebrüder Manns

W. Pfeil, Buttergroßh.

Kosmalla, E., Detail

Paul Reimke Butter

Schröter, R.

Gust. Schulze & Sohn

Uhly & Wolfram

Vereinigte 48

C. F. Wienstruck

Cacao, Schokolade, Confit.

Fordern Sie

Kakao und Schokolade

Wesenberg

Cylix, G., Filialen all

Fl. Fleisch- u. Wurstwaren

Moors, Otto

G. A. Müller

A. Möbes Nchf.

Paul Seidel, Schönhaus-Allee 00

G. Vettin

Kolonialwaren

G. Behrens, Schöneberg-Akademie

F. Belle, Schöneberg, Tegelstr. 10

C. Böse, Provinzialstr. 109, Reichenh.-Gt.

W. Bornerfeld, Liebenwalderstr. 41

A. Buchholz, F. Kistritz 14, Reichenh.-Gt.

A. Crona, Liebenwalderstr. 50

Gg. Feist, Nikl., Weseerstr. 4

Fr. Flächler, Heldenstr. 6

Karl Gressing

Göhler-Honig

Hokenkamp & Neumann

M. Krügers

P. Lange, Waldemarstr. 49

H. Lohse, Schenk-Str. 65, Reichenh.-Gt.

Fr. Pawlitzki, Provinzialstr. 109, Reichenh.-Gt.

O. Pöschel, Schwedenerstr. 18

A. Reinhold, Prinzen-Allee 18

Alfred Richter, Stromstr. 24

Franz Richter, Malplaquetstr. 9/26

Runge, Otto, Nikln, Hermannstr. 54

A. Sörgel, Fehlbildstr. 24

Fritz Scheel, Schwedenerstr. 47

Schlenker, Emil, Rüttenstr. 7

Emil Schütz, Reichenh.-Gt., 10

A. Sittinat, Nollendorf-Str. 108

W. Thoma, Reichenh.-Gt., 54

Erich Tiel, Wilm., Lughausstr. 129

H. Vogel, Liebenwalderstr. 11

Aug. Würke, Müllerstr. 169

Kuhlen, Hols, Holz, Briketts

W. Busch, Immanuelstr. 22

Otto Müller, O., Romintenstr. 11

Franz Reichert, Maxstr. 18/19

C. Richter, Liebenwalderstr. 13/15

Ferd. Wree, Reichenh.-Gt., 26

Kurz, Woll-, Wollwaren

Alb. Bork, Pankow, Florstr. 41

Herm. Engel, Tegel, Schleierstr. 25

M. Gardels

Hoppe, E., Scharnweberstr. 52

Carl Klein, Hohenstr. 16, N.O. 18

Kaufhaus Renk, Wilmstr. 11/19, Bab

Hermann Meyer, Schillerstr. 31

H. Pech, O. 112, Scharnweberstr. 42

Rosenthal, Reichenh.-Gt., 12

Albert Vogt

Lederhandlung

H. Schwarz, Petersburgerstr. 23

Lichtfabrik

Bandels-Körse

Handelshandlungen

Bethke, Georg

Frese, Ernst

Gaede, Otto

W. Grab

Korn, Hugo

W. Lau, Ch. Krumme Str. 54

M. Manke, C., Münzstr. 12 Nd. 8249

H. Mal, Kaiser Friedrichstr. 52

F. Pflugmacher, Colonnadenstr. 67

Paul Schöneberg, Karl-Liebknecht-Str. 75

F. W. Sichter, Eckerstr. 75

M. Walter, Wrangelstr. 3

Molkereien

Gust. Hoppe, Spandau

Interessengemeinschaft

Milchproduzenten

Volkmilch, 2%, Fettgehalt, zum

billigsten Tagespreis

Zweiggeschäfte:

Berlin-O., Marillenstr. 17

Berlin-NW., Linsenstr. 25, Fernap-

procher: Amt Norden 1790

Neukölln, Berlinerstr. 18/19

Schöneberg, Barbarossastr. 26a

Grünwaldstr. 71, Hasenburger-

str. 3, Fernap. Amt Lützow 2344

Wilmersdorf, Meierstr. 1 (am

Fassanplatz), Fernap.: Amt

Uhlend. Nr. 3016; Uhlend. 79a

Zehlendorf, Wannseebahn, Feh-

denstr. 50; Fernap.: Amt Lützow 1381

Grünhalden, Erkner, Hohndorfstr. 21

Arth. Kumbach, Schwedenerstr. 11a

Rud. Kiesel, Mirbachstr. 66

G. Miercke, Tegel, Brunowstr. 13

W. Gollert, Schliesenstr. 30

Schweizerhof

Meisler und Milchwarenfabrik

Emdenstr. 46 u. Tel. II 2545

H. Tregor, Tegel, Bahnhofstr. 7-6

Möbelfabrik und Versand

Rossien-Möbel

Musikalien u. Instrumente

<

Uhren und Goldwaren

Jonass & Co. BERLIN S.W. 309 Teilzahlung Kataloge gratis u. franko. O. Anmann, Tempelhof, Berlinstr. 121 A. Bartsch, Weißes, Gest.-Adolfstr. 157.

Unterrichtsinstitute

Maximilian-u. Helzerausblüdg. Leitr. Licht-Kraftl., Fahrstuhl, Führer, Zentralheiz., Urbanstr. 54. Warenhäuser Carl Hoffmann, Schönberg, Herbartstr. 4.

Café Metropol

Köpenicker-, Eckstr. 12. Café Zepplin, Frankfurterallee 76, Eckstr. 12. Grand-Café 'Zepplin'.

Wild- u. Geflügel

Georg Riedl, Eisenstr. 57. Yoghurt-Präparate Yoghurt-Milch-Kakao.

Aldershof

Past.-Hof R. Kletmann, Bernauerstr. 164. Kaufhaus Julius Well Nachf. Brilz.

Lichterfelde

Königsberger & Co. Lankwitzstr. 1. Herrenartikel und Konfektion. Mariendorf.

Spandau

J. Bode, Fichelsdorferstr. 95. W. Lutter, Fahr., Fichelsdorferstr. 98. O. Rauer, Fichelsdorferstr. 117.

Vericherungen

'Deutschland' Berlin Arbeiterversicherung - Schützen-Sterbekassensicherung. 'Iduna' zu Halle a. S.

Kino-Variété

Sanssouci, Cottbusstr. 6. Erstklassiges Programm. Gut geplante Biere.

Konzert-Café Nord-Palast

Brannenstr. 18, E. Veteranenstr. Riebeck-Ausschank, gr. Frikol. 34.

Wild- u. Geflügel

Georg Riedl, Eisenstr. 57. Yoghurt-Präparate Yoghurt-Milch-Kakao.

Aldershof

Past.-Hof R. Kletmann, Bernauerstr. 164. Kaufhaus Julius Well Nachf. Brilz.

Lichterfelde

Königsberger & Co. Lankwitzstr. 1. Herrenartikel und Konfektion. Mariendorf.

Spandau

J. Bode, Fichelsdorferstr. 95. W. Lutter, Fahr., Fichelsdorferstr. 98. O. Rauer, Fichelsdorferstr. 117.

Verkäufe.

Teppiche (Gardenschieber), Leinwand, Teppiche, Gardinen, etc. Teppiche (schlechte) in allen Größen, etc.

Teppiche

Gordineerde, Fenster 1,55, 1,95, 2,45, 2,85, 3,30, 4,25, 5,20, 6,65 ufm. E. Weigenbergs Gardinen- und Teppichhaus.

Geschäftsverkäufe.

Zigarettengeschäft, Tabak, etc. Restauration, höhere Etagen, etc. Nigarrengeschäft, feines, etc.

Möbel.

Wohnzimmer für 265 Mark, etc. Bücherei, noch neu, billig veräußert, etc. Kuchbaummöbel, etc.

Möbel

Möbel für Brautleute günstige Gelegenheit, etc. Requiem, Möbel für Studie und Küche, etc.

Kaufgesuche.

Goldschmelze kauft höchstgültige Goldschmelze, etc. Diamantabfälle, etc. Silber, etc.

Verschiedenes.

Patentanwalt Räder, etc. Japan, Birkenwerder, etc. Schloßerei, etc.

Wohnungen.

Wohnung, etc. Zimmer, etc. Schlafstellen, etc. Stellenangebote, etc.

Wohnungen.

Wohnung, etc. Zimmer, etc. Schlafstellen, etc. Stellenangebote, etc.

Wohnungen.

Wohnung, etc. Zimmer, etc. Schlafstellen, etc. Stellenangebote, etc.

Wohnungen.

Wohnung, etc. Zimmer, etc. Schlafstellen, etc. Stellenangebote, etc.

Wohnungen.

Wohnung, etc. Zimmer, etc. Schlafstellen, etc. Stellenangebote, etc.

Wohnungen.

Wohnung, etc. Zimmer, etc. Schlafstellen, etc. Stellenangebote, etc.

Wohnungen.

Wohnung, etc. Zimmer, etc. Schlafstellen, etc. Stellenangebote, etc.

Arbeitsmarkt.

Arbeitsmarkt, etc. Stellenangebote, etc. Unterrichts, etc.

Handlungsgehilfen! Wählt am 15. Februar, Liste 2

10 bis 3 Uhr:

Parteiangelegenheiten.

Wahl im sechsten Wahlkreise.

Die Wahl eines dritten Beamten findet am Sonntag, den 15. Februar, in der Zeit von 10—11 Uhr statt. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Wahllokale werden morgen Sonntag noch einmal im Annoncenteil bekannt gegeben. Der Vorstand.

Ober-Schöneweide. Dienstag, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im „Wilhelminenhof“. Tagesordnung: Vortrag über: „Johann Gottlieb Fichte, Bezirksangelegenheiten, Diskussion.“

Alt-Landsberg und Süd. Sonntag, den 15. Februar, vormittags 10 Uhr: Mitgliederversammlung bei Thomas Schmidt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Swintlowski. 2. Bezirksangelegenheiten und Verschiedenes. Die Genossen von Alt-Landsberg treffen sich 9 1/2 Uhr bei Funtke, Klosterstr. 5.

Abtershof. Die Leser der Wahlvereinsbibliothek werden dringend gebeten, am Montag, den 16. Februar, die entlehnten Bücher zurückzuliefern, da die Bibliothek auf kurze Zeit geschlossen werden soll. Das gleiche gilt für die Kinderbibliothek; die Eltern müssen dafür sorgen, daß ihre Kinder die Bücher pünktlich zurückliefern.

Schönwalde-Schönerlinde. Sonntag, nachmittags 4 Uhr, gemeinsamer Jahrlabend bei Schulz, Schönwalde. Vortrag des Genossen Schulz: „Mit Religion Privatfide?“

Die Kollegen vom Landarbeiterverband nehmen an der Zusammenkunft teil.

Wandlitz-Basdorf. Sonntag nachmittags 4 Uhr, gemeinsamer Jahrlabend bei Sebastian, Basdorf. Stellungnahme zu den Gemeindevertreterwahlen.

Berliner Nachrichten.

Das Murrelspiel.

Ein Vorfühlingsspiel der Kinder.

Jedesmal, wenn der Frühling seine ersten Boten ins Land sendet, beginnt die Kinderswelt mit ihren Saisonspielen im Freien. Das erste dieser Spiele ist das Murrelspiel, das in Folge der eigentlich programmwidrig sonnigen und warmen Tage, die uns schon die erste Februarhälfte bescheert hat, sofort auf der ganzen Linie eingetret ist. Auf freien Plätzen, in stillen Straßen, überall dort, wo der weiche Erdboden die Anlage einer „Murrelkute“ oder eines „Lapplochs“ — so heißen die Fachausdrücke in Berlin — gestattet, sieht man jetzt die von mehr oder minder sicherer Hand in Bewegung gesetzten Murrelflugeln rollen. Man hat schon längst der merkwürdigen Tatsache seine Aufmerksamkeit zugewandt, daß gewisse Kinderspiele an bestimmte Zeiten des Jahres geknüpft sind. Diese Beobachtung hat schon ein Zeitgenosse Goethes, der ersässliche Dichter Arnold, der Verfasser des von Goethe überaus günstig und wohlwollend besprochenen Lustspiels „Der Pfingstmontag“, gemacht. Obwohl auch im eigentlichen Frühling sowie im Sommer und im Herbst alle Vorbedingungen für das Murrelspiel gegeben sind, erreicht dieses mit einer Regelmäßigkeit, die ihresgleichen sucht, gewöhnlich bald nach dem kalendermäßigen Anbruch des Frühlings ihr Ende. In der Murrelzeit muß jedes Berliner Kind ein Murrelsäckchen haben, das eine stattliche Anzahl der farbigen Tonkugeln enthält und dessen Inhalt das Kind im Spiel zu vermehren trachtet. Die Murrel werden auch Murrel oder Murrel sowie Warks, Nicks, Murks und bunte Hunde genannt. Daneben hat die Sprache der Berliner Kinder eine große Zahl von Fachausdrücken, die nur auf dieses Spiel Bezug haben, wie Nütte, Vamsche, Buder, Duddel, Kletschen, Kiepschen, tedeln usw. Hat ein Murrelspieler alles verloren, so ist er baal, hamm, klamm oder hat alles verbrutt, vom Gewinner aber sagt man, er habe gesackt. Es ist auch dem gewiegtesten Sprachforscher unmöglich, den Ursprung der meisten dieser Fachausdrücke festzustellen; das Interessanteste aber dabei ist, daß einige dieser Bezeichnungen, wie „Nütte“, „klamm“, und „sacken“ auch in die Sprache der Erwachsenen Eingang gefunden haben. Auch beim Staffspiel sowie bei anderen Kartenpielen gebraucht man in Berlin den Ausdruck „sacken“, der, wie wir hier deutlich erkennen können, auf das Säckchen der Murrel spielenden Kinder Bezug hat. Es gibt sogar erwachsene Berliner, die das Interesse für das Murrelspiel bis in ihr hohes Alter bekunden. Ein Berliner Verein führt den Namen „Murrelbrüder“ und dieser Verein ist ein Regellub. Diese Murrelbrüder beschränken sich keineswegs auf die eigentliche Murrelsaison, sondern sie „murreln“ den ganzen Winter hindurch und sie spielen mit recht großen Murreln, den Regelkugeln.

Der Drahtzug.

Eine eigenartige Tätigkeit kann man jetzt auf den Eisflächen der märkischen Seen beobachten: den Drahtzug. Er bildet immer ein interessantes Schauspiel und lockt viele Neugierige herbei. Die Wirte veranstalten an diesen Tagen Konzerte und einige geschäftstüchtige Leute halten warme Wärsche feil. Auch Photographen und sogar Amateure sind nicht selten dabei. Er gestaltet sich so zu einem kleinen Volksfest: der Winterfischzug der Fischerinnungen.

An einer Stelle des Sees wird ein großes Loch in das Eis gehauen. In dieses läßt man das einige hundert Meter lange Netz, die „große Wade“ genannt. Rechts und links seitwärts werden in bestimmten Abständen kleine Löcher gehauen, die zum Ausbreiten des Netzes dienen. Unter diesen Löchern hin kriecht man eine Stange mit einer Reine, die wiederum mit dem Netz verbunden ist. Auf diese Weise wird das Netz aufgerollt und hängt nun senkrecht im Wasser. Von Eis bis zum Grund eine fast undurchdringliche Wand bildend. Von den Enden des Netzes aus werden nun wieder kleine Löcher eingebauen und die Reinen mit Hilfe der Stange weiterbefördert. Ist das weit genug geschoben, dann wird angezogen und das Netz so ein Stück geschleppt, meist nach dem Ufer hin, wo es dann durch ein großes Loch von etwa zwölf kräftigen Männern eingezogen wird.

Nicht allzu groß ist gewöhnlich der Ertrag. Wenn bei einem Zug nur 2 bis 3 Zentner Fische gefangen werden, ist diese mühselige Arbeit nicht bezahlt. Die zunehmende Verunreinigung unserer Gewässer durch Industrieanlagen läßt die Fischerei immer mehr zurückgehen, soviel auch Versuche zur Förderung der Binnenfischerei angestellt werden.

Die Fische werden an Ort und Stelle verkauft. — Unzählige kleine Löcher bilden nun eine Gefahr, wenn auch keine Lebensgefahr, für den Schlittschuhläufer. Immerhin kann es vorkommen, daß trotz der Kleinheit der Löcher ein Kind ein unfreiwilliges Bad nehmen muß.

Schule und Kinderarbeit.

Zur Einschränkung der Kinderarbeit kann auch die Schule manches tun. Sie kann durch Umfrage darauf achten, ob die Kinder zu Recht oder zu Unrecht beschäftigt werden. Die Schulverwaltung hat auch die Direktoren und Lehrer angewiesen, im Sinne der Einhaltung der Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes zu wirken; nur mühte diese Tätigkeit eine ständige und intensive sein. Und wenn auch den Lehrern manches verborgen bleiben dürfte, so ist doch zuzugeben, daß bei einer fortgesetzten Bewachung der Kinderbeschäftigung manches Gute auf diesem Gebiete geleistet werden kann. So wenig verlangt werden soll, daß viele Kinder infolge der schlechten sozialen Verhältnisse der Eltern zur gewerblichen Beschäftigung herangezogen werden, so richtig ist andererseits, daß auch die Entwicklung der Kinder und ihre eigene Zukunft nicht außer acht gelassen werden darf. Die heutigen Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes, die ohnehin einen weiten Spielraum lassen, werden vielfach nicht beachtet. Wir haben in letzter Zeit wiederholt recht krasse Fälle von Kinderbeschäftigung veröffentlicht. Das hat die Berliner Schuldeputation veranlaßt, sich erneut mit der Frage der gewerblichen Beschäftigung der Gemeindegelübten zu befassen.

Es wurde betont, daß nach den in den Gemeindegelübten gemachten Erfahrungen das Kinderschutzgesetz vielfach umgangen werde. Die Schuldeputation beschloß, die Direktoren wiederholt anzuweisen, sich sorgfältig um die gewerbliche Beschäftigung der Kinder zu kümmern. Die Direktoren sollen, sobald ihnen bekannt wird, daß ein Kind in eine solche Tätigkeit eingetreten ist, dem in Betracht kommenden Gewerbetreibenden ein von der Schuldeputation unterzeichnetes Schreiben übersenden, in dem auf die wesentlichen Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes hingewiesen wird. Ferner sollen alle gewerblich beschäftigten Kinder von dem Schularzt daraufhin untersucht werden, ob sie für die betreffende Beschäftigung körperlich geeignet sind; ist das nicht der Fall, so soll bei dem Polizeipräsidenten die Entziehung der Arbeitskarte beantragt werden.

Zugleich beschloß die Schuldeputation, den Magistrat zu bitten, bei dem Minister des Innern vorstellig zu werden, es möchten die gesetzlichen Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes dahin geändert werden, daß vor Bewilligung der Arbeitskarte die Schule und der Schularzt gehört werden.

Diese Beschlüsse der Schuldeputation sind zu begrüßen, und es ist nur zu hoffen, daß dieselben von den Direktoren und Lehrern ständig beachtet werden. Gerade die Schule hat ein großes Interesse daran, daß die Kinder auch in der Lage sind, dem Schulunterricht folgen zu können. Das wird aber durch Ueberanstrengung dieser Kinder der Schule sehr erschwert. Erst dieser Tage klagte uns ein Rektor einer Schule im Norden der Stadt über die starke gewerbliche Beschäftigung der seine Schule besuchenden Mädchen, die überanstrengt und übermüdet zur Schule kämen und dem Unterricht nicht in der gewünschten Weise folgen können.

Hoffentlich finden auch unsere Genossinnen, die in den Kinderschulkommissionen tätig sind, bei den Schulleitern das nötige Verständnis, wenn sie genötigt sind, sich einmal an die Schule wenden zu müssen.

Die Feuerwehr im Lustgarten.

Gestern war der Lustgarten für das Publikum gesperrt, um dem Kaiser die Berliner Feuerwehr in ihrer Tätigkeit vorzuführen. Es waren 40 Fahrzeuge mit den erforderlichen Leitern und Rettungsgeräten im Lustgarten zusammengezogen; die übrigen Löschzüge waren auf die verschiedenen Depots verteilt. Der Branddirektor erklärte die Einrichtungen der Fahrzeuge und der einzelnen Geräte. An denen wurden die verschiedenen Übungen vorgenommen, um die Schlagfertigkeit der Wehr zu demonstrieren. Zum Schluß wurden an Offiziere und Mannschaften Orden verteilt.

Arbeiter-Sportfest für Groß-Berlin.

Der Reichsausschuss für Olympische Spiele hat dem Antrag des Kartellverbandes Groß-Berlin für Sport- und Körperpflege zugestimmt und das „Deutsche Stadion“ zu einem Arbeiter-Sportfest an einem Sonntag im Juni dieses Jahres überlassen. Der Reichsausschuss bemerkt in dem Antwortschreiben noch, daß er grundsätzlich die Verquickung politischer und konfessioneller Fragen mit sportlichen Angelegenheiten in jeder Form ablehne.

Man wird erst die Bedingungen kennen lernen müssen, unter denen die Hergabe des Stadions an die Arbeiter-Sportvereine erfolgt, bevor man ein endgültiges Urteil über den Entschluß des Reichsausschusses sich bilden kann, ob diese Bedingungen die Verquickung des Stadions überhaupt ermöglichen.

Arbeitslose auf den Rieselfeldern.

Die Deputation für die Kanalisationwerke und Güter Berlins beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung am 9. d. Mts. auch mit dem Plan der Beschäftigung Arbeitsloser auf den Rieselgütern. Es wurde beschlossen, 200 Mann auf den Gütern Osdorf und Sputenhof mit Apterungsarbeiten, Holzfällen und -roden zu beschäftigen. Verheiratete Berliner Arbeiter sollen in erster Linie berücksichtigt werden. 100 Mann sollen in der Heinerdortler und weitere 100 Mann in der Parade in Margaretenhof einquartiert werden. In jeder Parade soll ein Aufseher und vier Hauslinge das Essen bereiten. Für Logis und Verpflegung zahlt jeder Arbeiter pro Tag 1 M.

Die gute Absicht und die Bewilligung, mit der die Deputation hier gearbeitet hat, ist anzuerkennen. Die Entlohnung aber, die den Arbeitern geboten wird, läßt sehr viel zu wünschen übrig. Die wir hören,

soll pro Mann und Tag 2,50 M. gezahlt werden, also pro Woche 15 M. Davon gehen 7 M. für Kost und Logis, dann die Beiträge für die Kranken- und Invalidenversicherung, Fahrgehalt u. a. ab, so daß für den Unterhalt der Familie im besten Falle 7 M. verbleiben. Daß dieser Betrag auch nicht annähernd ausreicht, dürfte einleuchten. Es wurde gesagt, es solle der ortsübliche Tagelohn gezahlt werden, dieser sei aber für die dortige Gegend nicht höher. Das stimmt nur nicht ganz. Nach der Veröffentlichung des Versicherungsamtes der Stadt Berlin im „Gemeindeblatt“ vom 18. Januar d. J. beträgt der ortsübliche Tagelohn für über 21 Jahre alte Arbeiter in Osdorf und Großbeeren 3 M. Das wäre nun schon das mindeste, was gezahlt werden müßte. Für Berlin beträgt der Ortslohn aber 4 Mark. Da man hier Berliner Arbeiter beschäftigen und ihnen helfen will, sollte man einen Lohn zahlen, der ihnen auch ermöglicht, sich und ihre Familie zu ernähren und allen Verpflichtungen einigermaßen gerecht zu werden. Ein Tagelohn von 2,50 M. ist dazu nicht ausreichend.

Auch die Aussicht, durch Akkordarbeit mehr verdienen zu können, ist wenig verlockend, da für gelübte und kräftige Arbeiter auch nur ein Lohn von 3—4 M. erreicht werden kann. Die Akkordpreise sind natürlich der Lohnhöhe angepaßt und die Arbeitslofen werden zum größten Teil in der ersten Zeit diesen Lohn nicht erreichen, da sie der hier verlangten Arbeit entweder entwöhnt oder fremd gegenüberstehen, sich also erst einarbeiten müssen.

Deshalb ist es nötig, den Tagelohn zu erhöhen.

Ein Inzeratenschwindler brandschafft seit einiger Zeit die Zimmervermieter. Er sucht die Leute, die durch Ausbangeschloß möblierte Zimmer anbieten, auf, stellt sich ihnen als Beauftragter einer Wohnungszeitung vor und erbietet sich, ihnen für 1,50 M. ein zehnmaliges Inzerat zu besorgen. Bei diesem billigen Preise, der die Vermieter eigentlich stutzen machen sollte, nehmen sie das Angebot in der Regel an, und sind damit ihr Geld los. Der Schwindler hat mit der Wohnungszeitung nichts zu tun, sondern es nur darauf abgesehen, sich die eigene Tasche zu füllen. Der Mann nennt sich Max Arndt, ist ungefähr 35 Jahre alt, 1,65 Meter groß und schlank und hat dunkelblondes Haar, einen ebenförmigen starken Schnurrbart und ein blaßes Gesicht. Er spricht die Berliner Mundart und geht stets gut gekleidet.

Im Krankenhaus erhängt hat sich der 62 Jahre alte Tischler Karl Krohn aus der Königsberger Straße 17. Krohn, der seit acht Jahren Witwer war und mit seiner Tochter zusammen wohnte, litt seit zwei Jahren an den Augen. Das Uebel verschlimmerte sich so, daß er jetzt ein Krankenhaus aufsuchen mußte. Hier stellten die Ärzte auf beiden Augen den grauen Star fest und wollten zur Operation schreiten. Aus Furcht vor diesem ärztlichen Eingriff beschloß der Kranke seinem Leben ein Ende zu machen. Es gelang ihm, sich an einem Bettposten zu erhängen, ohne daß jemand es merkte, und als man ihn dann auffand, war er schon tot.

Zu dem Unfall des Kaiserlichen Automobils in Wannsee wird uns mitgeteilt, daß der Chauffeur des Geschäftsautomobils sein vorschriftsmäßiges Signal gegeben habe, während von dem Führer des Kaiserlichen Automobils ein Signal nicht zu hören gewesen sei; auch habe nicht das Geschäftsauto das Kaiserliche Auto angefahren, sondern umgekehrt das in einem scharfen Tempo fahrende Kaiserliche Auto den Geschäftswagen. Außerdem sei die Stelle, an der das Unglück passiert sei, recht gefährlich und verbesserungsbedürftig.

Der Schwindler mit dem billigen „Wein“, vor dem wir schon warnten, treibt nach wie vor sein Unwesen. Dieser Tage ließ sich wieder ein Kaufherr einige Flaschen solchen Weines, der sich als Wasser erwies, aufhängen.

Arbeiter-Bildungsschule. An den Sonntagen des 15. und 22. Februar, sowie 1. März findet vormittags 10 1/2 Uhr eine Führung im Kaiser-Friedrich-Museum statt. Genosse Dr. Liebknecht leitet die Führungen. Wir ersuchen unsere Mitglieder, sich morgens 10 Uhr am Haupteingang zum Museum einzufinden und sich der veranstaltenden Kommission gegenüber durch Mitgliedsbuch auszuweisen.

Im Berliner Aquarium sind zwei seltene und hochinteressante Schildkröten eingetroffen, die im Gegensatz zu den anderen Verwandten keinen harten, mit einer Hornschicht überzogenen, sondern einen weichen, häutigen Panzer besitzen; sie werden deshalb auch Weichschildkröten genannt. Ferner sind sie durch mächtige Krallen ausgezeichnet, die Rufe ist zu einer Röhre verlängert und das ganze Tier sieht merkwürdig flachgedrückt, man möchte sagen breitgelassen, aus. Diese Körperform im Verein mit den starken Beinen befähigt diese Wasserbewohner vorzüglich dazu, sich in den Salamm und Sand einzugraben, aus dem sie dann nur den Kopf herausstrecken, um auf vorbeischwimmende Fische zu lauern. In ihrer Heimat China ist ihr Fleisch sehr geschätzt; sie kommen daher vielfach auf den Markt, allerdings unter besonderen Vorsichtsmaßregeln gegen die Bißgefahr der wütenden Tiere.

Feuer in einer Militäreffektenfabrik. Während die große Feuerwehrtabore vor dem Kaiser noch im Gange war, brach gestern nachmittags in der Richardstr. 29 ein größeres Feuer aus. Der Brandherd lag in der Kucherei der Fabrik für Herrensäuerungen von Weder u. Co. im ersten Stock des Fabrikgebäudes. Die Flammen hatten Regale, Helmstöcke und andere Militäreffekten erfaßt, doch gelang es der Wehr unter Vernehmung von zwei Schlauchleitungen die Gefahr in kurzer Zeit zu beseitigen.

Jugendveranstaltungen.

Waldenburger-Friedrichsfeier. Sonntag, den 15. Februar: Tagelohndeckung nach Rausdorf — Dönnow — Alt-Landsberg — Friedersdorf. Fahrgeld 50 Pf. Treffpunkte: Gruppe I, 7 Uhr, Scharnweber, Ecke Bärtestraße. Gruppe II und III, 7 1/2 Uhr, Bahnhof Waldenburger-Friedrichsfeier. Gruppe IV, 7 1/2 Uhr, Alt-Borsbagen, Ecke Neue Bahnhofstraße. Abfahrt des Zuges von Nimmelsburg-Lf 8.18. Lieberbäder nicht vergessen.

Gleichzeitig machen wir auf den am Sonntag, den 22. Februar, stattfindenden Unterhaltungsabend der Gruppe IV im Café Bellevue, Hauptstraße, aufmerksam. Die Eltern sind besonders eingeladen. Eröffnung des Saales 4 Uhr. Anfang 5 Uhr. Eintritt frei!

Wilmersdorf. In unserem Jugendheim (Rannheimer Straße 51), das täglich von 6—10 Uhr geöffnet ist, findet an jedem Mittwoch ein Lieberabend, an jedem Donnerstag ein Lesabend statt. — Am Sonntag, den 15. Februar, abends 7 Uhr, Vortrag des Kollegen Opatz: „Ueber Heizung und Lüftung“.

Wetterprognose für Sonnabend, den 14. Februar 1914.
Hemlich mild bei mäßigen südwestlichen Winden und veränderlicher Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge.
Berliner Wetterbureau

Leihhaus Moritzplatz 58a

kaufen Sie von Kavalieren wenig getragene sowie im Versatz gewesene Jackett- u. Rock-
auszüge, Paletots, Ulster, Serie I: 10-15 M., Serie II: 20-30 M., größtenteils auf Seide.
Ferner Gelegenheitskäufe in neuer Maßgarderobe enorm billig. Riesenposten Kleider,
Kostüme, Pflschmängel, auf Seide, früher 150, jetzt 20-35 M. Große Posten Pelz-
stols in Skunks, Marder, Nerz, Fächsen, früher bis 200, jetzt 20-75 M. Große
Auswahl in Herren-Gehpelzen, Gelegenheitskäufe in Damen-, Reise- und Wagen-
Pelzen. Extra-Angebot in Lombard gewesener Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten,
Wäsche, Brillanten, Uhren und Goldwaren zu enorm billigen Preisen.
Vorwärtsler erhalten 10% extra.

Theater und Vergnügungen

Sonnabend, 14. Februar 1914.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Deutsches Künstler-Theater.
Vaterlandsdienst.
Schiller - Charlottenburg. Sep-
und Scherz.
Anfang 4 Uhr.
Urania. Mit dem „Imperator“ nach
New York.
Theater am Kolonnenplatz.
Die Schiffbrüchigen.
Zuften. Rumpelstilzchen.
Rote. Algenbrödel.
Anfang 6 Uhr.
Eines Velekt am Zoo. Varietè-
Sichtspiele.
Anfang 6 1/2 Uhr.
Eines Kolonnenplatz-Theater. Varietè-
Sichtspiele.
Anfang 7 Uhr.
Deutsches Opernhaus. Parfüm.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Agf. Opernhaus. Figaros Hochzeit.
Agf. Schauspielhaus. Wilhelm
Tell.
Deutsches. Ein Sommernachts-
traum.
Leffina. Elton.
Montis Operetten. Jung-England.
Zirkus Fuchs. Galapagosinsel.
Zirkus Schumann. Galavorstellung.
Anfang 7 3/4 Uhr.
Metropol. Die Reise um die Welt
in 40 Tagen.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Winter in der Schweiz.
Görli. Prof. Dr. S. Donath:
Sichtbare und unsichtbare Strahlen
(Berufe am eigenen Auge).
Deutsches Künstler-Theater.
Das Phantom.
Kammermusik. Weiterleuchten.
Königsgrauer Strahe. Die Kron-
braut.
Komödienhaus. Kammermusik.
Theater an der Weidendammer
Brücke. Der zuletzt Licht.
Theater am Kolonnenplatz.
Vinget's Wert.
Lustspielhaus. Die spanische Fliege.
Schiller O. Was ihr wollt.
Schiller Charlottenburg. Sep-
dem, der lägt.
Theater des Westens. Polenblut.
Reinert. Die eins im Mar.
Reinert. Reichen Gedert.
Trianon. Kinokles Hochzeit.
Thalia. Die Langobringel.
Residens. Hohheit - der Franz.
Friedrich. Wilhelmstädtisches.
Fraulein Trallala.
Rafz. Othello.
Kafka. Die alle Webern.
Gerrafeld. Die non oben und unten.
Weichoballen. Stettiner Säng.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Der Stolz der 2 Kom-
pagnie.
Neues Volkstheater. Der Graf
von Charolais.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Zuften. Das erste Ehejahr.
Walhalla. Tangosieber.
Folies Caprice. Café Pringsheim
Der Heiratsgraf. Meyersteins.
Anfang 9 Uhr.
Admiralspalast. Die lustige Puppe.
Erstner Giespalast. Gelpart.
Eines Kolonnenplatz-Theater. Varietè-
Sichtspiele.
Sonnabend, 14. Februar 1914.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Was ihr wollt.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Geschäft ist Geschäft.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die beiden Leonoren.
Montag, abends 8 Uhr:
Was ihr wollt.
Schiller-Theater Charlotten-
burg.
Sonnabend, nachmittags 3 1/2 Uhr:
Zopf und Schwert.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Weh' dem, der lägt.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Andreas Hofer.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Rosenmontag.
Montag, abends 8 Uhr:
Weh' dem, der lägt.
Theater des Westens.
8 Uhr: **Polenblut.**
Sonnabend, 3 1/2 Uhr: Gräfin Fil.

Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr, zum 50. Male:
Die Kronbraut.
Komödienhaus.
8 Uhr: **Kammermusik.** 8 Uhr:
Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Wie einst im Mai.
8 Uhr: **Residenz-Theater** 8
Uhr: **Hohheit - der Franz!**
Einfachliche Operette in 3 Akten von
Victor Landberger und Emil Wolff.
Musik von Robert Schirmer.
Morgen u. j. Tage: **Hohheit - der Franz!**
Sonntag, 15. Febr., 3 Uhr: **Gretchen.**

Theater am Kolonnenplatz 5.
8 Uhr: **Prinzeß Gretl.**
4 Uhr: **Die Schiffbrüchigen.**

Deutsches Künstlertheater
Sozietät.
Nürnbergstraße 70/71, am Zoo.
Kasse: Nollendorf 1383.
Sonnab. 3 1/2 Uhr: **Peterchens Mondfahrt.**
8 Uhr: **Das Phantom.**
Sonntag, 3 Uhr: **Hose Bernd.**
Sonntag, 8 Uhr: **Der Bogen
des Odysseus.**

Friedr.-Wilhelmstätt. Theater.
Direktion: H. Bryk.
Fraulein Trallala.
Von Dronowski,
Pepinger,
Gilbert.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Morgen Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Zapfenstreich.

Vereinigte Berliner Volkshäuser.
Luisen-Theater. **Walhalla-Theater.**
4 Uhr: **Rumpelstilzchen.** Täglich 8 1/2 Uhr:
8 1/2 Uhr: **Das erste Ehejahr.** **Tangosieber.** Große Poffe m
Schaupl. in 5 Akt. v. Ernst Ritterfeldt. | Gef. u. Lang in 3 Akt. v. Fritz Urban.

Brauerei Friedrichshain
Mittwoch und Donnerstag!
Elite-Bockbierfest.
Dienstag, den 24. Februar, Fastnacht:
ALPENBALL
verbunden mit Preis-Tango-Wett-Tansen.
4 Kapellen. Kein Kostümzwang. Kolossaler Betrieb.
Karten im Vorverkauf Herren 75 Pf., Damen 50 Pf.
bei A. Wertheim.
Nante Gruske, Arrangeur der Alpenbälle bei Kroll.

„Clou“ :: Berliner ::
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Musikkorps des Königin-Elisabeth-Regts. Dirig. Oberm. Brinkmann
und Tegernseer und Zillerthaler Musikanten,
Dirig. Hans Starp.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
Morgen: **Gr. Triple-Konzert.** Anfang 1/4 Uhr.

Arnold Scholz, Hasenheide 108/114.
Täglich
Bockbierfest
in den bayrischen Alpen
Madame Sissi mit ihrem Oberlandler Blasorchester.
Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag u. Sonntag:
Großer Ball.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf. 6 Kapellen.
30 bayrische Madi.

Oranien-Palast
Ecke Oranienstraße u. Oranienplatz.
Gr. Sehenswürdigkeit!
Die Konzerte werden geleitet von dem Kapellmeister
Alexander v. Tortilovius.
Direktion: Oskar Barton.

Theater a. d. Weidendammerbrücke
8 Uhr: **Der zuletzt Licht...**
URANIA Taubenstr.
48/49.
4 Uhr:
Mit d. „Imperator“ nach New York.
8 Uhr:
Winter in der Schweiz.
Hörsaal 8 Uhr:
Prof. D. B. Donath: **Sichtbare
und unsichtbare Strahlen**
(Versuche am eigenen Auge).

Zirkus Alb. Schumann.
Heute Sonnabend, d. 14. Februar,
abends 7 1/2 Uhr:
High-Life-Evening.
U. a.:
Original Little Freds
Akrobat u. kunstreich Hunde.
Ku-Ka-Di
Goldphisto.
Leach-Laguina-Trio
Drahtseilakt
und die übrigen neuen Attrakt.
Um 9 1/2 Uhr: **Das gr. Ausstattungst. 1. 7 Bildern
„Tipp“**
der Derby-Favorit 1914.
Sonnabend, nachmittags: **Ungekürzte
Auführung d. Ausstattungstücker
„Tipp“.** Nachm. hat jeder
Erwachsene 1 Kind frei!

WINTERGARTEN
Madge Lessing
und **Fred Wright**
und **Fred Wright**
Grock u. Lolä The Perceps
Jongleursezene
Komisches „Un souper
Musik-Duo chez Maxim“
und die von
Publikum und Presse
glänzend beurteilten
Februar-Attraktionen:
Morgen Sonntag:
Nachmittags-3 1/2 Vorstellung!
Kleine Preise!
Rauchen gestattet!

Apollo-Theater.
8 Uhr. Tel.: Lützow 2757. 8 Uhr.
Zum 52. Male:
Der Stolz d. 3. Kompagnie
mit
Hartstein.
Rauchen ohne Pause.
Rauchen gestattet!
Metropol-Theater.
Abends prägnant 7 Uhr 55:
**Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.**
Nachmittags
3 Uhr: **Ein Blitzmädel.**

Zirkus Busch.
Heute Sonnabend, d. 14. Februar,
abends 7 1/2 Uhr:
Große Gala-Sport-Vorstellung
u. a. **Ed. Dull's fliegende
Hunde** (ohne Konstrukt.)
Die Ussems in ihrem akrob.
Stück **„Artistenkinder“.**
Zum Schluss:
„Pompeji“.
Sonntag, nachmittags 3 1/2
Große Kinder-Vorstellung.
Nachm. 1 Kind mit 10 Jahren frei.
Wiederholung d. bel. Kinder-
Balletauführung **„General von Dum“**
und **„An der russischen Grenze“.**

Folies Caprice.
8 1/4 { **Café Pringsheim
Der Heiratsgraf
Meyersteins**

Voigt-Theater
Fadstraße 38.
Sonntag, den 15. Februar:
Nachm. 3 Uhr: **Coju, die Tochter
des Pharisäers.** — Abends 7 Uhr:
In letzter Stunde **Schicksalwecken**
Vollständ. mit Gesang in 4 Akten.
Kasseneröffnung 10 Uhr. Anf. 3 u. 7 Uhr.

Volkstheater Neukölln.
Hermannstraße 20.
Sonntag, abends 8 Uhr:
O, diese Weiber!
Gesangsspiele in 3 Akten von Mann-
hadt und Keller.
Montag, abends 8 1/2 Uhr:
Unschuldig verurteilt!
Schauspiel in 4 Akten von D. Haas.

Casino-Theater
Lothringer Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Ein neues Berliner Volksstück:
Die alle Webern.
Ur-Berl. Figuren, Ur-Berl. Humor!
Einziges Theater in diesem Genre!
Im Stile der alten Wallner-Bühne.
Sonntag 4 Uhr: **Mutterliebe.**

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Anatoles Hochzeit.

ODEON
Vergnügungs-Palast
der 10000
Potsdamer Str. 72 Hochbahn
8 Ulowstr.
**Im Hafen von
New York.**
2 Kapellen
8 Attraktionen
Reitbahn.
Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntag 4 Uhr
Eintritt 30 Pf.

Admiralspalast.
Eis-Arena.
Täglich:
Die lustige Puppe.
Großes Ballett auf dem Eis.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
ab halbe Kassenspreise.
Wein- u. Bier-Abteilung.

Reichshallen-Theater
Stettiner Säng.
Zimmer No. 18.
Urkomische Burleske.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.
3 Uhr zu ermäß.
Preisen:
**Eine Hochzeit in
der Müllerstr.**

Für den Inhalt der Anzeigen
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung

Schiller-Theater O. Theater.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Was ihr wollt.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Geschäft ist Geschäft.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die beiden Leonoren.
Montag, abends 8 Uhr:
Was ihr wollt.
Schiller-Theater Charlotten-
burg.
Sonnabend, nachmittags 3 1/2 Uhr:
Zopf und Schwert.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Weh' dem, der lägt.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Andreas Hofer.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Rosenmontag.
Montag, abends 8 Uhr:
Weh' dem, der lägt.
Theater des Westens.
8 Uhr: **Polenblut.**
Sonnabend, 3 1/2 Uhr: Gräfin Fil.

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Zimmer noch **Pichelswerder,**
an der neuen beim **Alten Freund.**



2 Kapellen.
Tag u. Nacht
warme Küche
Billard-Saal

Café Moritzplatz
Größtes Concert-Café Berlin S.
Oranienstr. 53/54 (Wertheimhaus) — Direktion Richard Korant

Eröffnung heute!

Was hat Detten?

Reichstag.

218. Sitzung, Freitag, den 13. Februar 1914, nachmittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Deibrück.

Kurze Anfragen.

Abgg. Baffermann und Frhr. v. Rasthofen (natl.)

Fragen, ob der kaiserlichen Regierung mit Rücksicht auf die durch die andauernden Unruhen in Mexiko schwer geschädigten deutschen Interessen seitens der amerikanischen Regierung Mitteilung über die Aufhebung des Waffenausfuhrverbots nach Mexiko gemacht ist.

Abg. Dr. Blund (Sp.)

fragt, was der Reichskanzler angesichts der Aufhebung des Waffenausfuhrverbots in Mexiko von Amerika zum Schutz der deutschen Interessen in Mexiko zu tun gedenkt.

Unterstaatssekretär Zimmermann:

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat die Aufhebung des Waffenausfuhrverbots amtlich mitgeteilt. Sie meint, die Wiederherstellung ruhiger Verhältnisse in Mexiko sei nur zu erhoffen, wenn es beiden Parteien überlassen bleibt, ihren Streit unter sich auszusuchen. Der Schutz der Deutschen in Mexiko durch die kaiserliche Regierung wird nach wie vor Gegenstand erster Sorge sein. Unsere dorthin entsandten Schiffe sollen das Leben der Deutschen wenigstens an der Küste schützen und im Notfall den aus dem Innern Mexikos flüchtenden Deutschen sichere Zuflucht gewähren.

Abg. Schulz-Erfurt (Soz.)

fragt an, ob das pädagogische Zentralinstitut, das nach der Mitteilung des preussischen Ministerialdirektors in einer Versammlung des Berliner Philologenvereins errichtet werden soll, eine Zentralstelle für Preußen oder ein pädagogisches Zentralinstitut für das Deutsche Reich sein soll.

Ministerialdirektor Lewald:

Das von der preussischen Unterrichtsverwaltung in Berlin gegründete Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht bezweckt, alles auf diesem Gebiete vorhandene in- und ausländische Material zu sammeln, dieses Material durch Ausstellungen, Kurse u. dergl. weiten Kreisen zugänglich zu machen und die Veranstaltung von Kursen zu fördern. Ist das Institut auch als ein preussisches anzusehen, so wird es doch in seiner Wirksamkeit durch die Kompetenzfrage nicht gebunden sein.

Die Abg. Colshorn und Freiherr v. Schele (Welfe):

Klagen darüber, daß im Betriebe der Eltern mitarbeitende und bei den Eltern wohnende Kinder in Landfrankenkassen zu versichern sind und daß man von wohlhabenden Hofbesitzern den Nachweis eines Barpapiers von mindestens 3000 M. für jedes betreffende Kind fordert. Sie fragen den Reichskanzler, ob er eine solche Interpretation des Gesetzes für richtig hält.

Ministerialdirektor Caspar:

Es kann nicht als allgemeine Regel gelten, daß der Nachweis eines bestimmten Vermögens verlangt werden darf; das ist nur in besonderen Fällen zulässig.

Darauf wird die zweite Beratung des

Etats des Reichsamts des Innern

fortgesetzt bei der Abstimmung über das Kapitel „Reichsversicherungsamt“. Das Kapitel wird bewilligt, die Denkschrift über die Rücklagen bei den Berufsvereinigungen wird einer Kommission überwiesen, die Resolution des Zentrums, welche die Rücklagen der Berufsvereinigungen für den genossenschaftlichen Personalcredit nutzbar zu machen wünscht, wird einstimmig angenommen, die Resolution der Wirtschaftlichen Vereinigung, die eine Erhöhung der nach dem Arbeitslohn berechneten Renten wünscht, falls der Ortslohn sich erhöht, wird angenommen, desgleichen die Resolution Wehrhens (Wirtsch. Bgg.), die den Begriff „Arbeiter“ in der Reichsversicherungsordnung zu definieren wünscht, und schließlich die Resolution Albrecht (Soz.), die eine Denkschrift darüber verlangt, wie die Grundzüge für die Gewährung und Durchführung des Heilverfahrens sich bewährt haben.

Es folgt das Kapitel

„Kanalamt“.

Abg. Legien (Soz.):

Am 13. Dezember des vorigen Jahres habe ich den Staatssekretär auf die große Arbeitslosigkeit hingewiesen und gebeten, dafür zu sorgen, daß vom Kanalamt mehr Deutsche statt der vielen ausländischen Arbeiter eingestellt werden. Ferner sollten bei Vergabungen nicht die besonders billigen Firmen berücksichtigt werden, sondern die, die ihren Arbeitern anständige Löhne zahlen. Die Arbeitsverhältnisse der Kanalarbeiter sind außerordentlich schlechte, die Schleusenarbeiter haben zwölf Stunden Arbeitszeit und bei Schichtwechsel 24, so daß sie 72 und 84 Stunden in der Woche tätig sein müssen. Die Heizer und Matrosen im Schleppdienst haben 14 bis 14 1/2 stündige Arbeitszeit. Die Schleusenarbeiter haben im ganzen Jahr nicht einen einzigen freien Sonntag. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Im Oktober 1912 sind die Löhne zwar erhöht worden, die Monatslöhne um 5 M., die Stundenlöhne um 2 bis 3 Pf., die Lohnaufbesserungen der Beamten betragen 200 M. und 400 M. Sie bewegten sich also von 18 bis 20 Proz., die der Arbeiter nur 5 bis 9 1/2 Proz. Diese Erhöhung kommt ihnen aber auch noch nicht einmal zugute, denn bei der neuerrichteten Pensionskasse müssen sie Beiträge von 2,15 bis 5,10 M. zahlen, so daß die Lohnerhöhung gar nicht anderes bedeutet als die Deckung der Kosten der Pensionskasse. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Monatslöhne betragen in den drei verschiedenen Lohnklassen 95 bis 115, 100 bis 120, 105 bis 125 M. Die Höchstlöhne von 115 M., 120 M. und 125 M. werden erst nach 15jähriger Tätigkeit gezahlt. Bei solchen Löhnen zwingt man die Arbeiter zu irgend welchem Nebenverdienst. — Aber die Arbeiter erklären, daß in Brunsbüttel und Holtzenau irgendwelcher Nebenverdienst auch für ihre Frauen gar nicht zu finden ist. Auch sind die Lebensmittel dort noch teurer wie selbst in Kiel. Die den Arbeitern versprochene Bezahlung der Lieberstunden ist ihnen bei der Auszahlung des Monatslohnes nicht gewährt worden. Bei einem privaten Arbeitgeber würde man in solchem Maße von einem Beamten der Arbeiter sprechen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Reich hat beim Kanal ziemlich erhebliche Ueberflüsse erzielt, im Jahre 1912 über 800 000 M. und im letzten Jahre noch 400 000 M. mehr. (Zuruf eines Regierungsvertreters: Und die Zinsen!) Wie rechnen Sie denn die Zinsen bei den Ausgaben für das Militär? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Kanal ist in erster Linie für militärische Zwecke gebaut worden. Aber durch den Kaufarbeiterverkehr wird die Arbeiterkraft so stark ausgedehnt und so viel mehr in Anspruch genommen, daß man mit gutem Recht sagen kann, wenn dadurch ein so großer Ueberfluß erzielt wird, muß er verwendet werden, um die Arbeitsbedingungen günstiger zu gestalten. Von einer Verzinsung des Anlagkapitals ist bei der Begründung des Baues des Kanals gar nicht die Rede gewesen. Die geradezu unsozialen Arbeitsverhältnisse der

Kanalarbeiter müssen endlich beseitigt werden, es muß ihnen eine menschliche Arbeitszeit und eine den örtlichen Verhältnissen entsprechende Lohnerhöhung gewährt werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hoff (Sp.):

Erfreulicherweise ist der Verkehr andauernd gestiegen und die Kanalverwaltung hat dadurch die Möglichkeit, die Arbeiter am Kanal besser zu bezahlen. — Auf die kleinen Schiffer, die den Kaiser-Wilhelmkanal benutzen, wird nicht gebührend Rücksicht genommen, sie werden gezwungen, übermäßig lange liegen zu bleiben. — Die Gewerbetreibenden in Kiel haben sehr zu klagen über die Art der Vergabung von Lieferungen seitens des Kanalamtes; gerade zur Zeit einer Krise wird die Nichtberücksichtigung der am Orte vorhandenen Gewerbetreibenden doppelt schwer empfunden. — Was Herr Legien über die Lage der Kanalarbeiter vorgetragen hat, kann ich aus eigener Erfahrung nur unterstreichen und habe dem nichts hinzuzufügen. — Die im Oktober vorgenommene Erhöhung der Monatslöhne um 5 Mark bedeutet keine Verbesserung der Lage; abgesehen von der von Herrn Legien erwähnten Pensionskasse sind auch die Beiträge für die Kranken- und Invalidenversicherung gestiegen, so daß für die Lebenshaltung der Leute nicht ein Plus, sondern ein Minus entstanden ist. (Hört! hört! links.) Derartige dürfte bei einer Lohnerhöhung nicht vorkommen. (Sehr richtig! links.)

Ministerialdirektor v. Jauquieres:

Ueber die Beschäftigung der ausländischen Arbeiter am Kanal ist ein eingehender Bericht erstattet worden; die Zahl der ausländischen Arbeiter ist in erfreulicher Weise zurückgegangen, sie ist von 88 auf 25 Proz. gesunken. — Den Wunsch des Abg. Legien, den Unternehmern die Löhne der Arbeiter vorzuschreiben, können wir nicht erfüllen, soweit können wir nicht gehen; übrigens sind wir der Meinung, daß die Löhne auskömmlich sind. — Daß zu der Pensionskasse der Arbeiter diese auch Beiträge zahlen müssen, ist ganz selbstverständlich. Von einer Verfügung wegen Nichtbezahlung von Lieberstunden ist mir nichts bekannt; sollte eine solche Verfügung ergangen sein, so wird sich herausstellen, daß von einem Beamten der Arbeiter durch die Kanalverwaltung sicher nicht die Rede sein kann. — Herrn Hoff bemerke ich, daß ein Ankaufen von Schiffen und infolgedessen ein längeres Warten sich nicht immer vermeiden läßt.

Abg. Legien (Soz.):

Daß die Zahl der ausländischen Arbeiter am Kanal mit Einstellung der Trockendockarbeiten erheblich zurückgegangen ist, ist selbstverständlich. Aber mit den Vagabunden sind vorzugsweise holländische Firmen betraut, die vorwiegend ausländische Arbeiter beschäftigen, weil diese billiger und unter Tarif arbeiten. Bei der Vergabung betrug das Höchstgebot 2,8 Millionen, das Mindestgebot 1,2 Millionen Mark, also eine Million 600 000 M. weniger. Die Firmen, die solche Gebote abgeben, beschäftigen vorzugsweise ausländische Arbeiter zu billigeren und nicht tarifmäßigen Löhnen. Da können wir mit Zug vom Kanalamt verlangen, daß es den Unternehmern tarifliche oder ortsübliche Löhne vorschreibt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das ist kein Einmengen in irgendwelche Arbeitskämpfe. — Rogeele habe ich der Kanalverwaltung bei der Nichtauszahlung der Lieberstunden nicht vorgeworfen, sondern gesagt, bei einem Privatunternehmer würde man ein solches Verhalten Rogeele nennen. (Heiterkeit.) Ich bitte den Staatssekretär, die Sache zu prüfen.

Abg. Hoff (Sp.)

billt seine Behauptung über die rücksichtslose Behandlung der kleinen Schiffer aufrecht.

Das Kapitel wird bewilligt.

Es folgt das Kapitel

Aufsichtsamt für Privatversicherung.

Zunächst erklärt außerhalb des Rahmens der Tagesordnung

Abg. Giesberts (Z.):

Daß Abg. Astor seine gestrige Ausführung, daß man bei Entschädigung von Unfällen infolge von Gefahren des täglichen Lebens eine erhöhte Gefahr verlangen müsse, lediglich für seine Person und als Vorsitzender einer Berufsvereinigungschaft gemacht habe.

Abg. Giebel (Soz.):

Abg. Bauer hat seine Ausführungen zu dieser Materie in Uebereinstimmung und im Auftrage unserer Fraktion gemacht. Die Rechtspredung der Angestelltenversicherung ist zum Teil noch recht engherzig, besonders bei der Auslegung des Begriffs „Angestellter“. Man läßt sich zu sehr leiten von den jeweiligen äußeren Merkmalen der Arbeitstätigkeit in dem betreffenden Fall, während man mehr die Gesamttätigkeit des Angestellten und seine soziale Stellung berücksichtigen sollte. So erklärt man zum Beispiel Maschinenschreiberinnen nur dann für versicherungspflichtig auf Grund der Angestelltenversicherung, wenn auch die Ausübung der Stenographie von ihnen auf der betreffenden Arbeitsstelle gefordert wird, nicht aber, wenn ihnen direkt in die Maschine diktiert wird. Eine solche Unterscheidung ist schon deshalb sehr bedenklich, weil es in vielen Fällen nicht an der Person der Angestellten liegt, wenn sie ihre stenographische Fertigkeit in der betreffenden Stellung nicht verwenden können, sondern an der Eigenart des Betriebes oder der persönlichen Neigung des Prinzipals. — Dauerlich ist ferner, daß durch Erlass des preussischen Handelsministers der Nachweis der Erwerbsunfähigkeit hier ganz anders geregelt ist als bei der Invalidenversicherung. — In der kurzen Praxis der Anstalt haben sich schon auffällig viel Schattenseiten des Gesetzes ergeben. Sie sind zurückzuführen vor allem auf die starre Zentralisation der Anstalt. Ein Fünftel aller versicherungspflichtigen Angestellten ist heute noch nicht versichert.

Man hat sich im Direktorium damit betzählt, daß es bei Einführung der Invalidenversicherung ähnlich gewesen sei. Aber das ist ein dürftiger Trost.

Bei den Zahlen ist doch sicher der letzte Angestellte auf das Bestehen dieser Versicherung hingewiesen worden. Es fehlt eben der Reichsversicherungsanstalt an den nötigen örtlichen Organen.

Von welchem kleinsten Geiste das Direktorium sich heute leiten läßt, beweist die Tatsache, daß man den Erlassnehmern der Vertrauensleute die unentgeltliche Lieferung des amtlichen Organs der Anstalt verweigert hat. — Etwas sympathischer ist die Tätigkeit des Direktoriums auf dem Gebiete des Heilverfahrens. Ein Mißgriff ist dabei nur, daß man es für nötig hält, für die Angestellten sogenannte Mittelstandsanstalten zur Verfügung zu stellen. Diese Politik der Absonderung der Angestellten von den Heilanstalten der Invalidenversicherung sollte unterbleiben. Ferner ist zu bemängeln, daß den Angestellten, die Heilanstalten aufsuchen wollen, weitgehende Verpflichtungen in bezug auf ihre Ausstattung auferlegt werden. Die übergroße Mehrzahl der Versicherungspflichtigen sind doch Personen mit recht dürftigen Einkommen, reichlich zwei Drittel haben weniger als 2000 M. Einkommen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein Uebelstand ist ferner, daß den Angestellten der dritte Teil der Kosten des Heilverfahrens auferlegt wird. Das Direktorium meint, es soll damit verhindert werden, daß aussichtslose Anträge gestellt werden. Aber solche Anträge werden doch nur gestellt nach Beratung mit dem behandelnden Arzt. Interessant wäre, zu erfahren, wieviel Anträge auf Heilverfahren im ersten Verwaltungsjahre gestellt worden sind, zumal das Unternehmertum bereits gegen die Heilverfahren zu opponieren anfängt. Der Zentralverband der Industriellen hat

seine Mitglieder aufgefordert, von allen Fällen, in denen nach ihrer Ansicht mit dem Heilverfahren Mißbrauch getrieben wird, der Leitung des Verbandes Mitteilung zu machen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch verlangt der Verband, daß den Unternehmern Mitteilung von der Absicht, ein Heilverfahren einzutreten zu lassen, gemacht wird. Die Folge würde wahrscheinlich sein, daß den betreffenden Angestellten rechtzeitig genug gekündigt wird, damit der Prinzipal für die Dauer des Heilverfahrens nicht das Gehalt zu zahlen braucht.

Zu kritisieren ist ferner, daß sich das Direktorium den bescheidensten Wünschen des Verwaltungsrats gegenüber auf die Hinterfüße legt. Der Verwaltungsrat ist darauf hingewiesen worden, daß ihm eine Aufsicht über die Geschäftsführung nicht zusteht. Die Zusammenarbeit zwischen Direktorium und Verwaltungsrat bedingt aber zweifellos, daß dieser über die ganze Entwicklung innerhalb der Reichsversicherungsanstalt orientiert wird. Wir haben ja von vornherein gesagt, daß der Verwaltungsrat mit seinen jetzigen Befugnissen nichts als

ein Zeigenblatt der bürokratischen Herrschaft

in der Anstalt ist. Die jetzigen Vertreter im Verwaltungsrat scheinen ja alles in schönster Ordnung zu finden. Der Verwaltungsrat sollte auch die Frage der Kapitalanlage prüfen. Die Versicherungsanstalt nimmt jährlich ungefähr 150 Millionen Mark Beiträge ein. Die spielen für das allgemeine volkswirtschaftliche Leben der Nation eine beträchtliche Rolle und sollten so angelegt werden, daß in erster Linie das soziale Interesse der Angestellten berücksichtigt wird. In einem Sitzungsprotokoll heißt es, daß die Frage der Bestellung einer Bergwerksgesellschaft ausgetauscht ist. Ich möchte anfragen, wie diese Stellungnahme ausgefallen ist. Mit dem Befehl wäre eine solche Bestellung nicht in Einklang zu bringen. Wir verlangen Berücksichtigung der Bauangelegenheiten bei der Vergabe dieser Gelder im Interesse der Schaffung von Wohnungen für die Privatangestellten. Für nicht richtig kann ich es halten, daß die Versicherungsanstalten sich bei der Vergabe von Geldern eine Abschlußprovision von zwei Prozent zahlen lassen. — Die Einrichtung der Verwaltung scheint ziemlich bürokratisch und umständlich zu sein. Die vielen unberechtigten Maßnahmen von Arbeitgebern beweisen, daß die Buchungen nicht sorgfältig genug gemacht werden. Dadurch, daß die Beitragsleistung der Angestellten auf ihren Karten durch Abstempelung verbucht wird, kommen Irrtümer durch Bergreifen mit dem Stempel leicht vor. Da die Angestellten für Nichtabführung der Beiträge durch die Arbeitgeber verantwortlich gemacht werden, das Risiko dafür zu tragen haben, ist das Direktorium verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Angestellten instand sind, stets fehzustellen, ob ihr Konto in Ordnung ist. Den Angestellten wird dringend zu empfehlen sein, bei Aufbewahrung ihrer Karte große Vorsicht walten zu lassen. — Sehr bürokratisch erscheint mir auch die Dienstordnung für die Angestellten der Anstalt selbst. Ueber die Frage, ob man den circa 1200 Angestellten einen Ausschuß als Vertretung aufstellen sollte, glaube man erst noch große Vorbereitungen pflegen zu müssen, trotzdem doch in anderen Betrieben des Reichs solche Personalausschüsse bestehen. Nach dem Befehl müssen

ein Drittel der Angestellten Militäranwärter

sein. In der Tat soll diese Zahl reichlich überschritten sein, und gerade die höheren Stellen sollen mit Militäranwärtern besetzt sein. Das wäre aus schärftig zu mißbilligen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Gehälter sind sehr reformbedürftig. Das Anfangsgehalt der Assistenten beträgt 2180 M., was für Berliner Verhältnisse, namentlich, wenn es sich um Familienväter handelt, sicher nicht ausreichend ist. Andererseits erhalten Bureauvorsteher 9000 M. Den Beamten wird eine außerordentliche Ueberarbeit zugemutet. Das kann doch nicht der normale Zustand bei einer solchen Anstalt sein. Ein Teil der Angestellten soll, um die laufenden Geschäfte zu erledigen, sogar Arbeit mit nach Hause genommen haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dem Direktorium scheint von all diesen unhaltbaren Zuständen nichts bekannt zu sein. Ferner wird über das Verhalten der höheren Beamten geklagt, die die untergeordneten Beamten schändlich behandeln sollen, insbesondere wird über den stellvertretenden Zentralbureauvorsteher in fast allen Kreisen der Angestellten lebhafteste Klage geführt. Der Ueberfüllung der Bureauräume, in denen die Beamten wie eingepöbelte Heringe sitzen, soll nun abgeholfen werden. Es heißt, man will einen Verwaltungspalast bauen, der 6 Millionen kosten soll. Mit der berühmten preussischen Einfachheit ist das kaum in Einklang zu bringen. Jedemfalls sollte man dabei den Wünschen der Angestellten nach Möglichkeit nachkommen, um ihre Arbeitsfreudigkeit zu erhöhen. Das wird sicher auch für die Arbeiter der Anstalt von günstiger Wirkung sein. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Ministerialdirektor Caspar:

Die Verwaltung der Anstalt war von vornherein auf breite Selbstverwaltung gestellt, die der Reichstag noch erhöht hat. Daher kann der Reichskanzler nur in beschränktem Maße eingreifen. So ist die Anlegung von Kapitalien Sache der Anstalt. Die Beilegung von Gruben wäre aber nach dem Befehl unzulässig. Die betreffende Erörterung wird also jedenfalls negativ ausgefallen sein. Die Ausführungen des Vorredners über die Verwaltungstragen gehörten eigentlich in den Verwaltungsrat. Der Staatssekretär ist auch nur in der Lage, sie an diesen weiterzugeben. — Jeder Angestellte bekommt jährlich einen Kontoauszug, denn er muß wissen, ob sein Konto stimmt. Auch muß darüber jederzeit Auskunft gegeben werden. Der Verwaltungsrat ist auch nach dem Befehl kein Aufsichtsrat. Uebrigens sitzen ja auch im Direktorium Vertreter der Arbeitnehmer. Daß tüchtige Leute nur deshalb nicht angestellt werden, weil sie Militäranwärter sind, wäre eine unberechtigte Forderung. Ueberarbeit ist in der ersten Zeit der Einrichtung eines so großen Amtes nicht zu vermeiden. Bei dem Heilverfahren liegt es sicher im Interesse der Angestellten selbst, daß man sie nicht in ein beliebiges Sanatorium schickt, wo sie mit Leuten zusammenkommen, deren Lebensgewohnheiten ganz andere sind. Im ersten Jahre sind 10 964 Anträge auf Heilverfahren eingegangen, 65 Proz. davon genehmigt. In bezug auf die Ueberfüllung der Bureauräume ist das Direktorium fortgesetzt bemüht, das Notwendige zu veranlassen.

Abg. Wallenborn (Z.)

begründet eine Resolution, die verlangt, die öffentlich-rechtlichen Versicherungsunternehmungen, deren Geschäftsbereich sich über mehrere Bundesstaaten oder Provinzen eines Staates erstreckt, der Aufsicht des Aufsichtsamts für Privatversicherungen zu unterstellen, und eine zweite Resolution, die verlangt, daß die öffentlich-rechtlichen Versicherungsunternehmungen, die der Aufsicht des Aufsichtsamts nicht unterliegen, bei ihrer Propaganda die vom Aufsichtsamte aufgestellten Grundzüge für die privaten Versicherungsunternehmungen beachten, und die weiter fordert, daß den Behörden, Beamten und Lehrern unterlagt wird, ihren amtlichen Einfluß zugunsten irgend einer Lebensversicherungsform geltend zu machen.

Abg. v. Winterfeldt-Rentzin (konf.):

Es ist natürlich, daß die privaten Versicherungsunternehmungen den viel längeren öffentlich-rechtlichen das Leben schwer zu machen suchen. Trotzdem kommen diese gut vorwärts — ein Beweis, daß das Versicherungswesen in Deutschland noch außerordentlich ausbaufähig ist. (Sehr richtig!) Das Gebiet für die Lebensversicherung ist in Deutschland noch so groß, daß beide Formen, die private und die öffentlich-rechtliche nebeneinander bestehen können. In seinen weiteren Ausführungen tritt der Redner lebhaft für die öffentlich-rechtlichen Versicherungsunternehmungen ein.

Abg. Dr. Doormann (Sp.):

Wir sind nicht Gegner der öffentlich-rechtlichen Versicherungen, aber fordern müssen wir, daß sie in denselben Grenzen arbeiten, die den privaten Versicherungen auferlegt sind.

Abg. Dr. Jund (natl.):

Wir müssen verlangen, daß bei dem Kampf der öffentlich-rechtlichen und der privaten Versicherungen die Waffen gleich sind, und daß nicht zugunsten der privaten und zugunsten der öffentlich-rechtlichen Versicherungen die Autorität der Behörden eingesetzt wird. (Lebhafte Zustimmung bei den Nationalliberalen und der Volkspartei.) Wenn beide Versicherungsarten zusammengingen, könnten sie der sozialdemokratischen „Vollversicherung“ einen starken Damm entgegenlegen. Möge der Reichsanwalt dafür sorgen, daß dieser verderbliche Stridkampf bald aufhört.

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Die privaten Versicherungen unterliegen der Aufsicht des kaiserlichen Aufsichtsamts, die öffentlich-rechtlichen der Aufsicht des preussischen Ministers des Innern. Daraus folgt aber nicht, daß an den beiden Stellen diese Unternehmungen verschieden angesehen werden. Der preussische Minister des Innern und ich sind in engerer Fühlung vorgegangen. Wir halten die Vollversicherung für überaus segensreich, und wir sind überzeugt, daß in manchen Gegenden die öffentlich-rechtliche Gesellschaft in anderen eine Gesellschaft wie die Vollversicherung zweckdienlicher ist. Den Kampf beider beklagen wir, speziell ich war um eine Einigung bemüht. Sie ist mir nicht gelungen, und wir werden den Kampf gegenwärtigen Kampfes etwas abziehen lassen, ehe von neuem erwohnen werden kann ob eine Vereinfachung erreicht werden kann. Daß der Kampf sich in angemessenen Formen, d. h. nach den vom Aufsichtsamt aufgestellten Grundsätzen vollzieht, dafür haben der preussische Minister des Innern und ich die erforderlichen Anweisungen erteilt. Was die Herren wünschen, wird also in nicht allzu langer Zeit erreicht sein.

Nun verlangt man weiter, die öffentlich-rechtlichen Versicherungsunternehmen der Aufsicht des Aufsichtsamts zu unterstellen, wenn sie ihren Geschäftsbetrieb über mehrere Provinzen oder über Preußen hinaus erstrecken. Das geht nicht, wir können nicht eine behördliche Organisation, die der Aufsicht der preussischen Zentralbehörde untersteht, auch noch der Aufsicht einer Reichsbehörde unterstellen. Das ist auch gar nicht erforderlich.

Abg. Rapp-Marburg (Wirtsch. Bg.):

tritt für die beiden Resolutionen ein und klagt über Mißbrauch amtlicher Autorität zugunsten öffentlich-rechtlicher Versicherungsunternehmen.

Abg. Hildenbrand (Soz.):

Wie bei der Kranken- und Invalidenversicherung hat auch bei der Vollversicherung die Reichsregierung ihre sozialpolitische Aufgabe vernachlässigt und den Arbeitern die ersten Schritte zu tun überlassen. Private Gesellschaften, zum Beispiel die „Victoria“, hat ihrem ersten Direktor 120 000 M. Gehalt bezahlt, das durch Zantienen auf 700 000 Mark gestiegen

ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Versicherer müssen die Summen aufrufen, namentlich durch das ursprünglich unbeschränkte Recht der Gesellschaft, Versicherungen sofort als erledigt zu erklären, wenn die Prämie nicht weiter gezahlt wird. Obwohl dieses Recht im Jahre 1910 beschränkt wurde, sind 1912 noch über 300 000 Versicherungen, rund 50 Proq., verfallen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dieser Ausnutzung des arbeitenden Volkes hat die Reichsregierung jahrzehntlang tatenlos zugehört. Der Präsident des Aufsichtsamts hat zwar darauf aufmerksam gemacht, daß die Vollversicherung der Versicherer wegen da sein müsse, er wurde aber von der Reichsregierung allein gelassen. Die Gewerkschaften und Genossenschaften nahmen daher die Sache in die Hand, und Pflicht der Reichsanstalten wäre es gewesen, ihnen fördernd zur Seite zu treten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Statt dessen hat man alles versucht, um, wie der Staatssekretär selber sagte, alle anderen Versicherungsunternehmen zu einigen gegen die von sozialdemokratischer Seite ins Leben gerufene „Vollversicherung“. Das ist der unparteiliche Chef des Aufsichtsamts für Privatversicherungen. Er hat sich ebenso wie der Reichsanwalt als wirklicher Gehilfen aller Aktionen gegen die organisierten Arbeiter erwiesen. Wenn diese Herren keinen Erfolg hatten, so ist das nur dem Verständnis der deutschen Arbeiter zu danken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Als die „Vollversicherung“ als Notwehraktion gegen die Ausbeutung seitens der Privatgesellschaften ins Leben gerufen wurde, empfanden diese die Konkurrenz sehr unangenehm und versuchten die Gründung unmöglich zu machen. Die Nichtgenehmigung wäre nur durch Rechtsbeugung möglich gewesen, und einflußreiche Leute versuchten das Reichsamt zu dieser Rechtsbeugung zu veranlassen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir danken dem Aufsichtsamt, daß es sich nicht dazu hergegeben hat, obwohl es bei der Beugung des Rechts wahrlich ein Gedicht worden wäre. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nach der Genehmigung machte man weiter mobil gegen die „Vollversicherung“ und alle Gegner betonien, es müßte dadurch das Vertrauen der Bevölkerung zu der organisierten Arbeiterschaft steigen. Uns ist das Gebiet der Vollversicherung so wichtig, und das zu erfassende Gebiet ist so groß, daß gar nicht genug dafür getan werden kann. Um so erstaunter sind wir, daß alle anderen Gesellschaften, die sich mit der Vollversicherung beschäftigen, weit weniger der „Vollversicherung“ schaden wollen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die neugegründeten Gesellschaften fanden aber dann einen neuen Gegner in Herrn Rapp, der die öffentlich-rechtlichen Anstalten begründen wollte, ebenfalls nicht der Vollversicherung wegen, sondern zu agrarischen Zwecken, um den Gutsbesitzern billiges Geld zu schaffen. Eine Zeitlang gingen die Privatgesellschaften und die christliche Vollversicherung ja mit Herrn Rapp aber ist eben doch in erster Linie darum zu tun, Geld für die Erfüllung seiner agrarischen Wünsche zu bekommen. (Widerpruch rechts.) Das geht ja deutlich hervor aus dem Programm der ostpreussischen Landschaft, der Gründung des Herrn Rapp.

Nun gehen die hier gestellten Anträge darauf aus, die öffentlich-rechtlichen Anstalten dem Aufsichtsamt zu unterstellen. Wenn ein so wichtiges Gebiet unter die Reichsanfsicht gestellt werden soll, ist die Stellung der Reichsminister dazu sehr merkwürdig. Sie wenden sich dagegen, weil diese Anstalten den preussischen Behörden unterstünden. Bei der Begründung des Aufsichtsamts mag das zutreffend gewesen sein; damals bestanden die öffentlich-rechtlichen Versicherungen noch gar nicht, jetzt dagegen haben sie sich bereits soallert, und erstrecken ihr Geschäftsbereich über das ganze Reich, da ist es eine Ungerechtigkeits, diese Konkurrenzgesellschaften unter ein anderes Recht zu stellen. (Lebhafte Zustimmung.) Der Widerstand dieser Anstalten gegen die Aufsicht des Reiches wäre ganz unverständlich, wenn sie nicht meinen, die preussische Aufsicht würde ihre „preussische Eigenart“ schätzen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die liegt eben der Hase im Pfeffer. In der Diskussion wurde gesagt, die Privatgesellschaften verlangen lediglich gleiches Recht und gleiche Waffen. Etwas anderes verlangen auch wir nicht. Wir werden daher für die beiden Anträge stimmen.

Mit wie unangenehmen Waffen gekämpft wird, dafür ein Beispiel. Herr Rapp hat in seinem Jahresbericht den Leitern der „Vollversicherung“ den schimpflichen und beleidigenden Vorwurf gemacht, sie wollten die Gelder der Versicherer

der sozialdemokratischen Partei zuführen.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein Mann von einer politischen und gesellschaftlichen Stellung hätte doch mindestens den Versuch machen müssen, den Beweis zu erbringen für diese verleumderische Behauptung. Statt dessen hat er, vor Gericht gezogen, den Einwand erhoben, er habe keine Kenntnis

als mittelbarer Staatsbeamter gemacht, und könne daher nicht vor Gericht dafür gezogen werden. Das Königsberger Landgericht hat denn auch mitgeteilt, es sei der Konflikt erhoben worden. Herr Rapp kann also im Jahresbericht andere Leute verleumben, und der preussische Landwirtschaftsminister ist ihm dabei behilflich. (Vizepräsident Dob: Es handelt sich bei der Erhebung des Konflikts lediglich um einen formalen Einwand.)

Ein sachlicher Konkurrenzkampf gegen die „Vollversicherung“ ist den anderen Gesellschaften nicht möglich, daher bezeichnen sie sie als „sozialdemokratisch“. Finanziell hat die sozialdemokratische Partei an der Gründung der „Vollversicherung“ nicht mitgewirkt. Sie ist gegründet von den Gewerkschaften und Genossenschaften, um die Arbeiterschaft vor den Risiken der privaten Versicherung zu bewahren. Diese Reformbestrebungen haben auch Verständnis bei den Arbeitern gefunden. Der Reichsanwalt hätte die Pflicht, sozialpolitische Erscheinungen wie die „Vollversicherung“ unparteiisch zu beurteilen, die darauf ausgehen, die Arbeiter vor der schlimmsten Not zu bewahren. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schwarz (3.):

Ich will nicht bestreiten, daß auch ideale Gründe bei der Gründung der „Vollversicherung“ mitgewirkt haben; aber von führender Seite ist jedenfalls hervorgehoben worden, daß die Kapitalien der „Vollversicherung“ zur Stärkung der Gewerkschaften dienen sollen. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) — Redner wünscht weiter, daß die Unterlagen für neu zu gründende Krankenkassen besser geprüft werden, damit nicht Schwindellassen zugelassen werden.

Abg. Götting (natl.):

Als alter Kommunalbeamter bitte ich Sie, die Resolutionen abzulehnen. Die öffentlich-rechtlichen Versicherungsunternehmen treiben kein Gewerbe, sondern sind gemeinnützige Gesellschaften und können daher dem Aufsichtsamt nicht unterstellt werden. Gegen Liebergriffe dieser Gesellschaften kann auf dem ordentlichen Instanzenwege Remedeur geschaffen werden. An der Fesselung der öffentlich-rechtlichen Gesellschaften würde die „Vollversicherung“ natürlich große Freude haben. Daß weite Kreise der Arbeiterschaft sich jetzt dem Sparen zuwenden, ist sehr erfreulich.

Abg. v. Binterfeld-Renklin (L.):

betont, daß die Vollversicherung der öffentlich-rechtlichen Versicherungsgesellschaften sich gut bewährt habe.

Abg. Heine (Soz.):

Daß wir unsere Freude an dem Streit der beiden Versicherungsarten haben, kann ich nicht leugnen. Wenn zwei — sich streiten, erfahren die ehrlichen Leute die Wahrheit. (Weiterkeit.) Daß sie sich wieder vertragen werden, daran zweifle ich auch nicht. Die preussische Regierung hat den Konflikt erhoben, um einen Prozeß wegen unangenehmer Wettbewerbs zu hindern; der Anwalt hatte schon vorher Ungültigkeit des Rechtsweges gegen eine öffentlich-rechtliche Anstalt eingewendet. Der Staatssekretär gibt aber die Zulässigkeit des Rechtsweges zu, wenn er die Erhebung des Konflikts rechtfertigt. Der Vorwurf, daß ein Konkurrenzrecht der unangenehmen Wettbewerber ist, natürlich unangenehmer Wettbewerber. Ist denn die Herausgabe eines beleidigenden Verdicts noch dienliche Tätigkeit, die die Erhebung des Konflikts ermöglicht? Irrig ist, daß die Erhebung des Konflikts ein reiner Formalakt ist. Denn es wird damit auch gleich behauptet, daß das Vorgehen Rapps berechtigt war. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gegen die „Vollversicherung“ scheint der Regierung offenbar jedes Mittel erlaubt. — Eine Doktorfrage ersten Ranges wäre, ob Preußen auch in Bayern den Konflikt erheben könnte. Wer das bejaht, hätte Anrecht zum Prinzenzerker. (Weiterkeit.) — Die Behauptung, daß

alles politisch

wäre, was Gewerkschaften und Genossenschaften tun, ist ja sehr alt. Aber für die Gründung der Brandenburgischen Provinzialversicherungsgesellschaft hat man genau die Gründe angeführt, die zur Errichtung der „Vollversicherung“ geführt haben. Gerade wir Arbeiteranwälte haben das Gland kennen gelernt, daß durch die private Vollversicherung über die Arbeiter gebracht wurde. Die Behauptung von den politischen Zwecken der „Vollversicherung“ ist ein aufgelegter Schwindel. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Kämpf:

Haß Abg. Heine damit Mitglieder dieses Hauses gemeint hat, rufe ich ihn zur Ordnung.

Abg. Heine (fortfahrend):

Sonst sagt man uns immer: reformiert auf dem Boden der heutigen Gesellschaft, legt eure revolutionären Pläne ab. Gibt es etwas, was mehr auf dem Boden dieser Gesellschaft steht als die Organisation der „Vollversicherung“? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen von niemand einen Groschen zu diesem Werk der Arbeiter selbst. Wäre die „Vollversicherung“ nicht legal, hätte sie sich dem Staat nicht an, so wäre sie doch nicht genehmigt worden. Ja, wie sollen wir es denn eigentlich machen? (Weiterkeit.) Ich weiß schon, wir sollen uns das Fell über die Ohren ziehen lassen und nichts dazu sagen! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nicht der mindeste Beweis ist für eine politische Tätigkeit der „Vollversicherung“ erbracht — es ist das alte Galbarn, daß, weil die Gewerkschaften für politisch erklärt seien, wir nur durch Rechtsdrehung möglich ist, und weil die Genossenschaften mit so bedenklichen Personen wie mit dem Abg. Reus in Verbindung stehen, auch die „Vollversicherung“ politisch sei. Das ist ein völlig falscher Schluss, wenn es nicht eine Lüge ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ist denn alles, was die Zentrumsleute tun, z. B. die Bekämpfung des Alkoholismus, die auch wir und die Liberalen üben — die Konserwativen ja nicht! (Große Heiterkeit!) — politisch, weil diese Leute gelegentlich auch auf anderem Gebiete politisch tätig sind?? Was aber Sozialdemokraten anstreben, das muß politisch sein! Die Tätigkeit der „Vollversicherung“ ist genau statutarisch festgelegt und vom Aufsichtsamt genehmigt. Daß sie dadurch politisch wird, daß Politiker an ihr beteiligt sind, kann man nur behaupten, wenn man parteiisch oder verlogen ist. (Präsident Kämpf wird unruhig und erhebt sich nach einigen Minuten unter großer Heiterkeit der Sozialdemokraten.) Wenn andere Gesellschaften den ausgeprochenen Zweck verfolgen, die „Vollversicherung“ zu bekämpfen, so werden sie dadurch politisch. Wenn übrigens die Öffentlich-rechtlichen sich dem Aufsichtsamt nicht unterstellen, so offenbar aus dem Grunde, um ungestört Politik treiben zu können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Hoffnung meines Parteigenossen Hildenbrand, daß die Reichsregierung sich schließlich doch den verschiedenen Versicherungsgesellschaften gegenüber unparteiisch stellen werde, vermag ich nicht zu teilen. (Dravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Kämpf:

Herr Abg. Heine, Sie haben zweimal von Lüge gesprochen, indem Sie in sehr geschickter Weise umgingen, direkt Personen zu nennen. Ich konnte Sie daher nicht zur Ordnung rufen, muß aber erklären, daß diese Art von Redemendungen, die doch im Hause befindliche Personen verletzen muß, als unparlamentarisch bezeichnet werden muß. (Dravo! rechts.)

Abg. Siebenbürger (L.):

stellt erneut die Behauptung auf, daß Abg. Reus den Untergang von Mittelhandbesitzern als wünschenswert hingestellt habe. Das steht im stenogramm. Alles spätere „Achtstellen“ ändert daran nichts. Herauslügen kann ich mich nachher immer. (Präsident Kämpf: Haben Sie damit den Abg. Reus gemeint?) Ich habe gesagt: ich. (Große Heiterkeit; Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das können Sie sagen! Weiterkeit.)

Damit schließt die Debatte.

Die Weiterberatung wird vertagt auf Donnerstag 10 Uhr. Schluß 7 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

26. Sitzung. Freitag, den 13. Februar 1914, vormittags 12 Uhr.

Am Ministertisch: v. Dallwig.

Das Urteil gegen den „Vorwärts“.

Die Geschäftsordnungs-Kommission beantragt, von der Publikationsbesetzung des Urteils gegen den „Vorwärts“-Redakteur Wachs wegen Beleidigung des Abgeordnetenhauses wegen des Artikels „Eine reaktionäre Affenkomödie“ Gebrauch zu machen.

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.):

In dieses Urteil und seine Vorgeschichte kann nicht oft genug erinnert werden. Sogar die „AöN. Ztg.“ hat damals von einer Komödie gesprochen. Sie müssen es publizieren, daß Sie kein Geldsack und kein Zinseparlament sind! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir begrüßen Ihren Entschluß, daß Sie jetzt auch freiwillig an „Vorwärts“ mitarbeiten. Vielleicht können wir Sie dafür auch irgendwo honorieren, wir wollen keine unbezahlte Mitarbeit von Ihnen. Darum danken wir Ihnen für Ihren Entschluß und begrüßen ihn freudig! (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag wird angenommen. (Zurufe der Sozialdemokraten: Einstimmig!)

Der Etat des Innern.

Abg. Zehr v. Jedlig (St.):

begrüßt den Sammelruf des Abg. Fuhrmann gegen die Sozialdemokratie. Aber volles Vertrauen dazu können wir erst haben, wenn die ganze Politik der Nationalliberalen damit übereinstimmt, und das war nicht stets der Fall. (Wah! bei den Sozialdemokraten.) Das auffallendste war mir die Preisgabe der Mandate in Riederharnim an die Sozialdemokratie durch die Volkspartei. Auch sonst hat die Fortschrittspartei den Einfluß der Sozialdemokratie gefördert. Sie trägt dazu bei, die Werke der Sozialdemokratie im Lande zu mehren. Seitdem durch das letzte Wahlabkommen 1912 die letzte Schranke zwischen der Fortschrittspartei und der Sozialdemokratie gefallen ist — eine Schranke, die Eugen Richter noch aufrecht erhielt —, seitdem sind die Stimmen der Fortschrittler gefallen und diejenigen der Sozialdemokraten gewachsen. Die Fortschrittspartei ist die Vorfrucht der Sozialdemokratie. Der Antrag betreffend den Arbeitswilligenzuschuß ist einer der wichtigsten Schritte der bürgerlichen Parteien im Kampfe mit der Sozialdemokratie. Der Abgeordnete Ströbel hat gestern von einem unglücklichen Arbeiter gesprochen, der nach einem neunzehnjährigen Aufenthalt in Preußen ausgewiesen und mit seiner Familie der Not preisgegeben wurde. Unser Antrag soll die zahlreich unglücklichen Arbeiter schützen, die durch den Terrorismus der Sozialdemokratie in ihrer Existenz bedroht werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Selbst wenn der Ostmarkenverein im Lieberkeiser hier und da zu weit gegangen ist (Wah! bei den Sozialdemokraten), so ist das aus Liebe zum Deutschtum geschehen. (Zurufe bei den Sozialdemokraten und den Polen.) Er hat es mit einem Gegner zu tun, dem jedes Mittel recht ist. (Zuruf Ab. Hoffmanns.) Sie, meine Herren Sozialdemokraten, haben kein Recht, darüber zu urteilen, da Sie mit den gleichen Mitteln arbeiten. (Lebhafte Lärme bei den Sozialdemokraten. Zuruf von den Freikonservativen. Zuruf Ab. Hoffmanns. Die Freikonservativen rufen: Ruhe! Präsident Dr. Forch zu den Soz.: Ich muß Sie bitten, die störenden Zurufe zu unterlassen. Abg. Hoffmann: Ich bin provoziert worden!) Bei den Wählern besteht nicht der brennende Wunsch nach einer Veränderung des Wahlrechts. Die Gefahr einer Demokratisierung unseres Staates ist nicht abzuleugnen. Erinnert man sich nicht, daß die demokratische Linie den Reichstag noch vor wenigen Wochen zu einem Mißbilligungsantrag mit sich forst, der an den Grundlagen unseres Herrwesens rüttelte. Ebenso mißbilligen wir den Lieberkeiser des Reichs in das Gebiet der direkten Steuern. Um diesen Gefahren zu trotzen brauchen wir ein starkes Preußen. (Lebhafte Zustimmung rechts — Widerpruch links.)

Abg. Dr. Köstke (L.):

Die Einführung einer nationalen Vollversicherung ist eine dringliche Frage und zwar angesichts der sozialdemokratischen „Vollversicherung“. Wir treten für einen verdeckten Arbeitswilligenzuschuß ein, da wir die Freiheit der Arbeit gesichert sehen wollen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Die ausführenden Polizeiorgane sollen nicht nur eingreifen können, sondern sie sollen wissen, daß sie eingreifen müssen. Jeder einzelne Arbeiter soll von dem Terrorismus der Sozialdemokratie unabhängig werden. Als Direktor des Bundes der Landwirte bekämpfe ich die Behauptung, daß der Bund der Landwirte seine Gegner, insbesondere den Mittelstand terroristisch durch den Wohlstand bekämpfe. (Wah! bei den Sozialdemokraten.) Die Nationalliberalen haben früher die Bedürfnisse der deutschen Landwirtschaft nicht genügend verstanden; aber sie haben gelernt. Die Nationalliberalen haben die politische Vertretung der Industrie nicht gepachtet; auch wir wollen die Interessen der Industrie fördern. Dazu ist Ordnung und Disziplin notwendig, und gerade das bringen wir Ihnen (zu den Nationalliberalen). Landwirtschaft und Industrie müssen Hand in Hand miteinander arbeiten. Aber die Industrie darf dabei nicht die Grenze, die sie an dem Recht der Landwirtschaft findet, überschreiten. Es ist falsch, den Bund der Landwirte mit der konservativen Partei zu identifizieren. (Widerpruch bei den Nationalliberalen.) Herr Fuhrmann! Sie sind ja selbst das lebende Beispiel dafür, daß der Bund der Landwirte nicht an eine Partei gebunden ist; denn Sie sind mit seiner Hilfe in dieses Haus gewählt. Der Preußenbund ist aus Veranlassung der Verheerung, die sich gegen die Grundlagen unseres Staates richtete, ins Leben getreten. — Wir waren stets der Ansicht, daß eine so große Partei wie das Zentrum von der Gestaltung unserer Politik nicht ausgeschlossen werden könne. Die Nationalliberalen haben zur Stärkung der Sozialdemokratie im Reichstoge beigetragen. Im Wahlkreise Kaiserslautern sind sie geschlossen für die Sozialdemokratie eingetreten. Im Hinblick auf den Kampf mit der Sozialdemokratie ist es die Pflicht der Nationalliberalen, sich mit den Konservativen zu gemeinsamer Arbeit zu verpflichten. (Zuruf Ab. Hoffmanns: Da verstanden wir uns gleich!) Wir werden unsere Wege gehen mit dem Rufe: Mit Gott! (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Abg. Dr. v. Campe (natl.):

Freiherr v. Jedlig hat es begrüßt, daß wir die Sozialdemokratie energisch bekämpfen wollen, aber er hat gegen unseren ehrlichen Willen sein Mißtrauen ausgesprochen. Dies Mißtrauen ist der eigentliche Grund, warum wir nicht weiter kommen in diesem Kampfe. Das hat die Rede des Abg. Dr. Köstke gezeigt. Sein Angriff gegen die Nationalliberalen ist vollkommen berechtigt. Die Rede des Abgeordneten Fuhrmann ist von Abgeordneten Ströbel als ein starker Ausdruck des rechts gekennzeichnet worden. Sie war vielmehr ein großer Schritt vorwärts. Wir sehen die Verquickung des Bundes der Landwirte mit der konservativen Partei als eine höchst bedauerliche Erscheinung an. Wo der Bund der Landwirte auftritt, überall bekämpft er die nationalliberale Partei. Er stellt die Interessen einer wirtschaftlichen Organisation höher als die nationalen Interessen. Auch der Bund der Landwirte hat sich ebenso wie die Nationalliberalen mit der Sozialdemokratie zu Wahlkämpfen verbündet. Wir wissen uns frei von jeder demokratischen Tendenz. (Wah! bei den Sozialdemokraten.) Mit unserem Liberalismus vertreten wir das Gegenteil von dem, was die Sozialdemokratie will. Heutzutage kann auch gelegentlich ein Sozialdemokrat etwas Nützliches sagen, dem wir zustimmen können. Ein blindes Huhn findet auch einmal ein Korn. In gewissen Kreisen der Konservativen scheint der Wunsch zu herrschen, daß wir

nach links gedrängt und zwischen den beiden Mächten der Rechten und Linken zermahlen werden. ...

Ein sozialdemokratischer Antrag fordert Aufhebung der §§ 9, 10 und 41 des alten preussischen Preßgesetzes.

Abg. Steputat (L.): wendet sich als Litauer gegen die Polen, die die litauische Minderheit unterdrücken und daher kein Recht hätten, über Mißbrauch der Macht gegen sie zu klagen.

Abg. Zambach (S.): Die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft richtet sich nicht gegen die Sozialgesetzgebung, sondern gegen ihre Durchführung.

Abg. Dr. Pachnide (Sp.): Der Abg. Frhr. v. Jeditz hat uns auf das heftigste angegriffen, jetzt macht seine Partei den Schluß der Debatte mit.

wohl für so gut, daß Sie ihn annehmen werden, auch ohne daß wir ihn begründen. (Sehr gut! links.)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): hätte gern noch mitgeteilt, daß seine Partei die Litauer vom Sprachparagrafen des Reichsvereinsgesetzes ausnehmen wolle.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Ich hätte gern einige Worte zur Begründung unseres Antrages auf Aufhebung des Plakatgesetzes gesagt, der ja in etwas modifizierter Form bereits einmal angenommen wurde.

Abg. v. Trampegnski (Pole): Die Behauptungen des Abg. Dr. Steputat, dieses Fremdenlegionärs des Dinarckenvereins haben alle sehr kurze Beine.

Abg. Adolf Hoffmann (Soz. - persönlich): Als ich während der Rede des Freiherrn v. Jeditz einen Zwischenruf machte, sagte er wörtlich: „Nicht fördern diese Zwischenrufe nicht; ich bin das Bißchen von Jugendzeit her gewöhnt!“

Abg. Bierck (Sp.): Das Urteil über diese Zeuherung überlasse ich dem Hause! Gegenüber dem Abg. Dr. Pachnide bemerkte ich, daß man doch

eine solche Debatte nicht so lange weitergehen lassen kann, bis auf alle Angriffe geantwortet ist.

Abg. Dr. Pachnide (Sp.): Aber wenn man Schluß machen will, dann hat man sich eine gewisse Referre aufzulegen! (Sehr wahr! links.)

Abg. Schmedding (S.): Begründet einen Antrag, der die Uebernahme der Fürsorge für die gemeingefährlichen Geisteskranken durch den Staat fordert.

Minister v. Dallwitz: Für die Steuerzahler ist es unwesentlich, ob der Staat oder die Provinzen mit der Unterbringung der gemeingefährlichen Irren belastet werden.

Die Beratung des Antrags Braun auf Regelung des Irrenhauswesens wird mit der des Antrags Schmedding verbunden.

Das Haus verlegt die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr. Schluß 1/2 11hr.

Wasserstands-Nachrichten

Table with 4 columns: Wasserstand, am 12.2., seit 11.2., and a second set of columns for another location. Includes data for Remei, Regel, Reichel, etc.

Minna Siefert, Christoffer Zingel, Verlobte, Berlin, den 11. Februar 1914.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis, Bezirk 784a.

Otto Walter, Walplaquestr. 14/16.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Berlin.

Bruno Rotheuler, Plantagenstr. 30, am 9. d. Mts. gestorben.

Otto Walter, Walplaquestr. 14-16.

Konrad Benecke, Hadersdorfer Str. 65, am 10. d. Mts. an Lungenerkrankung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Artur Dorst, im Alter von 29 Jahren verstorben.

Deutscher Banarbeiterverein, Zweigverein Berlin.

Heinrich Faikus, (Bezirk Norden I).

Deutscher Holzarbeiterverband, Zahlstelle Berlin.

Karl Krohn, Kömigsberger Str. 17.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Berlin.

Bruno Rotheuler, Plantagenstr. 30, am 9. d. Mts. gestorben.

Otto Walter, Walplaquestr. 14-16.

Konrad Benecke, Hadersdorfer Str. 65, am 10. d. Mts. an Lungenerkrankung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Artur Dorst, im Alter von 29 Jahren verstorben.

Deutscher Banarbeiterverein, Zweigverein Berlin. Am 12. Februar starb unser Mitglied, der Bauer Heinrich Faikus.

Deutscher Holzarbeiterverband, Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler Karl Krohn.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter Bruno Rotheuler.

Otto Walter, Walplaquestr. 14-16.

Konrad Benecke, Hadersdorfer Str. 65, am 10. d. Mts. an Lungenerkrankung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kraftwagenführer Artur Dorst.

Deutscher Banarbeiterverein, Zweigverein Berlin. Am 12. Februar starb unser Mitglied, der Bauer Heinrich Faikus.

Deutscher Holzarbeiterverband, Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler Karl Krohn.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter Bruno Rotheuler.

Otto Walter, Walplaquestr. 14-16.

Konrad Benecke, Hadersdorfer Str. 65, am 10. d. Mts. an Lungenerkrankung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kraftwagenführer Artur Dorst.

Deutscher Banarbeiterverein, Zweigverein Berlin. Am 12. Februar starb unser Mitglied, der Bauer Heinrich Faikus.

Deutscher Holzarbeiterverband, Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler Karl Krohn.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter Bruno Rotheuler.

Gewerkerschaftshaus, Sonntag abend von 6 Uhr an: Musikalische Unterhaltung.

Wirtshaus Schloß Woltersdorf. Drei große Säle, Veranden, Hallen, Große Kaffeeküche, Terrassenartig am Wasser und Chaussee gelegen.

Erklärung. Auf das Interim des Langjährig-Berandes „Goldarbeit“ (1892 in Nr. 42 des „Bonds“ vom Donnerstag, den 12. Februar etc.) habe ich zu erklären, daß fortgesetzte Differenzen die Ursache waren, welche ein längeres Zusammenarbeiten mit den in meinem Betriebe beschäftigten Mitgliedern obigen Verbandes unmöglich machten.

Möbel-Angebot. Solide Möbelstühle liefert Spezial-Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen sowie Einzelmöbel gegen mäßige Zahlung.

Spezialarzt Dr. med. Wockenfuß, Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor) für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden.

Restaurant zum Stiehkanal am Krematorium, Treptow, Reichholzstraße 249.

Westmann Frühjahrs-Kostüm-Woche. Es ist mir gelungen, 50% unter Preis der Original-Kopien bis zu 100% modelle herauszubringen.

Centralhaus mod. Herrenbekleidung, L: Neue Friedrichstr. 33, II: Turnstr. 67, I. Etage.

Magnum, Bei Verdauungsstörungen, Appetitmangel, vorverdauem Magen, Sodbrennen, Blähungen, Magendrücken.

Monats-Garderobe! 4-500 getragene Krüge für Herren: Smoking, Frack und Gehrock-Anzüge.

Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin-Schöneberg. Bei der am 7. Februar er. erfolgten Wahl zum Ausschuss der Arbeitnehmervertreter wurden 4372 gültige Stimmen abgegeben.

Bei der am 9. Februar er. abgehaltenen Wahl der Arbeitgebervertreter wurden von 1413 Wählern 1641 gültige Stimmen abgegeben.

Bei der am 7. Februar er. erfolgten Wahl zum Ausschuss der Arbeitnehmervertreter wurden 4372 gültige Stimmen abgegeben.

Bei der am 9. Februar er. abgehaltenen Wahl der Arbeitgebervertreter wurden von 1413 Wählern 1641 gültige Stimmen abgegeben.

Herren-Moden fertig und nach Mass. Garantie: Tadelloser Sitz, feinste Verarbeitung.

Taschentfeuerzeug, billig! 5 Kutter 1 Pack, Steine 3 x 5, 100 St. 1.20, Dacht 5 Rtr. 20 Pf.

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz.

Bruchbandagen Leibbinden, Geradenhalter, Irrigatoren, Spritzen etc., Suspensorien, sowie alle Artikel z. Krankenpflege.

Mitglieder der Orts-Krankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin!!

Die Tabellen der Vertreter und der Erfahmänner zum Ausschusse der Kasse für die Zeit bis 31. Dezember 1917 finden am

Sonntag, den 15. Februar 1914,
von **vormittags 9 Uhr bis nachmittags 2 Uhr**

in den nachfolgenden Lokalen:

NW: Schüler (Brauerei Fahrenhofer), Turn-
straße 25/26
N: Ballschmieders Festhalle, Badstr. 16
NO: Brauerei Königstadt, Schönh. Allee 10
O: Prachtställe des Ostens, Frankfurter
Allee 151/152

SO: Gewerkschaftshaus, Engelufer 15
S und SW: Vordbrauerei, Fildinstr. 2
W: Saal der Schloßbrauerei Schöneberg,
Hauptstr. 122/124
Neukölln und Britz: Varischs Festhalle, Neu-
kölln, Hermannstr. 49.

Wahlberechtigt sind alle über 21 Jahre alten weiblichen und männlichen Mitglieder der Kasse. Das Wahl-
recht ist in Berlin ausübend.

Die unterzeichneten Gewerkschaften haben gemeinsam

Liste I

ausgestellt.
Als Wahllegitimation gelten die Wahlkarte, die mit dem Vor- und Zunamen des Wählers ver-
sehen, vom Arbeitgeber zu unterschreiben bzw. zu unterstempeln sind, das Mitgliedsbuch der Ortskrankenkasse
oder eine vom Arbeitgeber ausgestellte Bescheinigung, daß der Betreffende am Tage der Wahl noch in Be-
schäftigung steht.

Die Wahl ist eine geheime und findet nach dem System der Proportionalwahl statt.

Jede Stimme ist daher von Wichtigkeit!

Arbeiter und Arbeiterinnen im Buchdruckgewerbe! Uebt am

Sonntag, den 15. Februar,

Euer Wahlrecht für **Liste I** so zeitig wie möglich aus, da das Wahllokal pünktlich um 9 Uhr geschlossen
werden muß und nur diejenigen noch ihre Stimme abgeben können, welche im Wahllokal anwesend sind.

Bringe jeder das Mitgliedsbuch seiner Organisation mit, damit er durch den Stempel beweisen kann,
daß er seine Pflicht und Schuldigkeit getan hat.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

**Verein der Buch- und Steindruck-Hilfsarbeiter und -Hilfs-
arbeiterinnen.**

Deutscher Buchbinderverband (Zahlstelle Berlin).

Steinarbeiter!

Dienstag, den 17. Februar,
abends 8 Uhr,
im „Englischen Hof“,
Alexanderstr. 27 o.

Mittwoch, den 18. Februar,
abends 8 Uhr,
in den „Arminhallen“,
Kommandantenstraße 58/59.

Mitglieder-Versammlung der Sektion II Marmorarbeiter

der Sektion I Sandstein- und Grabsteinbranche

Tagesordnung: 17/14*

Die Antwort der Unternehmer auf unsere Forderungen.

Stellungnahme zu derselben.

Die Kollegen sind verpflichtet, die für sie in Betracht kommende Ver-
sammlung unbedingt zu besuchen.
Nach nicht abgeholte Mitgliedsbücher sind in Empfang zu nehmen.
Blinfliches Erscheinen erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Ortskrankenkasse für das Maurergewerbe zu Berlin.

C. 54, Zopfiestraße 6.

Auf Grund des § 93 der Satzung wird den Mitgliedern hierdurch
bekanntgegeben, daß die durch die Generalversammlung der Kasse am
29. April 1913 beschlossene Statutenänderung unter dem 3. Februar 1914 die
Genehmigung des Reichsausschusses der Stadt Berlin erhalten hat.
Druckexemplare können vom 18. Februar an von den Betrefften im
Kassenlokal gegen Vorlegung der Mitgliedskarte in Empfang genommen
werden.

Berlin, den 14. Februar 1914.

Der Vorstand der Ortskrankenkasse für das Maurergewerbe zu Berlin.
A. Oehme, Vorsitzender. G. Lehmpfuhl, Schriftführer.

Rechtsanwalt Prillwitz

Berlin NW 21, Thurmstraße 34.

Kranken- u. Sterbekasse der Banarbeiter in Berlin. (Zuschußklasse.)

Sonntag, den 15. Februar 1914, vorm. 10 Uhr, bei Wilke,
Sebastianstr. 39:

General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Jahresrechnung, Vorstands- und Kassibericht.
2. Beschlußfassung über Aufhebung eventuell Zusammenlegung der
Kasservereine.
3. Beschlußfassung über die Befolgung der Mitglieder nach § 19 der
Satzung.
4. Ergänzungswahl: a) des Vorstandes nach § 19 der Satzung;
b) Wahl des Aufsichtsrats nach § 17 der Satzung.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Vorstand.



Schädlich wirkt ein Luftzug auf den
Kehlkopf, schützen Sie sich
daher vor Husten, Heiseren
keit, Katarrh durch
Wupper-Tabletten
Vorrätig in allen Apothe-
ken und Drogerien-Preis
der Originalschachtel M.



Kathreiners Malzkaffee ist keine gebrannte Gerste; er
wird aus wirklichem Malz in den größten Malzkaffee-
Fabriken der Welt hergestellt. Die Pakete werden auto-
matisch gefüllt und verschlossen. Kathreiners Malzkaffee
kommt also mit den Händen überhaupt nicht in Berüh-
rung. Er wird am meisten gekauft und ist daher stets frisch.

Möbel-Lechner

I. Geschäft: **Brunnenstraße 7**
am Rosenthaler Platz,
1. Eingang im Laden, 2. Eingang
Hof hinterm.
II. Geschäft: **Müllerstraße 174**
Ecke Fensterstraße.
I. Etage.

Wohnungs-Einrichtungen auf Kredit.

Stube und Küche | Einzahlung 15.- | Wohnzimmer | in großer Aus-
| | | Speisezimmer | wahl.
| | | Herenzimmer |
| | | Küchen l. allen Farben u. Mustern.
Einzeln Möbel von 5 Mark Anzahlung an.
Lieferung auch nach auswärtig.
Extra-Abteilung für Herren- und Damen-Garderobe.
Sonntags von 12-2 Uhr geöffnet.

Reuters Werke Heines Werke

3 Bände 4 Mark | Buchhandlung Vorwärts | 3 Bände 4 Mark | Buchhandlung Vorwärts

| 4. Preussisch-Süddeutsche (230. Königl. Preuss.) Klassenlotterie | | 2. Klasse 1. Ziehungstag 13. Februar 1914 | |
|--|---|---|---------------------------------|
| 95271 | 82 000 930 64 62 | 96049 | 180 (200) 283 |
| 272 313 | 416 609 614 | 98093 | 331 454 735 904 |
| 211 954 | (200) | 98095 | 183 90 |
| 100008 | (200) 50 243 446 719 | 101232 | 308 404 98 102165 |
| 327 38 71 | 676 911 17 80 | 103340 | 479 (200) 520 741 87 34 |
| 908 82 | 104297 360 63 447 643 64 818 33 94 61 775 80 64 | 105416 | 76 895 977 |
| 105416 | 76 895 977 | 100770 | 094 745 02 974 948 67 197104 |
| 474 607 61 | 711 36 934 | 100860 | 197 321 625 841 700 |
| 109199 | 99 202 30 34 43 543 842 907 36 | | |
| 110009 | 178 323 73 897 | 111884 | 163 67 630 628 78 112173 |
| 230 (200) | 430 59 655 98 899 93 955 | 113005 | 138 (200) 210 (200) |
| 366 89 | 625 674 812 | 114128 | 257 376 511 32 (200) 747 69 631 |
| 115067 | 217 634 832 | 115103 | 313 701 |
| 137 267 | 400 93 845 85 | 118033 | 296 690 11977 141 83 49 581 677 |
| 150787 | 684 (200) | 121006 | 182 378 330 56 862 (200) |
| 122130 | 63 67 260 69 733 84 834 | 123188 | 693 124 095 111 |
| 483 582 | 125078 151 300 463 514 663 751 847 | 126255 | 362 |
| 476 92 641 601 65 | 127444 658 | 126331 | 63 529 766 863 920 |
| 129774 | (200) | | |
| 130103 | 11 405 79 613 631 854 | 131121 | 459 64 631 709 |
| 824 902 | 132060 93 161 218 66 89 470 657 627 62 | 133373 | |
| 748 58 947 49 | 134055 231 76 829 898 911 (200) | 135183 | 375 |
| 824 940 | 136186 160 53 487 642 62 719 692 73 | 137325 | 741 |
| 950 | 138133 93 506 30 432 545 515 749 | 139049 | 318 97 731 |
| 74 (200) | | | |
| 140442 | 684 88 928 | 141172 | 87 455 718 |
| 142046 | (200) 47 | | |
| 180 443 | (500) 621 768 74 80 820 90 819 | 148068 | 242 623 838 |
| 144027 | 48 604 833 49 | 149166 | 665 743 |
| 146707 | 124 327 61 | 149029 | 341 41 533 97 623 |
| 149029 | 341 41 533 97 623 | 149029 | 341 41 533 97 623 |
| 150283 | 302 66 92 462 511 793 960 | 151028 | 778 801 31 67 |
| 152244 | 45 464 95 867 74 669 78 99 777 | 153012 | 301 406 737 |
| 154163 | 450 84 540 797 845 | 155069 | 295 470 886 845 818 618 |
| 641 78 680 853 | 156156 818 | 157380 | 319 188043 121 215 |
| (200) 124 47 (200) | 628 33 83 819 943 | 159122 | 632 603 702 85 |
| 160088 | 293 807 74 872 617 733 53 699 | 161077 | 209 846 |
| 672 746 833 902 9 | 162180 519 649 736 867 952 | 163081 | 249 |
| 763 (200) | 159407 192 396 | 165109 | 18 329 196 549 462 92 |
| (200) 965 | 167382 459 552 93 687 963 78 | 168165 | 61 808 43 |
| 169289 | 49 67 353 679 | | |
| 200010 | 276 456 819 | 201447 | 83 (400) 716 60 63 76 |
| 202148 | 304 522 76 660 870 | 203008 | 64 233 72 320 698 727 |
| 84 | 204190 276 545 61 | 205142 | 496 603 836 |
| 208 582 908 | 207125 309 734 43 268 | 208348 | 89 67 |
| (400) 85 473 664 94 824 | 209276 796 990 | | |
| 210138 | 369 418 746 78 99 | 211130 | 41 931 212003 343 |
| 424 38 91 778 920 | 213180 (200) | 250 654 673 87 792 971 | |
| 214076 | 78 92 248 337 434 657 744 806 | 216017 | 24 120 334 |
| (200) 417 702 926 | 217249 51 77 335 983 | 218010 | 400 088 999 |

Aus Industrie und Handel.

Erweiterung der Deutschen Bank?

An der Börse zirkulieren Gerüchte, daß die Deutsche Bank die Vergleich-Märkische Bank (Eberfeld) in sich aufnehmen wolle. Schon jetzt steht die Eberfelder Bank in nahen Beziehungen zur Deutschen Bank; etwa 50 Millionen des 80 Millionen Mark betragenden Aktienkapitals befinden sich im Besitz der Großbank. Die völlige Übernahme würde die schon bestehende Abhängigkeit der Eberfelder Bank nun auch nach außen dokumentieren. Im Zusammenhang mit dieser Fusion soll die Deutsche Bank weiter die Absicht hegen, ihr eigenes Aktienkapital um etwa 50 Millionen zu erhöhen. Zurzeit beträgt das Aktienkapital 200 Millionen. Durch die geplante Erhöhung würde die Deutsche Bank an Höhe des Aktienkapitals alle anderen Aktiengesellschaften übertreffen, denn heute besitzen noch einige wenige andere Banken ein gleich hohes Kapital.

Krupp A.-G.

Von der Oesterreichischen Kreditanstalt wird gegenwärtig die Berndorfer Metallwarenfabrik Krupp in eine Aktiengesellschaft mit 30 Millionen Mark Kapital umgewandelt. Dieses Finanzierungsgeschäft erregt nicht nur Interesse durch seine Größe, sondern auch durch die Geschichte des Unternehmens. Hermann Krupp, ein Bruder des Alfred Krupp in Essen, gründete im Jahre 1848 im Verein mit seinem Bruder Alfred und einem Wiener Kapitalisten die Metallwarenfabrik Berndorf in Oesterreich. Die Fabrik machte es sich zur Aufgabe, Bestecke, die bisher nur durch Handarbeit hergestellt wurden, mit Maschinen herzustellen. Nach Erfindung der galvanischen Verblünderung und Vergoldung warf sich Hermann Krupp auf dieses Fabrikationsgebiet und führte auch die Bezeichnung „Alpaka-Silber“ für die neuen Fabrikate ein. Unter seinem Sohn Arthur, der 1879 die Fabrik übernahm, wurde die Erzeugung von Nickelstahl weiter ausgebaut. Heute umfaßt die Fabrikation, in der mehr als 6000 Arbeiter tätig sind, Rohstoffe, Halbfabrikate und Fertigfabrikate aus Nickel, Neusilber, Messing und Kupfer. In allen Großstädten Europas, darunter auch in Berlin, unterhält die Firma eigene Verkaufsstellen. Der jetzige Besitzer wird auch nach der Umwandlung in eine Aktiengesellschaft in der Verwaltung tätig sein.

Rückgang der Stahlproduktion. Der Versand des Stahlwerksverbandes sank im Januar gegen den Vormonat von 457 470 Tonnen auf 466 190 Tonnen. Im Vergleich zum Januar des Vorjahres stellte sich der Versand um 80 430 Tonnen niedriger.

Die Standard Oil Company in China. Die Standard Oil Company hat mit der chinesischen Regierung einen Vertrag geschlossen, wonach sie das Recht erwirbt, Delfelder im nördlichen China, hauptsächlich in der Provinz Schensi, zu erschließen. Sollten die Ergebnisse eine Ausbeute rechtfertigen, so wird die Standard Oil Company eine chinesisch-amerikanische Gesellschaft gründen, an der die chinesische Regierung beteiligt sein wird. Das chinesische Publikum soll Anteile erwerben dürfen, vorausgesetzt, daß die Standard Oil Company ein kontrollierendes Interesse behält.

Vorortnachrichten.

Schöneberg.

Der Tod im Krankenhaus. Wenn ein Krankenhausbett stirbt, muß selbstverständlich für schleunige Benachrichtigung der Angehörigen gesorgt werden. Früher sollten gerade hierbei niemals vorkommen, und sie können auch sehr wohl verhütet werden, wenn alle Beteiligten mit der nötigen Gewissenhaftigkeit verfahren. In unterm Schöneberger Auguste-Victoria-Krankenhause ist bei einem Todesfall die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen unterblieben, obwohl ihre richtige und vollständige Adresse dem Bureau bekannt war. Eine 89-jährige Frau A. wurde von ihrer verheirateten Tochter, bei der sie wohnte, am Abend etwa um 1/2 9 Uhr eingeliefert, wobei im Aufnahmebüro die Tochter bat, ihr von einer etwaigen Verschlimmerung sofort Kenntnis zu geben. Als am Besuchstage, der erst drei Tage später war, die Tochter nach dem Krankenhaus kam, um nach der Kranken zu sehen, erfuhr sie zu ihrem Schrecken, daß die Mutter schon seit drei Tagen tot war. Schon an jenem Abend um 9 Uhr, knapp eine halbe Stunde nach der Einlieferung, war die alte Frau gestorben, aber niemand hatte der Tochter eine Todesnachricht gesandt. Man wollte das sonderbarerweise damit erklären, daß ja der Tod noch in Gegenwart der Tochter erfolgt sei, so daß eine Benachrichtigung überflüssig gewesen wäre. Diese Annahme ist falsch, und sie wird ohne weiteres durch die Aussage des Arztes widerlegt, der im Aufnahmebüro zugegen war, als die Tochter sich von der noch lebenden Mutter verabschiedete. Wahrscheinlich wäre die Verstorbene auch ohne Wissen der Angehörigen beerdigt worden, wenn nicht sofort am ersten Besuchstage die Tochter sich eingefunden hätte. Wie jener Irrtum entstanden sein kann, haben die Angehörigen nicht herausbringen können, weil sie bei dem Krankenhauspersonal überaus nur einem verlegenen Achselzucken begegneten und der Direktor nicht zu sprechen war.

Die Ausschauwahlen der Arbeitgeber für die Allgemeine Ortskrankenkasse zeigten auch hier eine stärkere Beteiligung als in den früheren Jahren. Ganz besonders glaubten die Dienstgeber alles daransetzen zu müssen um die hohen Sozialausgaben aus dem Felde zu schlagen. Es wurden insgesamt 1642 Stimmen abgegeben, davon entfielen auf die sozialistische Liste 115 Stimmen. Die Liste des vereinigten Mittelstandes erhielt 28 Ausschauwahlmitglieder, während die Liste II mit zwei Mitgliedern abscheidet. Es sind gewählt die Genossen E. Obst und W. Gämmler. Die Liste der freien Gewerkschaften weist 52 Mitglieder auf, so daß insgesamt 54 Mitglieder der organisierten Arbeiterschaft dem Ausschau der Krankenkasse angehören. Die Mitteilung, wann die Vorstandswahlen stattfinden, geht den Ausschaumitgliedern schriftlich zu. Die Wahlvorschlüsse sind mindestens drei Wochen vor der Wahl bei dem Wahlvorstand einzureichen. Das Wahlergebnis wird alsbald vom Vorstand bekanntgegeben.

Freie Elternvereine. Sonntag, den 16. Februar 1914: Wandertag nach Teagel-Virknowerder. Treffpunkt: 8 1/2 Uhr am alten Botanischen Garten, Potsdamer Straße (Ecke der Brunnenstraße). Untere Spielabende finden jetzt wieder jeden Montag und Donnerstag in den „Neuen Rothausläden“ statt. Eltern mit ihren Kindern stets willkommen.

Das Kartell der Arbeitervereine Schönebergs hält Montag, den 16. Februar, abends 9 Uhr, eine Versammlung im Tunnel der „Neuen Rothausläden“ ab, wozu das Erscheinen der Mitglieder aller Vereine nötig ist.

Steglitz.

Durch einen abfahrenden Vollen niedergeschmettert. Auf dem Neubaugrundstück der Gemeindeparkschule in der Sachsenwaldstraße führte vorgestern aus beträchtlicher Höhe ein schwerer Vollen herab und traf unglücklicherweise den 40 Jahre alten Zimmerer Max Grunow, Fregestr. 39b. Der Bauernschutzwert wurde durch die Wucht des Schloßes zu Boden geschmettert. In schwerverletztem Zustande wurde G. nach dem Kreiskrankenhause Groß-Lichterfelde gebracht.

Ober-Schöneweide.

Gemeindevertretung. Vom Gemeindevorsteher wurde die Mitteilung gemacht, daß die Mandate der Vertreter der ersten Klasse, Engel und Wolf, durch Verlust der Wählbarkeit erloschen seien. Die gegen die Auffstellung der Gemeinde-wählerliste eingegangenen Einsprüche wurden bis auf einen als berechtigt anerkannt. Nachdem der von der Vertretung im Jahre 1912 beschlossene Lehrerbildungsordnung die Schulaufsichtsbehörden die Genehmigung verweigert hatten, lag eine von der Schuldeputation ausgearbeitete neue Ordnung zur Beschlußfassung vor, welche entgegen der früheren nur eine Anzulage bis zu 750 M. statt 900 M. vorsieht. Von der sozialdemokratischen Fraktion wurde Ueberweisung der Sache an die Staatskommission beantragt, um eingehend zu den geäußerten Wünschen des Lehrpersonals Stellung nehmen zu können. Unter Ablehnung dieses Antrages fand die Vorlage sodann Annahme mit Wirkung vom 1. April 1912. Für ein am 9. März im Stablisement „Wilhelminenhof“ veranstaltendes Volkssymphoniekonzert des Bläserorchesters wurden die Mittel in Höhe von 300 M. bereitgestellt. Der Vertrag einer Kollektivversicherung mit anderen Gemeinden anlässlich der Entschädigungsansprüche bei Hilseleistungen durch die Berliner Feuerwehr fand die Zustimmung. Zu dem Vorschlag des Haushaltsplanes für 1914 machte der Gemeindevorsteher längere Ausführungen. Die Einnahmen und Ausgaben balancierten mit 2 064 500 M. unter Berücksichtigung des bisherigen Steuerzuschlages von 135 Proz. Von einer Beratung des Etats wurde abgesehen und derselbe einer Kommission überwiesen, welche auch die Vorlage einer Neuregelung der Kanalisationsabgaben nochmals beraten soll. Gegen die Stimmen unserer Genossen gab die Vertretung einem Ortsrat ihre Zustimmung, wonach denjenigen Gemeindebeamten und Lehrpersonen, welche nach der Reichsversicherungsordnung versicherungspflichtig sein würden, im Falle der Erkrankung ein Anspruch auf den 1/3fachen Betrag des zu beanspruchenden Krankengeldes durch die Gemeinde gewährleistet wird; dadurch wird deren Befreiung von der Versicherungsspflicht erwirkt. Die Genossen Grunow und Schwarzburger legten vergeblich dar, wie wenig zweckentsprechend und sozial ein solches Beginnen sei, wodurch würden den Betroffenen die durch Befreiung gewährleisteten Vergünstigungen geschmälert; das sei um so unangebrachter, als gewiß in vielen Fällen der in Frage kommende Betrag nicht ausreichen werde, die Aufwendungen für den Erkrankungsfall zu decken.

Friedrichsfelde-Karlshorst.

Im Zeichen der kommenden Gemeindevahlen stand der am Mittwoch für den Bezirk Karlshorst gemeinsam abgehaltene Jahrestag, in welchem der Gemeindevorsteher Genosse P. J. J. über den Gemeindeetat referierte. Der Redner betonte zunächst in bezug auf die Schulverhältnisse, daß auch im vorigen Jahre mehrere fliegende Klassen bestanden haben. Den kleinen Kindern sei zugunsten worden einen Schulweg von fast einer halben Stunde zurückzulegen. Wenn auch durch die Einrichtung einer höheren Schule leere Räume geschaffen worden seien, so sei doch in den unteren Klassen der Volksschule immer noch eine Frequenz von 60 bis 85 Schülern zu verzeichnen. Mit dem Wachsen des Ortes werde sich dieser Zustand noch verschlimmern. Die Verhältnisse in der Fachfortbildungsschule ließen gleichfalls viel zu wünschen übrig. Es werde der Fachunterricht nicht von einem Fachmann erteilt, sondern von einem Lehrer. Um einen solchen Zustand zu befeitigen, dürfte sich vielleicht die Schaffung größerer Gemeindevorstände empfehlen, dadurch werde die Erteilung von wirklichem Fachunterricht an die in Betracht kommenden Handwerker möglich sein. Ein Titel, der besonders interessiere, sei der der Armenverwaltung. Durch die zunehmende Arbeitslosigkeit sei auch die örtliche Armenverwaltung mehr als bisher in Anspruch genommen worden. Unsere Vertreter seien bemüht gewesen, die Gemeindeverwaltung zur Vergabe größerer Mittel zu bewegen, um die Rottlage der durch die Krisis in Mitleidenschaft gezogenen etwas zu mildern. Es sei charakteristisch, daß gerade die Karlshorster Vertreter recht wenig soziales Verständnis hierfür gezeigt hätten. Wenn es jedoch heiße, 1000 M. für die vaterländische Jugendbewegung zu geben, seien dieselben Vertreter Feuer und Flamme. Bei der Forderung von Milch an bedürftige Kinder werde es in das Ermessen des Schulleiters gestellt, ob ein Bedürfnis dazu vorhanden sei. Auf diese Weise werde die Bedürfnisfrage ganz verschieden beurteilt. Nachdem der Redner die von der Gemeindeverwaltung seither mitgeteilten Manipulationen in der Frage des russischen Fleischverkaufes gekennzeichnet und die geringe Vergütung der Gemeindearbeiter und Unterbeamten erwähnt hatte, ersuchte er die Anwesenden, alles daran zu setzen, die zwei in Karlshorst zur Wahl stehenden Mandate im ersten Wahlgang zu erobern. In der Diskussion gaben noch einige Genossen Anregungen zum Stat. Hierauf wurden von der Versammlung einstimmig als Kandidaten die Genossen Engel und Dempsow in Vorschlag gebracht.

Der Vorschlag für das Jahr 1914 balanziert mit rund 3,5 Millionen Mark. Trotzdem in ihm 76 000 M. Ueberfluß, die vom Gaswerk erwartet werden, und 80 000 M. Einnahme aus der Besteuerung der Wetzen und -spiele eingezeichnet sind, trägt er doch deutlich die Spuren der Schwierigkeiten an sich, die sich seiner Bilanzierung entgegenstellten. Dieselben werden auch nicht verschwinden, so lange mit den bisher angewandten Grundätzen nicht gebrochen wird. Wo die härteste Wurzel des Übels zu suchen ist, erhellt aus der Gegenüberstellung zweier Zahlen. Der kommunale Zuschlag zur Einkommensteuer — wie bisher 120 Proz. — soll 384 000 M. bringen. Zur Vergütung der 10 1/2 Millionen Mark Schulden sind aber 419 075 M. erforderlich! Also erheblich mehr, als die Einkommensteuer im günstigsten Fall ergibt. Diese Erscheinung wird sich jedoch noch verschlimmern. Müßen doch für die bisher aufgenommenen Anleihen, die im Jahre 1914 getilgt sein werden, neben den Tilgungsquoten insgesamt etwas über 7 Millionen Mark allein an Zinsen aufgebracht werden. Diese Anleihewirtschaft wird aber, wenn sie das jetzige Tempo beibehält, ins Uferlose anwachsen und dann wird sich rächen, daß man nicht rechtzeitig verstanden hat, den Gemeindefinanzhaushalt auf eine gesündere Basis zu stellen. — Der Hauptvorschlag der ordentlichen Verwaltung schließt mit 1 747 075 (1 494 832) Mark ab. (Die Zahlen in den Klammern beziehen sich auf das Vorjahr.) An Einnahmen der Gemeinde aus Gebühren usw. werden 770 075 (601 073) M. erwartet, so daß durch Steuern 977 000 (893 758) Mark zu decken sind. Hieron entfallen auf indirekte Steuern 148 500 (122 000) M., und zwar auf die Umsatzsteuer 60 000 (60 000) M., auf die Wertmachsteuer 80 000 (35 000) M., auf Hundsteuer 14 000 M. und auf Biersteuer 13 000 M. wie im Vorjahr. Von den direkten Steuern sollen bringen: die Betriebssteuer 1885 M., die Einkommensteuer 384 000 (348 000) M., die Grund- und Gebäudesteuer: für bebauten Grundstücke (2,6 Promille) 165 400 M. wie im Vorjahr, für unbebauten (5,2 Promille) 239 400 (223 600) Mark, und die Gewerbesteuer (Klasse I/II: 200 Proz., Klasse III/IV: 180 Proz.) 38 800 (31 873) M. An direkten Steuern sind mithin 828 500 (769 873) M. aufzubringen. Der gegen das Vorjahr um 96 000 M. höhere Einkommensteuerzuschlag scheint in einer Zeit größten wirtschaftlichen Tiefstandes eines von den Finanzfunktionären zu sein, mit dessen Hilfe der Etat ins Gleichgewicht gebracht wurde, um eine Erhöhung des prozentualen Zuschlages zu

vermeiden. Dieser Mehrausfall erscheint um so unhaltbarer, als die Krisenjahre 1908 und 1909 nur eine Steigerung des Einkommens um 9000 bzw. 5000 M. brachten. Oder sollte auch in unserem Ort der Generalpardon Wunder gewirkt haben!

Weißensee.

Beim Gewerbegericht wurden im abgelaufenen Geschäftsjahre 267 Streitigkeiten anhängig gemacht. Von Arbeitern wurden gegen Arbeitgeber 263 Klagen erhoben und 4 Klagen von Arbeitgebern gegen Arbeiter. Die geringste Klagesumme betrug 2, die höchste 300 M. Von den Rechtsstreitigkeiten sind erledigt durch Zurücknahme 28, durch Vergleich 128, durch Anerkenntnis 5, durch rechtskräftiges Versäumnisurteil gegen Kläger 15, gegen Beklagte 22. Endurteile sind erfolgt durch Verurteilung nach dem Klageantrage 6, teilweise Verurteilung 3, durch Abweisung der Klage 19, Ruhenlassen und Verzicht 30, wegen Unzuständigkeit wurden 2 Klagen abgewiesen. Erledigt sind von den Klagen in der Zeit von weniger als 1 Woche 69, 1 Woche bis 2 Wochen 73, 2 Wochen bis 1 Monat 61, 1 Monat bis 3 Monate 54, mehr als 3 Monate 7. Es ergingen 37 Beweiskommissionen und Sachverständige gelangten 54 zur Vernehmung. Abgehalten wurden 63 Termine, davon wurden 86 vom Vorsitzenden allein verhandelt und 18 unter Zuziehung der Beisitzer. Als Einigungsamt ist das Gewerbegericht im Berichtsjahre einmal in Tätigkeit getreten.

Beim Kaufmannsgericht wurden im abgelaufenen Geschäftsjahre 40 Streitigkeiten und zwar von Kaufleuten 4 und von Handlungsgehilfen 36 anhängig gemacht. Es fanden 10 Termine mit Zuziehung von Beisitzern statt. Erledigt wurden durch Vergleich 15, durch Zurücknahme 3, durch Versäumnisurteil gegen Beklagten 1, durch Ruhenlassen 5, durch sonstige Endurteile 14 Klagen und zwar in der Zeit von weniger als 2 Wochen 13, 2 Wochen bis 1 Monat 1, 1 Monat bis 3 Monate 8, mehr als 3 Monate 8 Klagen. Die geringste Klagesumme betrug 11, die höchste 10 000 Mark. Als Einigungsamt trat das Kaufmannsgericht im Berichtsjahre nicht in Tätigkeit.

Seinen Verletzungen erlegen ist der dreijährige Sohn Will des in der Langhansstraße 148 wohnenden Hauswärters Koebisch, der am Mittwoch beim Spielen auf der Straße von einem Straßenbahnwagen der Linie 68 überfahren und schwer verletzt worden war.

Beim Spielen überfahren und schwer verletzt wurde am Donnerstag der 7-jährige Sohn des Restaurateurs Krüger aus der Wilhelmstr. 2. Der Junge vergnügte sich mit anderen Kindern auf der Straße vor dem elterlichen Hause mit Kesseltreiben. Dabei flog der Krüger auf den Fahrradweg. Der kleine R. erlitt dem Spielzeug nach, ohne auf eine herannahende Kraftdrolsche zu achten. Er geriet gegen das Auto, wurde umgerissen und überfahren. Der Verunglückte erlitt eine klaffende Kopfwunde und innere Verletzungen. Er erhielt im Auguste-Victoria-Krankenhause Notverbande und wurde dann auf Wunsch des Vaters nach der elterlichen Wohnung gebracht.

Nieder-Schönhausen.

Die Frage der Eingemeindung wird innerhalb der Einwohnerschaft wieder aktuell. Bereits im Jahre 1912 wurde die Eingemeindung nach Pankow in öffentlichen Versammlungen sowohl wie auch in der Gemeindevertretung lebhaft erörtert. Das Resultat war, daß die Einwohnerschaft sich für die Eingemeindung erklärte, dagegen hielt der Gemeindevorstand und die Gemeindevertretung eine solche nicht für empfehlenswert. Nachdem die Gemeinde Reinickendorf den Beschluß gefaßt hat, die Eingemeindung nach Berlin zu beantragen, sind für den hiesigen Ort gleichfalls Anlässe geschaffen, die Frage der Eingemeindung von Nieder-Schönhausen in Berlin ernsthaft zu erörtern. Stimmt die Regierung der Eingemeindung Reinickendorfs in Berlin zu, so reizt Nieder-Schönhausen mit einem großen Teil seines Geländes an das Berliner Gebiet heran, dadurch sind die natürlichen Voraussetzungen zu einer Verschmelzung mit Berlin gegeben. Durch eine Eingemeindung würde auch Nieder-Schönhausen nur gewinnen, ganz besonders auf dem Gebiete des Verkehrs-, Schul- und Armenwesens. Bei der demnächst stattfindenden Staatsberatung dürfte sich die Gemeindevertretung mit der Frage der Eingemeindung bereits beschäftigen.

Wernsdorf (Kreis Weesow).

Der Kapitalismus in der Binnen-schiffahrt, und was haben wir vom Parlament zu erwarten, lautete das Thema, das Genosse Lüth in einer hart besuchten Versammlung der Schiffseigner, Boots- und Steuerleute behandelte. Mit Temperament und Wärme schilderte der Redner die technische Entwicklung in der Binnen-schiffahrt. Dem Großunternehmer käme diese Hilfe am meisten zugute, denn vermöge ihrer Kapitalmacht können sich dieselben alle technischen Errungenschaften zunutze machen. Die Regierung, die die Pflicht habe, die wirtschaftlich Schwächeren zu schützen, tue das Gegenteil. Bei gesetzgeberischen Maßnahmen für die Binnen-schiffahrt wende man sich an die Vertreter des Großkapitals. Die Schulbildung sei eine lächerliche und hindere vor allem das spätere Fortkommen des Schiffers. Die schiffahrttreibende Bevölkerung müsse sich losreißen von dem Schlepptau der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie anschließen. Die Ausführungen des Referenten fanden großen Beifall. In der Diskussion forderte Genosse Herbst die Anwesenden auf, sich politisch zu organisieren und mitzukämpfen für die Befreiung der Menschheit.

Mariendorf.

Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung zunächst mit dem Erlaß einer Ortspolizeiverordnung über den Verkauf von Speisefeis und kalten Getränken an Kindern unter 14 Jahren. Begründet zu der Vorlage wurde auf die gesundheitlichen Schädigungen verwiesen, denen die Schulkinder durch diesen Verkauf ausgesetzt sind. Nach kurzer Debatte wurde die Vorlage, weil gegen die Gemeindefreiheit verstoßend, abgelehnt. Angenommen wurde ein Ortsstatut, welches die Reisekosten bei Dienstreisen der Beamten regelt. Gegen die Gemeindefreiheitsliste waren von bürgerlicher Seite mehrere Einsprüche erhoben. Diese mußten jedoch, weil gegen die Landgemeindevorstellung verstoßend, zurückgewiesen werden. Genosse Reichardt gab den bürgerlichen Vertretern bei dieser Gelegenheit den Rat, dafür einzutreten, daß die reaktionären Bestimmungen der Landgemeindevorstellung beseitigt werden. Bei der Neuregelung der Zahlung und Befoldung an nicht beamtete Personen (einschließlich der Arbeiter) in Krankheitsfällen, beschloß die Vertretung nach dem Antrage des Gemeindevorstehers dahin, daß bei Krankheitsfällen die Gemeinde den Differenzbeitrag zwischen Krankengeld und Lohn zahlt. Die Ausarbeitung der Vorlage wurde einer Kommission überwiesen. Für polizeidirektive Untersuchungen wurden 850 M. gefordert und bewilligt. Nachdem der Gemeindevorsteher von dem Ausgange eines für die Gemeinde günstigen Prozesses Mitteilung gemacht hatte, erfolgte Schluß der öffentlichen Sitzung.

Pankow.

Der örtliche Bildungsausschuß beruht am Sonntag, den 15. Februar, eine Besichtigung des Krematoriums in Treptow. Die Teilnehmer treffen sich bis spätestens 9 Uhr früh vor dem Ringbahnhof Schönhauser Allee und fahren dann gemeinsam bis Baumhuldenweg (in Treptow umsteigen). Jeder Teilnehmer hat 10 Pf. zu zahlen. Für sachgemäße Führung und Erläuterung ist gesorgt. — Ferner macht der Bildungsausschuß auf die Jugend-

Schriften-Ausgabestelle, welche sich bei Rihmann, Köhlerstr. 30 (Vorwärts-Redaktion) und im Friseurgeschäft Otto Sevede, Wechmstraße 20, befinden, aufmerksam. Eine Leihgebühr wird nicht erhoben, sondern es hat jedes Kind nur beim Abholen des ersten Buches 10 Pf. Pfand zu hinterlegen.

Rallberge-Rüderdorf.

Die letzte Gemeindevertreterversammlung gab zunächst einer Aenderung der Hundesteuerordnung sowie des Ortsstatuts über die Reinigung öffentlicher Wege usw. ihre Zustimmung. Die Aufhebung der Verzugsabgabe, soweit dieselbe die Gemeinde betrifft, wurde genehmigt. — Dem Bericht über den Stand der Bahnanangelegenheit ist zu entnehmen, daß die Prozeßsache für die hiesige Gemeinde günstig steht. — Nach Verlesung des Voranschlags für 1914/15 wurde beschlossen, den Haushaltsplan in nächster Sitzung festzusetzen. Das Gehalt des Gemeindevorstehers soll um 500 M. (also auf 4000 M.) erhöht und für Reklamezwecke dem Bürgerverein ein Betrag von 850 M. zur Verfügung gestellt werden.

Rosowes.

Gemeindevertreterversammlung. Der Bürgermeister teilte zunächst mit, daß er entsprechend den Forderungen der vom sozialdemokratischen Wahlverein Ende vorigen Jahres eingereichten Petition, betreffend Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, sich an den Eisenbahnminister mit den Ersuchen gewandt habe, bei Einstellung von Arbeitskräften am hiesigen Bahnbau vor allem ortsanfällige Arbeiter zu berücksichtigen. In dem hierauf ergangenen Bescheide weist der Minister darauf hin, daß die Arbeiten von Unternehmern auszuführen werden, die verpflichtet seien, vor allem inländische Arbeiter zu beschäftigen. Wie ihm bekannt sei, wären bisher auch hiesige Arbeiter sowie solche aus der Umgebung in größter Zahl beschäftigt worden, die allerdings bei Einstellung der Arbeiten wegen starken Profites entlassen werden mußten. Nach Wiederaufnahme der Arbeiten würden die Unternehmer sicherlich auch weiterhin hiesige Beschäftigungsmöglichkeiten berücksichtigen. — Die in der Sitzung vom 17. September v. J. beschlossene neue Friedhofs- und Friedhofsgebührenordnung soll den von den kirchlichen Körperschaften geäußerten Wünschen entsprechend dahin abgeändert werden, daß die Festsetzung der für Beerdigungen bestimmten Zeit im Einverständnis mit dem zuständigen Geistlichen erfolgt, ferner daß Beerdigungen in einstündigen Abständen unter Zulassung von Änderungen stattfinden. Mit der vorgeschlagenen Umbenennung des Wortes Leichenhalle in „Friedhofshalle“ erklärte sich die Vertretung gleichfalls einverstanden, die geforderte Mitwirkung der zuständigen Geistlichen bei Prüfung der Grabinschriften lehnte sie jedoch ab. Auf welche es in der Stadt der Gemeindeverwaltung liegt, antwortete der Bürgermeister selbst beiseite zu lassen. Die kirchlichen Körperschaften hatten weiter beantragt, die Zeit für Beerdigungen an Sonntagen zu erweitern oder aber die Beerdigungen an diesen Tagen ganz aufzuheben. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. — Die Schulordnung für die höheren Lehranstalten wurde dahin abgeändert, daß eventuelle Befreiung vom Schulgeld nicht gleichzeitig von der Zahlung der Gebühren für Benutzung der Schülerbibliothek entbunden. — Der letzte Punkt: „Erste Lesung des Gemeindehaushalts-Voranschlags für 1914“, mußte von der Tagesordnung abgesetzt werden, da der Voranschlag noch nicht im Druck vorgelegt werden konnte.

Vergelbe (Niederbarnim.)

Die Situation der bevorstehenden Gemeindevahl beginnt sich zu klären. Die Annahme, daß sich diesmal eine selbständige „liberale“ Gruppe im Grundbesitzerverein bemühen werde, und die 3. Klasse und den Wörtern die 2. Klasse freigeit zu machen, ist dahin. Unter dem diktatorischen Interimsvorsitz des Kriegervereinsobershauptes ist durch Vergewaltigung und Rundtrottmachung einer Minderheit die Vorstandswahl vorgenommen und die sprichwörtliche „Einigkeit“ hergestellt, nicht ohne daß bei dieser Gelegenheit der freundliche „Zusatz“ dem Hauptakteur eine Unterstützung von 60 M. für das Adressbüchlein — eine Großstadt wie Vergelbe mit circa 530 richtigen Seelen braucht ein solches dringend — einbrachte, das dieser Herr Jahr für Jahr in die Welt setzt. Das Unglaubliche aber, was die siegestolle Mehrheit sich leistete und womit sie Selbstenmannung begeht, ist die Bewilligung eines Wahlfonds von 50 M., welcher dem — Gemeindevorsteher überwiesen werden soll. Und zu diesem Wille die Mitteilung einer Wählerin der 3. Klasse, daß der Herr Gemeindevorsteher sie um die Vollmacht ersucht hat. — Mit Befriedigung sehen wir in diesen Symptomen die helle Angst der Ordnungsliebenden, unsere Hoffnung, den letzten Sitz der 3. Klasse zu erringen und so oder so Preche in die 2. Klasse zu legen, könnte sich erfüllen. Nun, wir wollen unsier Möglichstes tun. Aber werden die im C.-V. so schändlich an die Wand Gedrückten sich nicht wehren und die für sie recht günstige Situation in der 2. Klasse begreifen? Warten wir ab! Unsere Wähler ersuchen wir schon jetzt keine Gelegenheit zur Agitation für die Wahl unserer Kandidaten vorübergehen zu lassen, und zwar: des Schneiders und Eigentümers Ludwig Feuer in der 2. Klasse und des Eigentümers Georg Fischer in der 3. Klasse.

Das Stiftungsfest der Freiwilligen Feuerwehr eine hurratriotische Demonstration? Am 21. d. M. findet das künste Entfaltungsfest der hiesigen Freiwilligen Feuerwehr statt und zwar im „Restaurant zur Treue“, das uns bisher beharrlich zu Versammlungen verweigert wurde. Manche Freunde der Wehr müssen daher schon aus diesem Grunde leider der internen Feier fernbleiben. Uebrigens scheint es nicht an Einsätzen zu fehlen, das Fest mit hurratriotischem zu bedrängen, denn unter den sich beteiligenden „Gemeindeförderern“ darf natürlich der Kriegerverein nicht fehlen. An sich ist gegen eine solche Teilnahme nichts einzuwenden, wenn sie ohne Nebenabsichten geschieht. Unserer Personenkennnis nach ist eine Anzahl alterer Wehrliebhaber durchaus nicht geneigt, sich willenslos an „baterländischen“ Demonstrationen mitzubringen, zu lassen es muß deshalb von den Festarrangements erwartet werden, daß sie das Programm neutral gestalten und keiner politischen Richtung Gewalt antun. „Patriotischer“ Gesang und hurratriotischer Schwundwade würde mit Recht den Protest Andersdenkender herausfordern. Zu Ruh und frommen vieler aber sei darauf hingewiesen, daß die aktiven Wehrliebhaber jener am Kadavergehörlich entarteten „militärischen“ Disziplin unterliegen und daß Versuche, die Feuerwehrleute etwa mit Hilfe der Dienstordnung zu Handlungen oder Zeuerungen gegen ihre Ueberzeugung zu pressen, aussichtslos sind, da niemand aus Furcht vor Strafe zur Befehlsgehorsamkeit gezwungen ist.

Spandan.

Stadtverordnetenversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas der Vorsitzende einen Antrag unserer Fraktion, wonach die Stadtverordneten ersucht wurden, gemeinsam mit dem Magistrat beim Landtage um Anschaffung des Hausbesitzerpreklasses und um Einföhrung der geheimen Stimmabgabe für die Kommunalwahlen zu petitionieren. Ueber den Antrag wird in nächster Sitzung verhandelt werden.

Die ersten Vorlagen betrafen die Vermietung von Hofenterrain. Nach kurzer Debatte wurde einem Vertrag mit der Firma M. Bepfel-Berlin über Mietung eines Lagerplatzes im Südbahnhof zugestimmt und für Errichtung von Schuppenbauten und Einrichtung des Platzes 82 300 M. bewilligt. Desgleichen wurde der Marktschen Riesenstraße ein Platz im Südbahnhof von 1000 Quadratmetern zum Preise von 90 Pf. pro Quadratmeter und Jahr vermiethet.

Für den Bau des Oberhauswerks wurde eine Mehrbewilligung von 8848 M. für Ausführung der Erd- und Gründungsarbeiten verlangt. Die Stadt. Weber mitteilte, habe die Hochbaudeputation beschlossen, der hiesigen Firma Makowka den Zuschlag zu erteilen, trotzdem dieselbe 5000 M. mehr verlange wie eine auswärtige Firma, welcher der Magistrat den Zuschlag erteilen sollte. Genosse Pieper wandte sich dagegen, der Firma Makowka den Zuschlag zu erteilen, da diese Firma seinerzeit bei Abklärung der Wälle ausländische Arbeiter bei sehr niedrigen Löhnen beschäftigt habe. Ferner habe die Firma auch beim Aufbauebau fast nur auswärtige Arbeiter beschäftigt. Außerdem sei aber auch der Preisunterschied von 5000 M. bei einem Projekt von rund 50 000 M. zu hoch. Mit 25 gegen 21 Stimmen wurde der Firma Makowka der Zuschlag erteilt.

Ein kräftes Licht auf das Submissionswesen warfen die Beratungen über Zuschlagserteilung auf die Malerarbeiten für den Neubau der 3. Gemeindekirche. Die der Berichterstatter mitteilte, war die Arbeit auf 7250 M. veranschlagt. Nicht weniger als 13 Firmen hätten aber Angebote eingereicht, die zwischen 4880 M. und 6800 M. schwankten und unter dem Selbstkostenpreis blieben. Beschlossen wurde, der Firma Löwe, die 6791 M. verlangt, den Zuschlag zu erteilen.

Die Kinderwagensteuer zu beseitigen, die für das Recht zum Befahren der Bürgersteige erhoben wird, verlangte ein Antrag der Kommunalen Vereinigung. Stadt. Haben begründete den Antrag damit, daß diese Steuer nur rund 2000 M. einbringe und hauptsächlich nur minderbemittelte Leute von der Steuer betroffen würden. Genosse Pieper wies darauf hin, daß seine Fraktion schon wiederholt den Antrag auf Aufhebung dieser unpopulärsten Steuer gestellt habe. Viele Arbeiterfrauen, die ihren Männern das Mittagessen nach der Arbeitsstätte brächten, mühten zu diesem Zweck mit dem Kinderwagen die Straße befahren. Viele armen Leute wären nun nicht in der Lage, die Steuer zu bezahlen, mühten also mit dem Kinderwagen den Fahrdamm benutzen und setzten sich dadurch großen Gefahren aus. Redner trat warm für Beseitigung der Steuer ein. Oberbürgermeister Koelke ersuchte, dieser unzeitgemäßen Steuer ein Mäntelchen umzuhängen, indem er behauptete, eine Kinderwagensteuer existiere überhaupt nicht. Es bestehe eine Polizeiverordnung vom Jahre 1891, wonach die Kinderwagen die Bürgersteige nur befahren dürfen, wenn sie dazu die Genehmigung besitzen und ein Nummernschild zum Preise von 1 M. jährlich haben. Wenn auch von den Stadtverordneten die Aufhebung der Steuer beschlossen wird, so müsse doch erst die Polizeiverordnung mit Zustimmung des Magistrats beseitigt werden, anderenfalls die Leute für Befahren der Bürgersteige bestraft würden. Der liberale Stadt. Dr. Kantorowicz wandte sich in auffälliger Weise sehr scharf gegen die Aufhebung der Kinderwagensteuer und bezeichnete die Ausführungen eines Berliner Blattes in dieser Sache als „kompletten Wahn“, auch sprach er von einer „verlogenen Agitation“ mit der Kinderwagensteuer. Da Stadt. Haben die letztere Reuekerung auf die Kommunalvereinigung bezog, kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen ihm und dem Stadt. Dr. Kantorowicz. Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, die Kinderwagensteuer aufzuheben.

Ueber den Antrag unserer Fraktion, den Magistrat zu ersuchen, eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter vorzunehmen, referierte Genosse Pieper. Redner begründete den Antrag damit, daß seit einigen Jahren trotz der großen Erhöhung der Mieten und Lebensmittelpreise keine Verbesserung der Löhne stattgefunden habe. Weiter müsse die Arbeitszeit verkürzt und an Stelle von Stundenlöhnen Tagelöhne eingeführt werden. Ferner wünscht Redner die Regelung der Bezahlung der Ueberstunden. Der Antrag wurde einer gemischten Kommission überwiesen.

Den zweiten Antrag unserer Fraktion, um den Gasverbrauch in allen Kreisen der Bevölkerung zu verbreitern, den Magistrat zu ersuchen, Koch-, Plättapparate und Beleuchtungsgegenstände den Abnehmern leihweise gegen eine mäßige Gebühr zu überlassen, begründete ebenfalls Genosse Pieper. Redner wies darauf hin, daß diese Einrichtungen schon in vielen Städten eingeführt seien und dort den Gasverbrauch bedeutend gehoben hätten. Auch dem kleinsten Mann müsse es möglich gemacht werden, Gas zu benutzen. Nachdem sich die Stadt. Ruch und Dr. Kantorowicz gegen den Antrag ausgesprochen hatten, wurde derselbe abgelehnt. Auf Antrag unserer Genossen wurde noch die Besprechung über den Bericht der Schulärzte auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt.

Berichtszeitung.

Ein Diebstahlschwindler und Einbrecher.

In eine recht böse Lage ist ein in Charlottenburg in Stellung gewesenes älteres Dienstmädchen durch einen Schwindler versetzt worden, der gestern in der Person des Bäckers Hermann Nag Wöhner vor der 5. Strafkammer des Landgerichts III stand. Das Mädchen war mit dem Angeklagten bekannt geworden, der zwar verheiratet ist, aber als erster Heiratskandidat sich dem Mädchen gegenüber gerierte, indem er ihr vorredete, er stehe schon in Scheidung mit seiner Frau und einer Reueheiratung werde auch bald nichts mehr im Wege stehen. Tatsächlich hatte er es, wie es in den meisten Fällen dieser Art zu registrieren ist, lediglich auf die Erbpfanne des Mädchens in Höhe von etwa 500 M. abgesehen, die ihm auch bis auf den letzten Heller geopfert wurden, obwohl er sich nicht scheute, gelegentlich das Mädchen, wenn es ihm nicht zu Willen sein wollte, aufs ärgste zu mißhandeln. Er ging aber weiter; bei einem Besuche, den er in Abwesenheit der Herrschaft seinem Opfer abhatte, öffnete er einen Schrank des Dienstherrn und stahl daraus 400 M., ohne sich durch die Warnungen und Bitten des Mädchens stören zu lassen. Er selbst flüchtete dann nach Krotoschin, wo er verhaftet wurde. Für das Mädchen hatte dieses Verheißenswort recht schlimme Folgen: sie wurde gestern aus der Untersuchungshaft als Zeugin gegen ihren ehemaligen Liebhaber vorgeführt. Denn es ist inzwischen wegen des von Wöhner begangenen Diebstahls ein Verfahren wegen Veruntreuung bzm. Hehlerei gegen sie eingeleitet worden.

Das Schöffengericht hatte den Angeklagten seinerzeit zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Strafkammer sah mit Rücksicht auf die bewiesene Niedertracht des Angeklagten dem Mädchen gegenüber keine Veranlassung, das erste Urteil zu ändern. Es blieb bei den 1½ Jahren Gefängnis.

Butterfälschung.

In die Geschäftspraktiken eines Butterfälschers leuchtete eine Verhandlung hinein, welche die 134. Abteilung des Amtsgerichts Berlin-Mitte beschäftigte. Wegen wissenschaftlichen Nahrungsmittelbergehens war der Butterengroßhändler Gustav Tuschko angeklagt.

Der schon einmal wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz vorbestrafte Angeklagte betreibt seit längerer Zeit als sogenannter Zwischenhändler ein Butterengroßgeschäft, indem er Butter in größeren Quantitäten bezieht und sie dann in kleineren Pöfen an die Detailgeschäfte abgibt. Vom März v. J. ab wurden bei seinen Abnehmern wiederholt Butterproben entnommen, die bis zu einem Drittel mit Margarine versetzt waren, wie der Gerichtschemiker Dr. Frause feststellte. Um dem Angeklagten von vornherein den Einwand, er habe die Butter schon verfälscht erhalten, abzuschneiden, wurden auch die an ihn gelieferten Butterläufer auf ihren Inhalt untersucht. Nachdem festgestellt worden war, daß diese Butter unversehrt war, wurde in seinen Geschäftsräumen eine

Durchsuchung vorgenommen, bei welcher eine Rischmaschine vorgefunden wurde, wie sie von den Butterfälschern stets benutzt wird. — Durch diese Manipulationen des Angeklagten waren den Abnehmern, zumist kleine Kolonialwarenhändler, Vorzöseschäfte usw. ange Unannehmlichkeiten entstanden, da sie natürlich zuerst in den Verdacht gerieten, die Butter selbst gefälscht zu haben. — Der Staatsanwalt k. Antrag gegen den Angeklagten, der jede Schuld bestritt, 300 M. Geldstrafe. Das Gericht verurteilte ihn zu 200 M. Geldstrafe und legte ihm die recht erheblichen Kosten des Verfahrens auf, unter denen sich allein für die zahlreichen chemischen Untersuchungen ein Posten von 250 M. befindet.

Befristete Aufforderung von Soldaten zum Ungehorsam.

Wegen Vergehens gegen § 122 St.G.B. hat das Landgericht Kiel am 24. September v. J. den Kaufmann Hermann Siegel zu drei Tagen Gefängnis verurteilt. Den Unteroffizieren und Gemeinen der Kaiserlichen Marine war durch Tagesbefehl der Marinestation vom 30. November v. J. verboten worden, bei dem Angeklagten, der Inhaber eines Militäreffektengeschäftes ist, zu kaufen, da er entgegen einer früheren Bestimmung den Soldaten Waren auf Kredit geliefert hatte. Der erwähnte Tagesbefehl, das an die Soldaten ergangene Verbot, ist dem Angeklagten auch bekannt gewesen. Trotzdem versandte er an verschiedene Marineoffiziere Briefe, in denen er sein Geschäft für den Bedarfsfall empfahl und um den Besuch bat. Da ihm bekannt war, daß den Soldaten verboten war, sein Geschäft zu betreten, so lag in diesem Schreiben eine Aufforderung zum Ungehorsam. Daß er sich der Rechtswidrigkeit seines Tuns bewußt war, hat das Gericht aus dem Umstande geschlossen, daß der Angeklagte die Soldaten, denen er seine Offiziersbriefe geschrieben hatte, gebeten hat, Discretion zu beobachten und den Brief sofort zu vernichten. Wegen das Urteil hatte der Angeklagte Revision eingelegt, mit der Begründung, jener Befehl, das erlassene Verbot zum Betreten seines Geschäfts, sei rechtsungültig und unwirksam gewesen; denn eine Vermaltung habe nicht das Recht, durch derartige Erlasse einen Geschäftsmann zu schädigen oder gar zu ruinieren. Das Reichsgericht verwarf indessen am Donnerstag die Revision als unbegründet.

Aus aller Welt.

Die genarrten Regensburger.

Unter gewöhnlichen Sterblichen besteht der ehrwürdige Brauch, Geschenke nicht zu veräußern, wenn nicht gerade die äußerste Not es gebietet. Von einer zwingenden Notlage kann jedoch im bayerischen Königshaus kaum die Rede sein, nachdem erst in allerjüngster Zeit eine beträchtliche Gehaltsaufbesserung erfolgt ist. Trotzdem kommt aus Regensburg die Kunde, daß das dortige Königschloß mit seinem prächtigen Park an das Kloster der Klarissinen, die dort eine Filiale errichten wollen, verkauft worden sei. Aber diesen Königssitz hatte Ludwig I. von Bayern geschenkt bekommen! Die gute und getreue Stadt Regensburg hatte damals den Ehrgeiz, wenigstens vorübergehend Residenz zu sein, und dem König, um ihn der Wohnungssorge zu entheben, das wertvolle städtische Grundstück schenkungsweise übergeben. Nun ist es in fremden Besitz übergegangen, ohne daß die Königstreuen Regensburger eine Ahnung und wenigstens die Gelegenheit hatten, es selbst zurückzukaufen. Sie sind sehr betrübt, hatten sie doch jetzt gerade gehofft, daß der neue König zuweilen in Regensburg residieren würde, um von dem Geschenken einen zweckentsprechenden Gebrauch zu machen. Die armen Enttäuschten! Erst hatten sie keinen richtigen König, und nun haben sie auch kein Königschloß mehr. . . .

Ein opferwilliger Seelenhirte.

In der in Bonn erscheinenden kirchlichen „Deutschen Reichszeitung“ befand sich vor einigen Tagen dieses Inserat:

Kath. Geistlicher

ist bereit, gegen Erstattung der Unkosten (auch teilweise) für andere Personen die Reise nach Lourdes mit dem Pilgerzug im Mai d. J. zu unternehmen. Gest. Anfragen unter N. 690 an die Geschäftsstelle baldigst erbeten.

Also eine Heilung auf Fernwirkung! Ob dieser Wohlthäter der Menschheit wirklich Dumme gefunden hat, die ihm die Reisekosten bezahlen, wissen wir nicht. Aber auch so macht sich das kirchliche Kulturbildchen schon sehr schön.

Korruption beim Eisenbahnbau in Kanada.

Die „Times“ melden aus Ottawa vom 15. d. M.: Die von der Regierung zur Untersuchung des Cases der transkontinentalen Grand-Trunk-Eisenbahn eingesetzte Kommission erklärt in ihrem Bericht, der dem Unterhause vorgelegt worden ist, daß nicht weniger als hundertfünfzig Millionen Mark bei diesem Bau zwecklos ausgegeben worden sind. Die Kommission schätzt die Kosten der Bahn auf rund neunhundertvierzig Millionen an Kapital und Zinsen. Der Bericht tabelt, daß die Kontrakte, die vergeben wurden, zu groß waren, und daß die ganze Arbeit nur elf Firmen übertragen wurde. Diese Firmen profitierten 35,2 Millionen Mark für einen Teil der Arbeiten, die sie weiter vergaben. Der Bau der Strecke in Neu-Braunswweig sei überhaupt nicht zu realisieren und sei nur in Angriff genommen worden, um der Regierung Wähler zu gewinnen.

Kleine Notizen.

Schwere Betriebsunfälle. Beim Rangieren wurde in Kottbus am Donnerstag der Rangierer Reichel überfahren und auf der Stelle getötet. Einige Stunden später fiel der Hilfslokomotivführer Kössel beim Besteigen einer Bremse herab und kam unter die Räder. Auch er wurde getötet. Beide Verunglückte waren verheiratet. Kössel hinterläßt auch Kinder.

Opfer der Kälte. In New York herrscht seit einiger Zeit andauernd strenge Kälte. Am Donnerstag sind in der Stadt acht Menschen erfroren.

Untergang eines Dampfers. Aus Kingston auf Jamaica wird gemeldet, daß der englische Dampfer „Milton“ zwei Meilen von der Küste entfernt auf der Höhe von Sherborn gesunken sei. Der Kapitän wurde gerettet. Acht Personen sind ertrunken.

Gräßlicher Unfall. In den Walzwerken der Krupp'schen Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen geriet Freitag morgen der mit Reparaturen beschäftigte Schlosser Oskar Heidmann in eine Spindel und wurde mehrere Male herumgeschleudert. Als man die Maschine stillsetzte, fand man den Verunglückten tot vor. Kopf, Arme und Beine waren vollständig vom Rumpf getrennt worden.

Drei Mädchen überfahren und getötet. Freitag nachmittag wurden in Trobes (Frankreich) drei Mädchen von 11 bis 12 Jahren auf dem Wege zur Schule beim Ueberqueren der Gleise von einer Rangiermaschine erfasst und überfahren. Alle drei wurden getötet.

Neue Erdstöße in Nordamerika. Die Erdbebewegung im Osten Nordamerikas ist noch nicht zur Ruhe gekommen. Sowohl in Kanada wie in den Nordoststaaten der Union machten sich gestern nacht heftige Erdstöße bemerkbar.

Oswald Naefe

Färberei u. Chemische Wäscherei

Fabrik: Britz Rudower Str. 34 Tel.: Nk. 208

Färben und Reinigen von Garderoben, Innendekorationen, Polstermöbeln usw. Gardinen-Wäscherei, Mehan. Teppich-Schüttelwerk.

Kul. Bedienung, Bill. Preise. Abholung u. Zustellung kostenlos. Filialen in Neukölln: Bergstr. 74, Bergstr. 161, Saalestraße 7, Kaiser-Friedrich-Str. 248 (Hermannplatz), Kaiser-Friedrich-Straße 82, Kaiser-Friedrich-Straße 195, Münchener Straße 36/37, Ecke Mainzer Straße, Steinmetzstr. 43, Friedelstraße 34, Knebeckstr. 119, Ecke Hermannstr., Weserstr. 16, Emserstr. 16/17, Teupitzer Str. 106. Berlin 8: Gräfestr. 82. Schöneberg: Goltzstr. 12, Sedanstr. 1, Akazienstr. 4, Hauptstr. 108.

Zöpfe 850

a. langem Haar, ca. 70 cm lang, nur ... Mark Doppelzopf „Edith“ 90 cm lang nur 5.— M. Doppelzopf ohne Kord., 110 cm lang, nur 12.— M. Verführung ohne Kaufwang. — Weibl. Bedienung, 5% vergibt bei Vorzeig. dieser Annonce. Haarhaus Richard Laub, Neukölln, Berlin-St. 103, a. Herm.-Pl. Papr. Neuk. 1731 Belle-Alliance-Str. 36, zwisch. Baruther u. Guelisenstr. Fernspr. Litz. 142. Separ. Salons für Haar-Ärb., Kopfwäsche, Ondulieren usw. Man verlange direkte Zusendung der Illustr. Preisliste.



ZUR EINSEGUNG!

M. SCHULMEISTER KOTTBUSER THOR, EINSEGUNGS-ANZÜGE in schwarz von 14-40 Mk. in dunkelblau von 16-45 Mk. PRÜFUNGS-ANZÜGE in den neusten Formen von 12-36 Mk.



Es kommen nur eigene Fabrikate zum Verkauf

Schnellsohlerei

Neukölln, Ziethenstr. 44 F. Erlich. Herrensohlen u. Abdrücke 2.50 Damen " " " 1.50 Kinder " " " 0.70-1.70 Gummifüße von 25 Pf. an = Befehlung in circa 30 Minuten. =

Buchhandlung Vorwärts — Lindenstr. 69. Laden — Wichtig für jeden preußischen Steuerzahler Führer durch das preußische Einkommensteuer-Gesetz Vom Arbeitersekretär Rud. Wissell mit 19 Formularen für Reklamationen. Preis 30 Pf.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Süden

Erscheint wöchentlich einmal. Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

| | | | | | | | | | |
|--|---|--|---|--|--|--|---|--|---|
| Badeanstalt. Augusta-Bad, Köpenick, St. 60 Liedr. sämtl. Krankenkassen Lindenbad, Lindenstr. 100 Johanna-Bad, Zossen, St. 34 Liedr. sämtl. Krankenkassen | Blumen und Kränze W. Thiedke, Neukölln Hermannstr. 64 E. Weber, Kottbusdamm 15 Tel. Moritzpl. 6935. | Butter, Eier, Käse Kauft „Märkische Perle“ Mecklenburger Paris Märkische Perle Bergstr. 143, Kaiser-Friedr. Str. 47 Kottbusdamm 21, F. Woll, Seck. Märkische Perle allerfeinste Pflanzenbutter. Neukölln, Kirchhofstr. 19 E. Frenger, Bernerstr. 22. W. Melzer, Emserstr. 114 1/2 frisch-Naturbutter | Fahrräder, Nähmasch. Gust. Wolf, Britz Geschäft, Chausseestr. 23 I. Geschäft, Redowerstr. 2 Verk. erstkl. Mark., Teilzahl. post | Herrenartikel H. Krüger, Waldemarstr. 76 Kaufhaus Mariendorf Er. Radau, Niederchusenstraße Berlinerstr. 109. | Möbel-Fabrik. u. -Magazine Rich. Barasch Schlesische Str. 40 a. Verkauf zu Fabrikpreisen. Fischlermeister G. Menchner Gräferstr. 2, Vis-à-vis Janderl Liefer. gut und billig. Möbel-Storch 98 Skalitzerstraße 98 Spezialist f. 1 u. 2 Zimmerricht. K. Bollmann, Roddinst. 61 Kf. Zahlangelief. | Schuhwaren u. Besohlenst. J. Czapiewsky, Neukölln Berlinerstr. 39 N. Getika, Mariend. Chausseestr. 170 Inf. 2. Kass.-Gassensch. Frits Hennig, Tempelhof Berlinerstr. 100 Kuntzsch, Kottbusdamm 23-25 Schuh-Fabrikpreis C. Kühn, Neukölln, Bergstr. 52 Schuh- u. Herrenstr.-E. Wolkstein's Schuhwarenhaus u. Rep.-Werkst., Gratzstr. 26 Robert Rau, Charlottenburg Tegelstr. 6. Eug. Schön, Baumgartenweg Bismarckstr. 95. Jul. Schülke, Mariendorf Chausseestr. 300 | Cöpenick Gustav Richter Cöpenick u. Oberschönweide. Eigene Werkstätten für mod. Wohnungseinrichtungen mit elektrischem Betrieb. Auf Wunsch sende Vertreter | | |
| Bäcker- u. Konditoreien Bäckerei Nordstern Inh. Gust. Müller Filialen in Hies., Orta u. Umgebung. C. Anders, Okerstr. 11, Spez. Gutes Schmeckb. Drei Joh. Bernhard, Schillerstr. 23. Bek. gute Qualität G. Bröge, Leykostr. 18. gutes großes Brot Arthur Friedrich, Bernerstr. 3 A. Gemeinhardt, Adalbert- straße 92. K. Grundt, Neukölln, Siegr. Str. 22, 1/2gl. Zmal fr. Backw. Bern. Nierse, Thüringerstr. 17. Max Rastan, Kaiser-Friedrich- straße 103. H. Kodmehl, Waldemarstr. 46. E. Brot, Backwaren. C. Krieckel, Münchenerstr. 25 gute Kek., Torten bill. B. Krüger, Wilmannstr. 23 gut. Koggebr., Backw. G. Leclair, Kottbus- damm 12. Wilh. Meinicke, Lindenstr. 76. Kronenstr. 72. Berth. Meyer, Reichenberger- straße 79-80 Felix Scholze, NK. Sprem- bergerstr. 4. K. Walter, Köpenickerstr. 74 Ring. Obststr. H. Walter, Saakilla, Weinst. 15 empf. sich f. vorzügl. Backw. P. Wendt, Schillerpromenade 29 Anerkannt gute Kuchen. | Cigaretten-Fabrik Frei Rauch ff. Qualitätsgigaretten Neukölln, Kirchhofstr. 19 Ami Neukölln 1746 | Cigarren und Tabake R. Maab, Kottbus- damm 83-86. Johann Sauer, Hermannstr. 124 Bekannt Hermannstr. | Fischhandlungen u. Räucherwaren C. Dittmann, Neukölln, Berlinerstr. 48 Paul Franke, Neukölln, Gute Räucherwaren W. Heppner, Brückerstr. 5a. Niederw. 1/2gl. frisch M. Winkler, Kottbusdamm 20. Tel. Bernstr. 11204. | Herrengard. Fr. Kling, Lausitzerstraße 51. Auch Stoffangabe. | Hüte und Herrenartikel Huthaus Norden Dresdenerstraße 120. Brunnenstr. 53. Badstr. 65. Chausseestraße 55. | Uhren, Gold- u. Silberwaren Auerbach, Neukölln, Bergstr. 27 Verz. Glas 1/2, Uhr P. Bähr, Skalitzerstr. 10. Neu u. Rep.-Werkst. J. Bösenroth, Melchiorstr. 37 Trepow, Detroggerstr. 2 F. Dörband, Köpenickerstr. 60 gegründ. 1888. S. Fenske, Kottbusdamm 99 Streng reell, anerkannt bill. Kleinschmidt, Ankerstr. 13, vis-à- vis d. Thal-Theat. W. Lehmann, Kottb. Damm 24 Reelle fachmännisch. Bedien. A. Löttringhaus, Köpenick, Kaiser-Friedrichstr. 61 A. Michaelis, Mariendorf Chausseestr. 256 G. Schönemann, Neukölln Berlinerstr. 78 R. Wegner, Secklin, Bergstr. 58 streng reell, anerkannt billig C. Werner, Zossenstr. 20 Reelle fachmännisch. Bedien. | Mariendorf Hubertus-Drogerie, Chausse- str. 30 Otto Ladwig, Drogen, Farben Chausseestr. 46. H. Loose, Eisenw., Wirtschafts- artik. Chausseestr. 294 | | |
| Beerdigungs-Anst. Jul. Grieneisen Neukölln Berlinerstr. 7-9, Tel. 1298. Holz- und Metallergfabrik mit eigenem Fuhrpark. Feuerbestattung Otto Rengers Wienerstr. 28. Max Fuchs, Oppelnerstr. 1. Frank. Allie nur 170. Hermann Kaufh. Julius Tharich Oranienstr. 84-86 Tel. Nk. 1482 P. Rosenmann, Reichenbergerstr. 129 Feuerbest. Incl. Sepulchr. 150 Mk. | Drogen und Farben Drogerie „Komet“ Kosmetisch, Laborator., Neu- kölln, Schillerprom. 33, F. 1448. Berthold Steuer Wienerstraße 55 Telephon: Moritzplatz 844 G. Behm, Drog.-Versandhaus W. Carl's, Neuk., Elbest. 9-10 Brandts Drogerie, Neukölln Thüringerstr. 37 Drogerie zum Hohenstaufen H. Fokker, Berlin 159, Schillerstr. 11 Drogenhaus N. Pasche Berlinerstr. 11, 1/2gl. Samenartik. K. Klauhs Drogerie, Neukölln Kaiser-Friedrichstr. 33a, Gummi Linden-Drog., Lindenstr. 10 Adalbertstr. 60 H. Eisen, Farb., Drog., Seifen Drogenhaus Julius Condt, Zossenstr. 31, 1/2gl. Bedarfsartikel | Damen-Putz P. Weidemann Oranienstrasse 30 Spezialität: Federhüte Abonnenten erhalten 5% Maria Weinhold, Wrangelstr. 49 | Fleisch- und Wurstwaren Wurst, Speck und Schinken Richard Gröger Kottbusdamm 14 Rich. Decker, Wienerstr. 33. P. Dreger, Falkstraße 20 prim. Aufschnitt. Edvard Farrenkopf, Glogauer Str. 18. G. Kehrberg, Adalbertstr. 48 1/2 Fleisch- u. Wurstw. Heinr. Matzker, Hermann- str. 228 G. Regher, Karligarten 16 2. Fleisch- u. Aufschn. Gh. Riedel, Wilmannstr. 1. K. Rittermann, Trepow, Hiesestr. 37 H. Schmidt, Nogatstr. 23 gute Bezugsquelle. H. Sahib, Lessingstr. 18. ff. Aufschnitt. P. Schmidt, Falkstraße 3 F. Fleisch- u. Wurstw. | Hüte und Herrenartikel Alwin Bogen, Kottbus- damm 7. Lange Nachl., Brüg Chausseestr. 75 E. Liebenau, Nkln., Niensta. 1 Spez. Krakenwies. Gottl. Mühlwinkel, Kranold- straße 12. A. Meißner, Böhmische Str. 14/15 Spez. Mohl- u. Esservan. K. Pickert, Kirchhofstr. 14 bekannt gute u. bill. Qual. E. Piltz, Nkln., Bergstr. 101 Mohl- u. Delikatessen. O. Steffen, Nkln., Bergstr. 101 Mohl- u. Delikatessen. | Kolonialwaren. Delikatessen. L. André, Okerstr. 47, gute billige Quelle. Alwin Bogen, Kottbus- damm 7. Lange Nachl., Brüg Chausseestr. 75 E. Liebenau, Nkln., Niensta. 1 Spez. Krakenwies. Gottl. Mühlwinkel, Kranold- straße 12. A. Meißner, Böhmische Str. 14/15 Spez. Mohl- u. Esservan. K. Pickert, Kirchhofstr. 14 bekannt gute u. bill. Qual. E. Piltz, Nkln., Bergstr. 101 Mohl- u. Delikatessen. O. Steffen, Nkln., Bergstr. 101 Mohl- u. Delikatessen. | Wachstuch, Linoleum Schulz & Kupfer, Th. Schiew. Läufertstr. 12 | Neukölln Milch-Schmidt Neukölln Hermannstr. 53 u. Hermannstr. 96/96 Berlinerstr. 75, Bergstr. 157 Kais. Friedr.-Str. 214, Secklinermastpl. Butter nur eig. Fabrikation in eig. Meiereien hergestellt. | | |
| Beleuchtungsgegenstände Beleuchtungshaus Oranien- str. 295, Gasstr., Petroleum. Neukölln, Beleuchtungsanst., K. Leischner, Kottbusdamm 62. | Eisen, Stahl, Waffen O. Ald, Kaiser-Friedrichstr. 4 Stahlw. Haus, Kuchgr. O. Anders, Kottbusdamm 6 Albert Kniehase, Skalitzer- straße 46b. G. Mayer, Haus- u. Küchenger. Fr. Paschke, Wienerstr. 55. Färberei und Waschanstalt Görz, A. W. Halberstadt, u. Schwedow Hiesenstr. 4, Abbanst. Trübschl. Str. 3 | Kino-Theater Kuckuck-Theater Kottbusdamm 92 Größtes Theater Neuköllns 1000 Plätze Wöchentl. 3 mal Programm w. Erstkl. Vorführung. Sol. Preise. Lichtbild-Theater Hausfotzer, Schlesischestr. 42 Weltbiogr.-Theat. Schlesische Str. 39/40. | Linoleum, Wachstuche H. Schönwald, Neukölln, Kottbusdamm 7. Maßgesch. f. Herrenmoden Albert Lütlin, Neukölln Hermannstr. 207 Rosenau, Okerstr. 16, fertigt alle moden an, auch w. Stoff hat | Mehhandl. Kolonialw. Grotte & Gomschelt Schlesische Str. 46, Esservan- Veranstalt. J. Hintz, Adalbertstr. 34, Mohl- handl. u. Kolonialw. Bruno Maab, Neukölln Berlinerstr. 12. A. Schlemitz, Mariannenstr. 14 W. Sackow, Wrangelstr. 76. | Molkereien Sanitäts-Molkerei, Thomas Neukölln, Bergstr. 130 Filialen: Ziethenstr. 19, Roddinst. 62, Weserstr. 48. H. Poppmann, Milch, Butter, Käse Kottbusdamm 8. | Restaurants Gesellschaftshaus Britz Inh. Adolf Becker Saal f. Verein u. Festlichkeit. empf. Jed. Sonnt. groß. Ball. C. Maler, Hermannstr. 149. gute Speis. u. Getr. Ludwig Hirsch, Central- Kino, Nkln., Hermannstr. 130 | Wild und Geflügel J. Lasnitzki Spez. Gänse- u. Wildgeschäft. Kottbusdamm 66-67, Wrangelstr. 77. Wienerstr. 37, Oranienstr. 18. A. Hauns, Fuldastr. 15, Gänse- auschickl., Ideal-Passage. H. Schöning, Ankerstr. 22, Spezial- Gänse- u. Gänsefleisch. Max Zobel, Wrangelstr. 48 T. 10416. Moritzpl. | Neukölln Wild - Geflügel - Fische. F. Höchst, Steinmetzstr. 117. Jr. Fleisch- u. Wurstw. W. Knüppel, Eisen-, Stahlw. Elbest. 24 Inf. 4. Kass.-Gass. Bäckerei, Konditor, Schillerpromenade 13 Th. Sellach, Eisen- u. Stahlw. Hermannstr. 45. M. Zimdars, Beker, Konditor, Secklinermastpl. 27 | |
| Bettfedern Berta Pfleider, Wienerstr. 17 Laden | Drogenhaus Haeblerlein Photo-Centrale Farben, Parfümerien Krankenk.-Lieferant Gratzstr. 21, Ecke Bouchéstr. | Musikinstr. O. Jahre, Britzerstr. 10, Mehan. Reparat. Bußort bill. | Patentanw. Wessel, Gilschinerstraße 94a A. Müller, Mariend. Chausseestr. 81. Tel. Nk. Moritzpl. 9442 | Phot. Ateliers H. Böbers, Neukölln, Saale- str. 1, an Ringbahn K. Kloster, Skalitzerstr. 33 Ecke Lübbenerstr. | Robtschlächt. Robtschlächtere R. Seeger Oppelnerstr. 40, u. Schles. Tor. Empf. prima Ware Täglich Fohlenfleisch. | Seifen Gretentus, Mariendorf Chausseestr. 273. W. Schulze, Schlesische Str. 33. Spez. u. Selbstgeschickl. | Wachstuch, Linoleum Schulz & Kupfer, Th. Schiew. Läufertstr. 12 | Wirtschaften Etablissements. Ost-Afrika-Lichtspiele Reichenbergerstraße 19 Erstklassiges Programm Dienstag u. Sonntag, 8-10 Uhr Vorträge über uns. Kolonien | Zahnpraxis Dent. Wiessmann, Teltow Dr. 9-7, Sonntags 9-10-1. Klinerstr. H. Papentul, Kottbusdamm 14 Tel. 1191 Moritzpl. P. Schremmer, Wienerstr. 69. Eskaliterstr. 50 II |

| | | | |
|---|--|--|--|
| Fahrräder, Nähmasch. Gust. Wolf, Britz Geschäft, Chausseestr. 23 I. Geschäft, Redowerstr. 2 Verk. erstkl. Mark., Teilzahl. post | Herrenartikel H. Krüger, Waldemarstr. 76 Kaufhaus Mariendorf Er. Radau, Niederchusenstraße Berlinerstr. 109. | Möbel-Fabrik. u. -Magazine Rich. Barasch Schlesische Str. 40 a. Verkauf zu Fabrikpreisen. Fischlermeister G. Menchner Gräferstr. 2, Vis-à-vis Janderl Liefer. gut und billig. Möbel-Storch 98 Skalitzerstraße 98 Spezialist f. 1 u. 2 Zimmerricht. K. Bollmann, Roddinst. 61 Kf. Zahlangelief. | Schuhwaren u. Besohlenst. J. Czapiewsky, Neukölln Berlinerstr. 39 N. Getika, Mariend. Chausseestr. 170 Inf. 2. Kass.-Gassensch. Frits Hennig, Tempelhof Berlinerstr. 100 Kuntzsch, Kottbusdamm 23-25 Schuh-Fabrikpreis C. Kühn, Neukölln, Bergstr. 52 Schuh- u. Herrenstr.-E. Wolkstein's Schuhwarenhaus u. Rep.-Werkst., Gratzstr. 26 Robert Rau, Charlottenburg Tegelstr. 6. Eug. Schön, Baumgartenweg Bismarckstr. 95. Jul. Schülke, Mariendorf Chausseestr. 300 |
| Fischhandlungen u. Räucherwaren C. Dittmann, Neukölln, Berlinerstr. 48 Paul Franke, Neukölln, Gute Räucherwaren W. Heppner, Brückerstr. 5a. Niederw. 1/2gl. frisch M. Winkler, Kottbusdamm 20. Tel. Bernstr. 11204. | Herrengard. Fr. Kling, Lausitzerstraße 51. Auch Stoffangabe. | Hüte und Herrenartikel Huthaus Norden Dresdenerstraße 120. Brunnenstr. 53. Badstr. 65. Chausseestraße 55. | Uhren, Gold- u. Silberwaren Auerbach, Neukölln, Bergstr. 27 Verz. Glas 1/2, Uhr P. Bähr, Skalitzerstr. 10. Neu u. Rep.-Werkst. J. Bösenroth, Melchiorstr. 37 Trepow, Detroggerstr. 2 F. Dörband, Köpenickerstr. 60 gegründ. 1888. S. Fenske, Kottbusdamm 99 Streng reell, anerkannt bill. Kleinschmidt, Ankerstr. 13, vis-à- vis d. Thal-Theat. W. Lehmann, Kottb. Damm 24 Reelle fachmännisch. Bedien. A. Löttringhaus, Köpenick, Kaiser-Friedrichstr. 61 A. Michaelis, Mariendorf Chausseestr. 256 G. Schönemann, Neukölln Berlinerstr. 78 R. Wegner, Secklin, Bergstr. 58 streng reell, anerkannt billig C. Werner, Zossenstr. 20 Reelle fachmännisch. Bedien. |
| Fleisch- und Wurstwaren Wurst, Speck und Schinken Richard Gröger Kottbusdamm 14 Rich. Decker, Wienerstr. 33. P. Dreger, Falkstraße 20 prim. Aufschnitt. Edvard Farrenkopf, Glogauer Str. 18. G. Kehrberg, Adalbertstr. 48 1/2 Fleisch- u. Wurstw. Heinr. Matzker, Hermann- str. 228 G. Regher, Karligarten 16 2. Fleisch- u. Aufschn. Gh. Riedel, Wilmannstr. 1. K. Rittermann, Trepow, Hiesestr. 37 H. Schmidt, Nogatstr. 23 gute Bezugsquelle. H. Sahib, Lessingstr. 18. ff. Aufschnitt. P. Schmidt, Falkstraße 3 F. Fleisch- u. Wurstw. | Hüte und Herrenartikel Alwin Bogen, Kottbus- damm 7. Lange Nachl., Brüg Chausseestr. 75 E. Liebenau, Nkln., Niensta. 1 Spez. Krakenwies. Gottl. Mühlwinkel, Kranold- straße 12. A. Meißner, Böhmische Str. 14/15 Spez. Mohl- u. Esservan. K. Pickert, Kirchhofstr. 14 bekannt gute u. bill. Qual. E. Piltz, Nkln., Bergstr. 101 Mohl- u. Delikatessen. O. Steffen, Nkln., Bergstr. 101 Mohl- u. Delikatessen. | Kolonialwaren. Delikatessen. L. André, Okerstr. 47, gute billige Quelle. Alwin Bogen, Kottbus- damm 7. Lange Nachl., Brüg Chausseestr. 75 E. Liebenau, Nkln., Niensta. 1 Spez. Krakenwies. Gottl. Mühlwinkel, Kranold- straße 12. A. Meißner, Böhmische Str. 14/15 Spez. Mohl- u. Esservan. K. Pickert, Kirchhofstr. 14 bekannt gute u. bill. Qual. E. Piltz, Nkln., Bergstr. 101 Mohl- u. Delikatessen. O. Steffen, Nkln., Bergstr. 101 Mohl- u. Delikatessen. | Wachstuch, Linoleum Schulz & Kupfer, Th. Schiew. Läufertstr. 12 |
| Galanterie- u. Lederwaren J. Szobrys, Skalitzerstr. 2. Hüter, H. Lederw. | Gummiwaren Schulz N. F. Müller, Adlershof Hilmarstr. 5, Sport- u. Käseerzeugn. | Haus- und Küchengeräte G. Achziger, Oberschönweide Edenstr. 19 Hiesev. A. Gärtner Nachl., Nieder- schönweide, Berlinerstr. 127. Fr. Havenstein, Kaiser-Friedr. Str. 204 5 A. Meyer, Oberschönweide Luisenstr. 15 Hiesev., Esservan Sjgusch, Adalbert, Bismarck, Eke, Arndtstr., u. Art. u. Garten u. Hiesev. | Restaurants Gesellschaftshaus Britz Inh. Adolf Becker Saal f. Verein u. Festlichkeit. empf. Jed. Sonnt. groß. Ball. C. Maler, Hermannstr. 149. gute Speis. u. Getr. Ludwig Hirsch, Central- Kino, Nkln., Hermannstr. 130 |
| Kino-Theater Kuckuck-Theater Kottbusdamm 92 Größtes Theater Neuköllns 1000 Plätze Wöchentl. 3 mal Programm w. Erstkl. Vorführung. Sol. Preise. Lichtbild-Theater Hausfotzer, Schlesischestr. 42 Weltbiogr.-Theat. Schlesische Str. 39/40. | Molkereien Sanitäts-Molkerei, Thomas Neukölln, Bergstr. 130 Filialen: Ziethenstr. 19, Roddinst. 62, Weserstr. 48. H. Poppmann, Milch, Butter, Käse Kottbusdamm 8. | Mehhandl. Kolonialw. Grotte & Gomschelt Schlesische Str. 46, Esservan- Veranstalt. J. Hintz, Adalbertstr. 34, Mohl- handl. u. Kolonialw. Bruno Maab, Neukölln Berlinerstr. 12. A. Schlemitz, Mariannenstr. 14 W. Sackow, Wrangelstr. 76. | Seifen Gretentus, Mariendorf Chausseestr. 273. W. Schulze, Schlesische Str. 33. Spez. u. Selbstgeschickl. |
| Beleuchtungsgegenstände Beleuchtungshaus Oranien- str. 295, Gasstr., Petroleum. Neukölln, Beleuchtungsanst., K. Leischner, Kottbusdamm 62. | Eisen, Stahl, Waffen O. Ald, Kaiser-Friedrichstr. 4 Stahlw. Haus, Kuchgr. O. Anders, Kottbusdamm 6 Albert Kniehase, Skalitzer- straße 46b. G. Mayer, Haus- u. Küchenger. Fr. Paschke, Wienerstr. 55. Färberei und Waschanstalt Görz, A. W. Halberstadt, u. Schwedow Hiesenstr. 4, Abbanst. Trübschl. Str. 3 | Musikinstr. O. Jahre, Britzerstr. 10, Mehan. Reparat. Bußort bill. | Wirtschaften Etablissements. Ost-Afrika-Lichtspiele Reichenbergerstraße 19 Erstklassiges Programm Dienstag u. Sonntag, 8-10 Uhr Vorträge über uns. Kolonien |